Interview mit einem Genossen der F.R.A.P. Seite 9 1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 42 vom 18. Oktober 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Die Lasten der Krise drücken täglich mehr!

Stillhalten oder kämpfen?

Arbeiter, Werktätige! Kaum ist das jüngste „Sparprogramm" der Bundesregierung im Eilverfahren vom Bundestag verabschiedet worden, mit dem Euch der Staat Milliarden raubt und Euren Lebensstandard noch mehr senkt, da werden schon die nächsten Beschlüsse angekündigt, die Euch wieder Millionen und Milliarden kosten sollen. Telefongebühren sollen erhöht werden, ebenso Steuern für Tabak und Alkohol. Ihr sollt an den Kosten für Krankenhausaufenthalte beteiligt werden, die Tarife für Gas, Wasser und Abwässer sollen ansteigen usw.

Nicht nur, daß Ihr schon unter der drückenden Arbeitslosigkeit, die im Winter auf 1,5 Millionen Arbeitslose ansteigen soll, der Kurzarbeit, der steigenden Inflationsrate, den Steuererhöhungen usw. zu leiden habt, mit den sogenannten Sparprogrammen, deren Auswirkungen für die Arbeiter den meisten ja bekannt sind, sollen Euch Errungenschaften geraubt werden, für die Ihr lange habt kämpfen müssen.

In allen wichtigen Bereichen des Lebens werden Kürzungen vorgenommen. Im Gesundheitswesen, wo Ärzte und Krankenhäuser fehlen und dazu noch 79 allein in NRW geschlossen werden sollen, im Verkehrswesen, wo so und so schon jedes Jahr die Tarife ständig steigen, in Dortmund sollen sie jetzt bis zu 350% steigen, im Bildungswesen, wo jeder weiß, daß es überall an Schulen wie Universitäten schlecht mit der Ausbildung unserer Kinder aussieht, Lehrer fehlen, die Klassen zu groß sind usw., im Wohnungsbau, obwohl Tausende die irren Mieten, selbst für sogenannte Sozialwohnungen nicht zahlen können und viele schon lange eine neue Wohnung suchen und nicht zuletzt in der Landwirtschaft, wo gerade die Kleinbauern schon unter der Ausplünderung der EG-Monopole der Nahrungsmittelkonzerne und dem räuberischen Zwischenhandel zu leiden haben und viele ihren Hof aufgeben mußten.

Diese staatliche Ausplünderung versucht die Regierung natürlich zu verschleiern. Aber alle ihre Versprechungen vom „baldigen Aufschwung" sind zerplatzt wie eine Seifenblase, nichts als Betrug, um Euch zu täuschen, damit ihr Euch auf keinen Fall wehrt.



Gegen Arbeitslosigkeit, Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung! Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger! – Agitation und Propaganda der Partei vor dem Tor bei Hanomag in Kassel.

AUSPLÜNDERUNG NICHT GEFALLEN LASSEN

Soll man sich diese Ausplünderung, diese Ausbeutung gefallen lassen, „Verzicht" üben, „stillhalten", so wie es die Regierung gerne sieht? Oder muß man sich dagegen wehren, sich zusammenschließen, damit man zumindest das Schlimmste abwehrt?

Mit Versprechungen und demagogischem Geschwätz hat die Regierung und der Gewerkschaftsapparat Euch immer versucht hinzuhalten. Wie hieß es noch im letzten Jahr? „Durch Lohnverzicht zur Stabilität" und was ist daraus geworden? Lohnraub ist durchgesetzt worden, die Arbeitslosigkeit, die Preise sind gestiegen. „Lieber Kurzarbeit als Arbeitslosigkeit", hieß es, was ist daraus geworden? 1,1 Millionen Arbeitslose und ca. 900000 Kurzarbeiter. Konjunkturzuschläge sind Euch abgeknüpft worden, um angeblich die Stabilität zu sichern, Sonntagsfahrverbote, die reine Notstandsübungen waren, wurden durchgesetzt, die Liste ließe sich endlos fortsetzen. Es zeigt sich immer offensichtlicher, die Kapitalisten und ihr Staat sind nicht in der Lage, Herr dieser kapitalistischen Wirtschaftskrisen zu werden.

Während das Elend bei den Arbeitern und allen Werktätigen wächst und immer breitere Schichten des Volkes erfaßt, stecken die Monopolkapitalisten Milliardenbeträge in ihre Taschen, die sie Euch geraubt haben. Dafür haben sie auch ihren Staatsapparat, der das für sie erledigt.

Das steckt in Wirklichkeit hinter den Phrasen von „jeder muß Opfer bringen, damit wir gemeinsam die Talsohle durchschreiten". Stillhalten und Verzicht üben, verschlechtert Eure Lage noch mehr. Ihr würdet Euch selbst den Kapitalisten ausliefern. Aber kann das kapitalistische System Euch überhaupt noch etwas bieten außer Ausplünderung, Ausbeutung, Unterdrükkung und Erniedrigung?

EUCH RAUBT DER STAAT AUS – DEN MONOPOLEN SICHERT ER MILLIARDEN

Nicht nur, daß der Staatsapparat mit seinem Militär, Polizei, Justiz usw. die kapitalistische Gesellschaftsordnung aufrecht erhalten soll, die Monopole benutzen den Staatsapparat auch, um die Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu fördern und um ihre Macht und ihren Einfluß zu fördern. Die Monopole bedienen sich des Staats-

Fortsetzung auf Seite 4

Portugiesiesische Revisionisten

Mit Demagogie und Gewalt gegen die Revolution

Die beiden Supermächte, die russischen Sozialimperialisten und die amerikanischen Imperialisten verstärken ihren Druck auf Portugal. Durch ihr erbittertes Ringen um die Vorherrschaft in diesem Land hat sich die Lage immer mehr zugespitzt. Vor allem die russischen Sozialimperialisten versuchen sich mit allen Mitteln als Retter in der Not zu präsentieren und die revisionistische Partei Cunhals, ihre 5. Kolonne, erklärt ganz offen, daß es „schwierig, wenn nicht sogar unmöglich ist", gegen sie zu regieren.

Die 6. provisorische Regierung ist in einer schwierigen Lage. Sie schickt den Staatspräsidenten Costa Gomes nach Warschau und Moskau, wo er eine ganze Reihe von Abkommen über wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle und technische Zusammenarbeit unterzeichnet, Abmachungen über regelmäßige politische Konsultationen trifft und die revisionistische Propaganda über „Entspannung" nachbetet. Den Nutzen von all dem haben nur die Neuen Zaren im Kreml, die

Fortsetzung auf Seite 2

"Freundschaftsvertrag" Ostberlin - Moskau

Pakt zur weiteren Knechtung der DDR

Am 7. Oktober, dem Jahrestag der Gründung der DDR, wurde in Moskau von Breschnew, dem Oberbonzen der russischen Sozialimperialisten, und von Honecker, dem Führer der ostdeutschen Revisionisten-Clique ein neuer Vertrag über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR unterzeichnet. Haben die russischen Sozialimperialisten in den vergangenen Jahren die DDR in jeder Hinsicht praktisch zu einer ihrer Kolonien gemacht, so soll das jetzt per Vertrag auch für die Zukunft gelten; denn dieser neue Vertrag bildet die Grundlage für eine noch stärkere wirtschaftliche, politische und militärische Unterjochung der DDR unter die Knute der Neuen Zaren im Kreml.

Honecker selbst war es, der in Moskau betonte, es bestehe eine „tiefe Symbolik" darin, daß dieser Vertrag am Jahrestag der Gründung der DDR abgeschlossen worden sei. Wahrhaftig! Da wurde am 7. Oktober 1949 die DDR als freier Staat gegründet. Und heute, 26 Jahre später? Da ist die gesamte Staatsführung der DDR, vom Staatsratsvorsitzenden über den Ministerratsvorsitzenden, einzelne Minister bis hin zur ganzen revisionistischen Parteiführung an diesem Tag nicht etwa in Berlin, sondern im Kreml, um mit Lobgesängen auf den Lippen einen knechtenden Vertrag zu unterzeichnen. **Dieser Vertrag – unterzeichnet von Vertretern der neuen Bourgeoisie in der DDR, die die Macht an sich gerissen hat, diktiert von der Breschnewbande, die die sozialistische Sowjetunion Stalins in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelt hat, dieser Vertrag ist ein Hohn auf die vor 26 Jahren gegründete freie DDR. Denn dieser Staat, auf dessen sozialistischen Aufbau sich vor 26 Jahren die Hoffnungen der ganzen deutschen Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen richtete, ist heute eine Kolonie, die ausgeplündert und beherrscht wird von den Neuen Zaren im Kreml. Und eben das wurde am 7. Oktober mit der Unterzeichnung dieses neuen Vertrages bekräftigt.**

Gewiß, um den Schein zu wahren, wird auch in dem neuen Vertrag getönt von „gegenseitiger Achtung der staatlichen Souveränität und Unabhängigkeit" usw. So klingt auch Artikel 4 vom ersten Hören ziemlich harmlos: „Die hohen vertragsschließenden Seiten werden die weitere Entwicklung der brüderlichen Beziehungen zwischen allen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft maximal fördern und stets im Geiste der Festigung ihrer Einheit und Geschlossenheit handeln. Sie erklären ihre Bereitschaft, die notwendigen Maßnahmen zum Schutz und zur Verteidigung der historischen Errungenschaften des Sozialismus, der Sicherheit und der Unabhängigkeit beider Länder zu treffen." Doch was damit sanktioniert wird, ist nichts anderes als die berüchtigte bekannte Theorie der „begrenzten Souveränität". Danach geht die „Souveränität" der von den Neuen Zaren im Kreml kontrollierten sogenannten „sozialistischen Gemeinschaft" über alles, während die Souveränität des einzelnen Landes zurückgestellt werden soll. Das heißt, daß gegenüber dem Diktat der russischen Sozialimperialisten die anderen Länder dieser „Gemeinschaft" keinerlei Eigenständigkeit besitzen. **„Die Bereitschaft, die notwendigen Maßnahmen zur Schutz der Errungenschaften des Sozialis-**

Fortsetzung auf Seite 3

AUS DEM INHALT

Portugiesische Revisionisten gegen die Revolution 2
Südafrika: Rassisten-Regime wird weiter unterstützt 2
Rassist Barnard 2
Buchbesprechung: Arzt auf drei Kontinenten. Leben und Werk Dr. Norman Bethunes 6
Buchmesse in Frankfurt: Proteste gegen den Stand des faschistischen Franco-Regimes 7
Vietnamesische Delegation in China . 7
Briefe von Schorsch und Hubert aus dem Gefängnis 8
Im Prozeß gegen Hanfried Brenner: Mörder im Zeugenstand 10
Russische Energiepolitik gegenüber den RGW-Staaten: Ausplünderung und Versklavung 10
Mosambik: Der Kampf geht weiter, das Volk stürmt vorwärts 11

EHRE DEM GENOSSEN TSCHOU HSING

Im Alter von 70 Jahren starb am 3. Oktober Genosse Tschou Hsing, Mitglied des Zentralkomitees der KP Chinas und Delegierter des 4. Nationalen Volkskongresses.

Seit seiner Jugend, seit dem Jahre 1925, hat Genosse Tschou Hsing sein Leben in den Dienst der chinesischen Revolution und der KP Chinas gestellt. Vor und während des Langen Marsches der Roten Armee übertrug ihm die KP Chinas wichtige Sicherheitsaufgaben. In der Zeit nach dem Langen Marsch wurde er zum Vorsitzenden des Büros für politische Sicherheit im Nordwesten ernannt und hatte die ehrenvolle Aufgabe, die Sicherheit des Zentralkomitees der Partei und insbesondere des Vorsitzenden Mao Tsetung zu schützen. Nach dem Sieg der Revolution arbeitete er als Vorsitzender der Sicherheitsabteilung der Stadt Nanking, als Vizeminister für öffentliche Sicherheit, als Generalbevollmächtigter der obersten Staatsanwaltschaft des Volkes, als Sekretär des Parteisekretariats der Provinz Schantung und Yünnan und später als Gouverneur von Yunnan. Er war Abgeordneter des 3. Nationalen Volkskongresses und wurde vom IX. Parteitag der KP Chinas in das Zentralkomitee der Partei gewählt.

In einem feierlichen Nachruf auf Genossen Tschou Hsing, den Genosse Kai Ki-yun auf einer Gedenkveranstaltung in Anwesenheit des Parteivorsitzenden Mao Tsetung hielt, heißt es u. a.: „Unsere Partei verliert mit ihm einen treuen revolutionären Kämpfer. Das ist ein ungeheurer Verlust für unsere Partei. Um sein Andenken hochzuhalten, müssen wir uns inspirieren lassen von seinem revolutionären Geist und seinen ausgezeichneten Fähigkeiten . . . Wir müssen uns noch enger um das Zentralkomitee der Partei unter Vorsitz des Präsidenten Mao Tsetung zusammenschließen und die drei Richtlinien des Vorsitzenden Mao gewissenhaft erfüllen: Die Theorie studieren, um den Revisionismus zu bekämpfen und zurückzuschlagen, die Festigkeit und Einheit fördern und die Volkswirtschaft entwickeln, um noch größere Siege in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus zu erringen."

Mit Gewalt gegen die Revolution

Fortsetzung von Seite 1

schon jetzt darüber frohlocken und die Reise von Costa Gomes als Erfolg preisen. **In der Tat wird das Resultat ein verstärktes Eindringen der russischen Sozialimperialisten und ihrer osteuropäischen Satelliten nach Portugal sein, werden sich die Rivalitäten und Spannungen weiter verschärfen.**

Denn kurz nach Costa Gomes reiste der protugiesische Außenminister Antunes nach Brüssel zum Rat der EG, wo er Garantien zum Schutz der ausländischen Monopole in Portugal abgab, Bekenntnisse zur NATO und für den Kapitalismus abgab. Er kehrte mit einem 460 Millionen DM-Kredit nach Portugal zurück, und auch die amerikanischen Imperialisten sind bereit, 80 Millionen Dollar zu investieren.

Die Abmachungen und die „Hilfe" beruhen nicht auf Freundschaft, sondern den Interessen der Imperialisten. Sie sind nicht umsonst und die Bedingungen lauten: Schlagt die Revolution nieder und garantiert und ein kapitalistisches bzw. revisionistisches Portugal ihnen droht, bleibt er auf der anderen Seite in der Regierung, ruft, „nur kein Bürgerkrieg" – und fordert Verhandlungen über eine größere Beteiligung an der Macht.

Als die 6. provisorische Regierung die Zeitung „Republica" und die Radiostationen besetzen läßt, veröffentlichen auch die modernen Revisionisten Cunhals noch am selben Abend eine Erklärung, in der sie – ohne die Besetzung offen zu verurteilen, aber auch ohne ihr offen zuzustimmen – die Bevölkerung zur Ruhe aufruft und vor „Demagogie, Abenteurertum und Gewalttätigkeit verantwortungsloser linksradikaler Elemente", womit sie die Revolutionäre meinen, „warnt". Darüber hinaus erklären sie ihre Bereitschaft einer politischen Überprüfung der Arbeit der Zeitung und der Rundfunkanstalten zuzustimmen. **Die angeblichen „Hüter der Revolution" erklären sich also bereit, an der Säuberung der Redaktionen teilzunehmen, um auf diese Weise die Revolutionäre auszuschalten, die sie bisher nicht ausschalten konnten.** Als nach dem 25. April die Sendestationen von den Arbeitern selbst übernommen wurden, als im Mai dieses Jahres die Sozialisten aus der „Republica" verjagt wurden, da hatten Cunhal und seine Anhänger gehofft, die Sender und die Zeitung vollständig in ihre Hand zu bekommen und sie zu Sprachrohren des russischen Sozialimperialismus, zu Instrumenten, die gegen die Revolution gerichtet sind, zu machen. Sie sind damit nicht durchgekommen, haben einen Rückschlag erlitten, wie z. B. die Erklärungen eines Mitglieds der Arbeiterkommission der Republica zeigen, der vor kurzem sagte: **„Die Zeitungen werden beherrscht von Politikern die ihre Parteipolitik machen, die irgendeine imperialistische Macht verteidigen, imperialistische Mächte die hier in Portugal von jeder der beiden Parteien der Sozialistischen und der „K"P vertreten werden. . . . In dem Statut (der Republica – RM) ist auch klar, daß die Republica eine Zeitung ist, die jeden Imperialismus, insbesondere den russischen und amerikanischen bekämpft."**



Am 29. September demonstrieren Tausende gegen die von der Regierung angeordnete Besetzung der „Republica" und von „Radio Renascenca".

unter unserer Oberherrschaft.

Während die Imperialisten und vor allem die beiden Supermächte so versuchen, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, in denen Portugal steckt, auszunutzen für politische Erpressungen, spitzt sich auch die Lage im Land selbst immer mehr zu.

Vor allem die modernen Revisionisten versuchen, angesichts der offenen Bewaffnung faschistischer Banden, der Erklärungen des reaktionären Generals Spinolas im Ausland, er sei bereit zum Bürgerkrieg und der offenkundigen Tatsache, daß die Sozialistische Partei Soares von den amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten ausgehalten wird, sich selbst als „Retter der Revolution" zu präsentieren, während sie in Wirklichkeit kein anderes Ziel haben, als die Revolution niederzuschlagen und das Land in die Hände der Kremlzaren zu spielen. Dazu ist ihnen jedes Mittel recht:

Auch Cunhal hat bewaffnete Trupps aufgestellt und während er auf der einen Seite ganz offen mit

Erst als Tausende gegen die Besetzung auf die Straße gingen, als die Soldaten sich weigerten, die Befehle der Regierung auszuführen, da sind auch die Revisionisten plötzlich „begeisterte" Anhänger der Demonstrationen, um im Trüben zu fischen.

Die modernen Revisionisten sind Todfeinde der portugiesischen Revolution. **Mit Demagogie und Gewalt werden sie versuchen, den Aufschwung der revolutionären Kämpfe unter den Arbeitern, den Bauern und Soldaten niederzuschlagen. Nur im schonungslosen Kampf gegen diese Verräter wie auch gegen alle anderen Agenturen des Imperailismus und der Bourgeoisie wird das portugiesische Volk den Sieg in seinem Kampf für die nationale und soziale Befreiung erringen.**

Rassistenregime in Südafrika

Profit für über 100 westdeutsche Firmen

General Rall, dessen heimliche Reise nach Südafrika ans Tageslicht gekommen ist, ist in aller Eile entlassen worden, aber das rassistische Vorster-Regime in Südafrika, das die Völker von Azania und Namibia mit faschistischem Terror unterdrückt wird weiter unterstützt. Inzwischen ist eine große Fülle von Tatsachen ans Licht gekommen, die eindeutig beweisen, daß die westdeutschen Imperialisten ausgezeichnete Beziehungen zu diesen faschistischen Henkern unterhalten und diese in den letzten Jahren immer mehr verstärkt und ausgebaut haben.

Natürlich sind es in erster Linie die amerikanischen Imperialisten, die Milliardäre der Wallstreet, die Vorsters Regime stützen und die afrikanische Bevölkerung ausplündern. Aber auch die Zahl der westdeutschen „Tochter"gesellschaften und Beteiligungen hier ist ungeheuer groß, sie umfaßt weit mehr als einhundert Unternehmungen. Darunter sind alle die großen Trusts und Monopole des westdeutschen Finanzkapitals vertreten, wie die AEG, Siemens, die IG-Farben Nachfolger Bayer und Hoechst, Daimler-Benz, Klöckner-Humboldt-Deutz, Henschel, Bosch, natürlich Krupp, die OTAVI-Minengesellschaft, die zur Degussa gehört, Hoesch und VW. Sie alle sind an der Ausplünderung der Reichtümer des Landes beteiligt und haben sich besonders auf Chrom (Bayer-Leverkusen), Gold-, Nickel und Eisen gestürzt. Die unerhörteste Ausplünderung der afrikanischen Arbeiter in den Fabriken und Gruben, die elenden Lebensverhältnisse, die ihnen aufgezwungen sind und die grausame Unterdrükkung durch das rassistische, faschistische System garantiert ihnen Höchstprofite. Die Reichtümer der Siemens, Haniel, Krupp usw. gründen sich auch auf die Zwangsarbeit von Hunderttausenden unterdrückter afrikanischer Arbeiter, die, wenn sie revoltieren, wie erst gerade jetzt in einer Goldmine in der Nähe von Johannesburg, von den rassistischen Truppen erbarmungslos zusammengeschossen werden.

Besonders gute „Verbindungen" haben die westdeutschen Imperialisten zu Namibia, das von den südafrikanischen Rassisten widerrechtlich besetzt ist. Hier in der ehemaligen Kolonie der deutschen Imperialisten, lebt noch heute eine Bande deutscher Großgrundbesitzer und Kapitalisten, alter Faschisten, die hier die Interessen des deutschen Monopolkapitals aufs beste wahrnehmen. Als Kontaktstelle und Vermittlungszentrum dient dabei das westdeutsche Konsulat in Windhuk, das die Bundesregierung nicht ohne Grund trotz aller Proteste angeblich „zur Wahrnehmung der Interessen der großen deutschen Kolonie" unterhält. Und um das Bild abzurunden, wird gerade jetzt bekannt, daß Anfang November eine Delegation des Kapitalistenverbandes des BDI, angeführt von Thyssenchef Sohl und unter Beteiligung eines Referenten des Bundeswirtschaftsministeriums, nach Südafrika fahren wird. Dabei wird es auch um die Lieferung von Uran in die Bundesrepublik und den Bau von Atomkraftwerken durch die gemeinsame Gesellschaft der beiden Monopole Siemens und AEG, die Kraftwerkunion gehen. Um sich dieses Riesengeschäft zu sichern hat die KWU schon eine Bundesbürgschaft beantragt, wie Regierungssprecher Bölling nach zweitägigem Lügen zugeben mußte. Es gibt keinen Zweifel, daß diese Bürgschaft auch bewilligt wird.

Mit der Unterstützung der amerikanischen, britischen und westdeutschen Imperialisten (gegenseitige Ausbildungsverträge, Lizenzierungen, Lieferungen von Anlagen, Austausch von Wissenschaftlern usw. usf.) verfügen die südafrikanischen Rassisten heute über eine leistungsfähige Atomindustrie und sind nach der Meinung aller Experten auch in der Lage, Atombomben herzustellen.

Heute sind es vor allem die amerikanischen Imperialisten, die Vorster und sein Regime stützen als letzte Bastion gegen die afrikanischen Völker und Staaten, als strategisch wichtiges Gebiet für die Kontrolle des Seeweges nach Indien und Südostasien und des Indischen Ozeans, das sie entschlossen sind, im Rahmen ihrer Rivalität mit den russischen Sozialimperialisten um die Weltherrschaft und für die Infiltration des afrikanischen Kontinents, unter allen Umständen zu verteidigen. Auch dabei stehen ihnen die westdeutschen Imperialisten zur Seite.

Die Völker von Namibia und Azania aber sind entschlossen, ihre Heimat mit dem Gewehr in der Hand zu befreien. Sie werden sich davon weder durch die offene Unterstützung des südafrikanischen Regimes durch die Imperialisten, noch durch die Propaganda der Sozialimperialisten über „Entspannung" abhalten lassen. Auf ihrer Seite stehen alle fortschrittlichen revolutionären Menschen in unserem Land.

Rassist Barnard

Der berühmte Chirug Christian Barnard aus Johannisburg, der seinen Ruhm mit der ersten Herzverpflanzung überhaupt begründete, hat sich als Rassist entpuppt. Wörtlich erklärte er seinen Studenten in Colorado (USA), wo er Gastvorlesungen hält „In meinem Land gibt es Diskriminierung, der ich aus einem einzigen Grund zustimme: aus Angst. Die Weißen haben Angst unterdrückt zu werden, wenn die Schwarzen die Macht übernehmen. Es geht ums Überleben!"

Daß Barnard die rassistische Unterdrückung verteidigt, ist nicht verwunderlich. Seine Herzverpflanzungen hat er bedenkenlos ausgenutzt, um Publicitiy einzuheimsen und Geld herauszuschlagen, seine Skandale, seine Auftritte in den Nachtbars von Paris und Rom usw. füllten die Spalten der Boulevardpresse. In Wirklichkeit ist dieser „berühmte Herzchirug" ein Schmarotzer, der Grund genug hat, Angst zu haben, daß die jetzt unterdrückten afrikanischen Volksmassen sich erheben und das rassistische Regime, zu dem er gehört, hinwegfegen.

Kurz berichtet

FRIEDRICHSHAFEN

In Friedrichshafen findet zur Zeit die internationale Bootsausstellung „interboot" statt. Vertreten sind Fachleute aus der ganzen Welt, von Japan über die USA bis Spanien. Selbstverständlich wurde auch die spanische Faschistenfahne aufgezogen.

Dieser Provokation wurde allerdings am 3. 10. nachmittags ein jähes Ende bereitet. Zerfetzt und brennend ging dieser Schandfetzen zu Boden. Zunächst ein Polizist (später kam Verstärkung) versuchte die Faschistenfahne mit aller Gewalt zu verteidigen. Einen Genossen versuchte die Polizei wegzuschleppen, was aber mißlang, da die anderen Genossen ihn verteidigten. Als später die Polizeiverstärkung kam, mußten dann doch noch einige Personen ihre Personalien angeben. Aus der Zeitung konnte man erfahren, daß sie unter anderem mit einer Anzeige wegen „Mißachtung ausländischer Flaggen" zu rechnen haben.

Die Aktion wurde zu einem Zeitpunkt durchgeführt, als einige Schulklassen versammelt waren. Sie reagierten durchweg positiv. Wie wütend die Bourgeoisie über diese Solidarität war, merkte man am nächsten Tag, als es in der bürgerlichen Presse hieß: „Die Polizei konnte nicht feststellen, wie groß die Kommunistengruppe war, da sich eine größere Menschenmenge versammelt hatte . . . Die Bevölkerung sollte aus diesem Vorfall ihre Schlüsse ziehen."

KIEL

Der Rote Morgen-Lesekreis Kiel verabschiedete am 2. 10. 75 eine Protestresolution anläßlich der Ermordung der 5 spanischen Genossen.

MÜNSTER

In Münster beschloß eine Schulklasse, einen Protestbrief an das spanische Konsulat zu schreiben. Das geschah auf Initiative einer Genossin, die Lehrerin ist und ihren Schülern von der FRAP erzählte und mit ihnen über Spanien diskutiert hatte.

Ein anderer Genosse sammelte in Jugendheimen in Beckum 53 Unterschriften für die FRAP. In einem Jugendheim unterschrieben 17 Jugendliche, obwohl die modernen Revisionisten gegen den Genossen hetzten, „er sei einer der Schläger von Stukenbrock gewesen."

KARLSRUHE

In Karlsruhe fand am 2. 10. ein „Trauermarsch" statt, zu dem der DGB, die D„K"P und andere Organisationen aufgerufen hatten. Der reaktionäre Charakter dieser Veranstaltung zeigte sich bereits einen Tag vorher, als Amnesty International im Büro der GRF anrief und mit Polizeieinsatz drohte, falls die GRF einen „oppositionellen Block" bilden würde. DGB-Schöpperle: „Was sich dahinten abspielt, ist Sache der Polizei."

Die Partei kritisierte die GRF wegen dieser gemeinsamen Aktion mit der Reaktion. Von Genossen der Partei wurden während der Demonstration Reden über Megaphon gehalten und ein Flugblatt der Partei verteilt, das reißenden Absatz fand.

LÜBECK

In Lübeck fand am 26. 9. eine Versammlung zur Einheit der Marxisten-Leninisten statt, auf der auch eine Genossin des Rote-Fahne-Freundeskreises in Lübeck und des KBW sprachen. Vor Beginn der Diskussion wurden eine Protestresolution gegen das drohende Berufsverbot der drei Professoren Hiltmann, Schneider und Scheer verabschiedet. Außerdem wurde ein Telegramm gegen die Todesurteile verabschiedet und 60 DM für die FRAP gesammelt.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06–466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement 30,–DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Pakt zur weiteren Knechtung der DDR

Fortsetzung von Seite 1

mus zu treffen" – das heißt nichts anderes als das Recht des russischen Sozialimperalismus, jederzeit seine Truppen einzusetzen, sobald Marionetten wie Honecker oder andere nicht mehr so wie ihre Oberherren wollen, vor allem aber auch, wenn das Volk dieses Landes sich gegen die Vorherrschaft des russischen Sozialimperialismus erhebt. Wie war denn die offizielle Begründung der russischen Oberherren, als sie 1968 in der Tschechoslowakei einfielen und den Widerstand des Volkes gegen die Moskauer Vorherrschaft mit Panzern niederwalzten? Sie lautete fast wörtlich genauso wie die Formuljerung im neuen Vertrag mit der DDR: „zur Sicherung der Errungenschaften des Sozialismus in der Tschechoslowakei".

Es ist im Grunde genommen die gleiche Demagogie wie die des US-Imperialismus. Unterdrücken die US-Imperialisten in aller Welt mit blutigen Aggressionen den Kampf der Völker für Unabhängigkeit und Befreiung mit dem Vorwand, es gelte die „freie Welt" zu schützen, so tun die sowjetischen Sozialimperialisten dasselbe in ihrem Herrschaftsbereich unter dem Vorwand der „Sicherung des Sozialismus". Dahinter steckt bei beiden nichts anderes als Kolonialismus und Imperialismus reinsten Wassers. Es sind nur lumpige Betrugsmanöver um Aggressionen zum Zweck der Versklavung der Völker, ihrer Unterdrückung, Ausbeutung und Ausplünderung zu rechtfertigen.

„Festigung der brüderlichen Beziehungen" – auch dahinter steckt nichts anderes als das nackte Diktat Moskaus. Im Vertrag heißt es: „Beide Seiten werden die langfristige Koordinierung und Abstimmung der Volkswirtschaftspläne fortführen, die Spezialisierung und Kooperation in Produktion und Forschung erweitern ..." „Koordinierung und Abstimmung" – das heißt eben, daß auch künftig die russischen Sozialimperialisten die Volkswirtschaft der DDR abstimmen, auf ihre Interessen ausrichten werden, daß diese Wirtschaft noch verstärkt durch Spezialisierung der Produktion zu einem Anhängsel der russischen Wirtschaft gemacht werden soll. (Siehe dazu insbesondere auch den Artikel auf Seite 10 dieser Ausgabe).

Und auch in politischer Hinsicht wird im Vertrag ausdrücklich festgelegt, daß die DDR in ihrer Politik keinen eigenen Schritt tun darf ohne Billigung aus Moskau: „Die hohen vertragsschließenden Seiten werden in allen wichtigen internationalen Fragen einander informieren, sich konsultieren und ausgehend von der gemeinsamen Position, die entsprechend den Interessen beider Staaten abgestimmt wurde, handeln." Und wenn notfalls das mit der „gemeinsamen Position" nicht klappt, dann müssen eben wie 1968 in der CSSR „die Interessen der sozialistischen Gemeinschaft gesichert" werden, dann werden die räuberischen Absichten der russischen Monopolbourgeoisie mit brutaler Gewalt, blutiger Aggression durchgesetzt.

Es ist offensichtlich, daß dieser Vertrag die völlige Entrechtung der DDR, ihre vollständige Abhängigkeit vom russischen Sozialimperialismus besiegeln soll. Und es ist um so widerwärtiger, daß die Revisionisten sich nicht scheuen, diese Verbrechen mit einem sozialistischen Mäntelchen zu umhüllen, mit „sozialistische Gemeinschaft" und „Brüderlichkeit" zu vertuschen. Die Klassenherkunft solcher Verlogenheit hat schon Marx aufgedeckt, als er erklärte: *„Die Ausbeutung in ihrer kosmopolitischen* (weltumspannenden – RM) *Gestaltung mit dem Namen der allgemeinen Brüderlichkeit zu bezeichnen ist eine Idee, die nur dem Schoß der Bourgeoisie entspringen konnte.*"

Von den gleichen imperialistischen Zielen ausgehend hat die russische Supermacht in dem neuen Vertrag die Frage der Einheit der deutschen Nation liquidiert. Vorbereitet worden war dies schon im letzten Jahr durch die Verfassungsänderung der DDR, als die revisionistische Honecker-Clique auf Geheiß ihrer Oberherren den Begriff der deutschen Nation strichen, ja sogar behaupteten, eine deutsche Nation gäbe es nicht mehr. Auch hier legten sie sich allerlei „Theorien" zurecht, um letztlich eines zu „beweisen", nämlich, daß ein Teil der deutschen Nation heute „für immer und unwiderruflich" – wie es in der Verfassung heißt – zum Herrschaftsbereich des russischen Sozialimperialismus gehöre.

Wie war das zur Zeit Stalins in der Nachkriegszeit, als in der Sowjetunion noch die Diktatur des Proletariats herrschte? **Damals unterstützte die Sowjetunion den Kampf des deutschen Volkes gegen die Spaltung der Nation durch den US-Imperialismus und die von ihm aufgepappelte deutsche Monopolbourgeoisie, für eine Vereinigung in einem friedlichen Deutschland.** Noch im Vertrag zwischen der Sowjetunion und der DDR im Jahre 1955 war ausdrücklich der Kampf des deutschen Volkes für seine Einheit bekräftigt worden.

Die Neuen Zaren im Kreml heute jedoch treten den Wunsch des deutschen Volkes nach Einheit mit Füßen und behaupten dummdreist, per Verfassungsänderung könne kurzerhand das beseitigt werden, was sich in Jahrhunderte langer Entwicklung herausgebildet hat, die einheitliche duetsche Nation. Stalin hat bereits in seiner Schrift „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion" den Imperialisten, die glauben eine Nation knechten zu können, die Antwort gegeben: „Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt." Auch die Hitlers, die gegenwärtig ihre Gewaltherrschaft über die DDR ausüben, werden gehen müssen, das deutsche Volk aber wird seine Einheit, die Einheit der deutschen Nation wiedererringen.

Die ganze imperialistische Unersättlichkeit der Neuen Zaren im Kreml zeigt sich aber auch darin, daß die DDR durch diesen Vertrag verpflichtet wird, den russischen Sozialimperialisten bei ihren Raubzügen und Aggressionen direkte Schützenhilfe zu leisten. So ist in dem neuen Vertrag unter Artikel 8 festgehalten, daß die DDR verpflichtet ist, den russischen Sozialimperialisten – wo auch immer auf der Welt – „jeglichen Beistand, einschließlich militärischen" zu leisten. Sei es in Afrika, Asien, Lateinamerika oder Europa, wenn die russischen Sozialimperialisten mit ihren Kriegsflotten, ihren „Militärberatern" Aggressionsakte verüben, wenn die Rivalität zwischen beiden Supermächten zum offenen Krieg um die Neuaufteilung der Einflußbereiche in der Welt umschlägt, so sollen künftig auch deutsche Soldaten aus der DDR überall in der Welt ins Feld gejagt werden können für die Interessen der Neuen Zaren im Kreml.



Daß dennoch Honecker diesen knechtenden Vertrag ja sogar mit Lobgesängen auf den Lippen unterschrieben hat, zeigt, war er und seine ganze revisionistische Clique für erbärmliche Marionetten des russischen Sozialimperialismus sind. Sie wissen nur allzu genau, daß ohne die „brüderliche Hilfe" aus Moskau die Arbeiterklasse und mit ihr die anderen Werktätigen in der DDR schon lange mit der neuen Bourgeoisie und ihrren Vertretern wie Honecker und Stoph aufgeräumt und erneut die Diktatur des Proletariats errichtet hätten. **Dieser Vertrag wurde nicht von dem deutschen Volk in der DDR und den sowjetischen Völkern geschlossen, sondern ist ein Pakt ihrer Unterdrücker, der sich gegen sie wie auch gegen die anderen Völker richtet.** Für die Werktätigen der DDR bedeutet dieser Vertrag, daß sie künftig noch mehr ausgepreßt und ausgeplündert werden sollen für die Profite der russischen Sozialimperialisten, daß sie noch schwerer unterdrückt und für die aggressiven Ziele des russischen Sozialimperialismus eingespannt werden sollen. **Doch wo die Unterdrückung wächst, da wächst gesetzmäßig auch der Widerstand. Und es sind leere Illusionen der russischen Sozialimperialisten, wenn sie mit Pathos ihre Vorherrschaft über die DDR als „für immer und unwiderruflich" bezeichnen, es ist der arrogante Größenwahn einer Supermacht. Wie es das Sprichwort sagt: Hochmut kommt vor dem Fall. Der Kampf der Werktätigen in der DDR gegen die brutale sozialimperialistische Unterjochung wird eins werden mit dem Kampf ihrer Klassenbrüder im Westen gegen die Bedrohung durch die beiden Supermächte, um so den US-Imperialismus wie den russischen Sozialimperialismus von deutschem Boden zu verjagen, im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.**

Aus aller Welt

DVR KOREA

Vom Zentralkomitee der Partei der Arbeit Koreas eingeladen, ist eine Delegation der Kommunistischen Partei Chinas am 21. September zu einem Freundschaftsbesuch in der Demokratischen Volksrepublik Korea eingetroffen. Ihr Leiter war Dschang Tschun-tjiao, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KP Chinas, ihr stellvertretender Leiter war Geng Biao, Mitglied des ZK der KP Chinas und Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen beim ZK der KP Chinas.



Am Vormittag des 24. 9. empfing Genosse Kim Ir Sen die Delegation der KP Chinas. Genosse Dschang Tschun-tjiao übermittelte dem Genossen Kim Ir Sen die Grüße des Vorsitzenden Mao Tsetung und des Ministerpräsidenten Tschou En-lai. Genosse Kim Ir Sen dankte dafür und bat Genossen Dschang Tschun-tjiao, dem Vorsitzenden Mao und Ministerpräsidenten Tschou seine Grüße zu überbringen.

Genosse Kim Ir Sen führte mit den Mitgliedern der Delegation der KP Chinas ein außerordentlich herzliches Gespräch und gab nach dem Empfang ihr zu Ehren ein Mittagessen.

Am Abend des 21. 9. gab das ZK der Partei der Arbeit Koreas ein Bankett, auf dem Genosse Yang Hyop Sop, Mitglied des Politischen Ausschusses des ZK der Partei der Arbeit Koreas und Sekretär des ZK und Genosse Dschang Tschun-tjiao Reden hielten. In seiner Rede erklärte Genosse Yang Hyop Sop unter anderem: **„Die Kommunisten und die Völker der zwei Länder China und Korea sind seit jeher auf Leben und Tod miteinander verbunden, sie teilen Freude und Leid, und ihre Beziehungen sind die von Angehörigen einer Familie." Er erklärte, daß diese Freundschaft von niemandem zerstört werden könne, denn sie ist „die ewige Freundschaft wahrhaft revolutionärer Völker, die geloben, den Imperialismus endgültig zu vernichten und die Revolution zu Ende zu führen."**

Genosse Dschang Tschun-tjiao erklärte in seiner Rede: **„Die Partei der Arbeit Koreas und das koreanische Volk halten am proletarischen Internationalismus fest, kämpfen gegen den Imperialismus und modernen Revisionismus ... Die große Freundschaft und die revolutionäre Einheit der beiden Parteien und der Völker Chinas und Koreas beruhen auf dem Marxismus-Leninismus und auf dem proletarischen Internationalismus."**

Im Verlauf ihres Besuches besuchte die Delegation der KP Chinas auch die Provinz Südpyongan, wo in der Stadt Nampo eine Massenkundgebung, an der sich 50000 Menschen beteiligten, abgehalten wurde.

Am 27. 9. trat die Delegation von Pyöngjang aus die Heimreise an.

ALBANIEN

(ata) Auf Einladung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens hat eine Delegation der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, die von dem Mitglied des Exekutivkomitees und Sekretär des ZK, Genossen Raul Marko, geleitet wurde, Albanien einen Freundschaftsbesuch abgestattet. Während ihres Aufenthalts in Albanien ist die Delegation auch von Genossen Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PAA empfangen worden und führte Gespräche mit ihm. Die Delegation der KPSp/ML besuchte verschiedene Zentren der Industrie, der Landwirtschaft, des Kultur- und Erziehungswesens und traf dabei mit Arbeitern, Genossenschaftsbauern, Studenten usw. zusammen. Sie machte sich mit der Arbeit zum sozialistischen Aufbau und für die weitere Festigung der Diktatur des Proletriats bekannt.

In den Gesprächen beim ZK der PAA und in den Treffen mit den Werktätigen kam die kämpferische Solidarität der PAA und des albanischen Volkes mit dem gerechten und entschlossenen Kampf des spanischen Volkes, der Marxisten-Leninisten und der FRAP gegen die faschistische Franco-Diktatur, gegen den US-Imperialismus und sowjetischen Sozialimperialismus und ihre Agenten, für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Heimatlandes und für die soziale Befreiung des spanischen Volkes zum Ausdruck.

ALBANIEN

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur „ata" ist in Albanien eine Delegation der Roten Jugend, Jugendorganisation der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens/Marxisten-Leninisten eingetroffen. Die Delegation, die von dem Vorsitzenden der Roten Jugend, Helge Ogrim, geleitet wird, hält sich auf Einladung des Zentralkomitees des Jugendverbandes der Arbeit Albaniens in Albanien auf. Die norwegischen Genossen trafen am 24. September mit dem 1. Sekretär des Zentralkomitees des Jugendverbandes der Arbeit Albaniens, Jovan Bardhi, zusammen.

TUNESIEN

In einem Massenprozeß, der vom 26.9. bis zum 4.10. dauerte, hat das tunesische Bourgiba-Regime 89 Marxisten-Leninisten und andere Revolutionäre verurteilt. Die Anklage gegen die Genossen lautete auf „Verschwörung gegen die Staatssicherheit und Unterstützung einer illegalen Organisation". Die Kampfentschlossenheit der Genossen, die revolutionäre Lieder sangen, und die Foltern in den tunesischen Gefängnissen anprangerten, zwangen das Gericht die gesetzlichen Vorschriften einzuhalten. Dennoch standen die Urteile bereits vorher fest: 39 mal Gefängnisstafen zwischen 6 Monaten und 7 Jahren, 29 Urteile zu Gefängnisstrafen zwischen 5 und 9 Jahren, 12 lebenslängliche Gefängnisstrafen und nur 10 Genossen wurden freigesprochen – obwohl alle die Anklagen auf Schärfste zurückgewiesen hatten. Alle Angeklagten zeigten trotz dieser Terrorurteile ihren unbeugsamen Willen, ihren Kampf für die Sache des tunesischen Volkes fortzusetzen.

NORWEGEN

In Oslo demonstrierten am 27. September einige hundert Menschen gegen die Raketenübungen der russischen Sozialimperialisten in der Barents-See. Die Demonstranten zogen zur russischen Botschaft und riefen vor dem Gebäude: „Die sowjetischen Raketenübungen in der Barents-See bedrohen Norwegen!", und: „Kämpft gegen die Kriegsvorbereitungen der Supermächte, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten!"

„Klassekampen", das Zentralorgan der Kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens/ML veröffentlichte am 24. September eine Protesterklärung zu den Raketenübungen, in der es u.a. heißt, „daß die Sowjetunion eine aggressive Supermacht ist, die die Kanonenbootdiplomatie und eine Politik der Aggression betreibt, um die Weltherrschaft zu erringen". Die Arbeiterklasse und alle fortschrittlichen Menschen, wird in der Erklärung betont, könne ihre Augen nicht länger vor den Kriegsdrohungen der Sowjetunion verschließen.

USA

Wie die Nachrichtenagenturen melden, ist Almirante, der Chef der italienischen Neofaschisten der MSI, in Washington im Weißen Haus empfangen worden, um die „italienisch-amerikanischen Beziehungen und Nato-Fragen" zu besprechen. Der Besuch dieses berüchtigten Faschistenführers im Weißen Haus, auf dessen Konto Dutzende von Terroranschlägen, Überfällen und Morden an Marxisten-Leninisten und Revolutionären gehen, ist nichts Ungewöhnliches. Denn im Geheimen wird seine Bande und das weitverzweigte Netz der von ihr gesteuerten faschistischen Terrorgruppen seit langem von Washington und vor allem vom CIA mit Geld und aller möglichen Art von Hilfe versorgt. Die amerikanischen Imperialisten und die italienische Bourgeoisie sehen in den italienischen Faschisten und ihrem Chef Almirante geeignete Werkzeuge, um ihre Herrschaft gegebenenfalls mit ihrer Hilfe gegen die proletarische Revolution mit der faschistischen Blutherrschaft aufrechtzuerhalten.

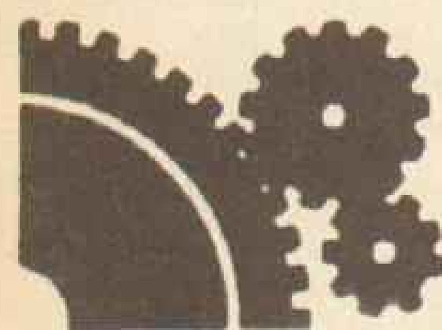
BRASILIEN

5000 Bauern in Eunapolis (im Nordosten von Bahia) haben drei Latifundien besetzt. Die armen, landlosen Bauern hatten sich mit Sicheln, Macheten und Äxten bewaffnet und die Latifundien (große Güter) im Morgengrauen besetzt. Anschließend teilten sie das Land unter sich auf.

NAMIBIA

Die Volksbefreiungsarmee von Namibis hat zwischen dem 18. und 24. 9. insgesamt 100 feindliche Soldaten getötet und drei Hubschrauber abgeschossen. Dies gab Sam Nujomo, Präsident der „Südwestafrikanischen Volksorganisation" (SWAPO) auf einer Pressekonferenz bekannt. Er teilte weiter mit, daß die Volksbefreiungsarmee zwischen April und Juli 200 feindliche Soldaten getötet, 28 Fahrzeuge zerstört und eine große Menge Waffen und Munition erbeutet hat. Sam Nujomo verurteilte erneut die Farce einer „verfassungsgebenden Konferenz" und erklärte, daß das Volk von Namibia keinen anderen Weg gehen kann, als den bewaffneten Kampf zu führen, um sich zu befreien.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Kollegen bekunden Solidarität mit spanischen Antifaschisten - Entlassen

Am Donnerstag, den 2. Oktober, riefen die DGB-Bonzen zu einem zweiminütigen „Gedenkstreik" gegen die fünf „Hinrichtungen" in Spanien auf. Damit sollte das deutsche Volk seine Empörung zum Ausdruck bringen.

In unserem Betrieb (wir sind eine kleine Klitsche im Westberliner Arbeiterbezirk Neukölln) waren von 18 anwesenden Kollegen 11 Kollegen bereit zu streiken. Aber daß dazu nicht lächerliche zwei Minütchen ausreichten, war auch klar. Die reichten ja noch nicht einmal um die Maschinen auszumachen.

Wenn die DGB-Bonzen gedacht haben, wir würden nicht den heuchlerischen Charakter dieser Aufforderung erkennen, so hatten sie sich geschnitten.

Um zwölf ging's also los. Elf Mann versammelten sich im Maschinenraum. Ein Kollege verlas den letzten Brief des ermordeten Genossen der FRAP Jose Baena. Während die Kollegen ergriffen zuhörten, sah man im Hintergrund nur die grinsenden Gesichter des Meisters und des Technischen Leiters. Aber die grinsenden Visagen wurden zusehends länger. Als nämlich die zwei Minuten vorbei waren.

Da kam der Meister und forderte uns dreimal auf, an die Arbeit zu gehen. Neun aber blieben stehen. Der Meister sah sich nun nicht mehr in der Lage, die Situation zu „meistern" und zog ab. Der Kollege las den Brief zu Ende. Anschließend legten zwei Kollegen noch einmal die wirtschaftliche Lage in Spanien dar, berichteten vom Generalstreik 73/74 und von den Massenverhaftungen. Auch forderten sie die Kollegen auf, nicht mehr nach Spanien in den Urlaub zu fahren. Inzwischen kam der Meister mit dem Prokuristen und der Chefin zurück und wetterte gegen die kommunistische Agitation.

Nachdem wir darlegten, daß wir hier keine Agitation gehört hatten, gingen wir in Ruhe an unsere Arbeit.

Was folgte nun weiter:

Zwei der elf Kollegen wurden am Tag darauf fristlos entlassen. Als Entlassungsgrund wurde aktive Arbeitsverweigerung angegeben. Nun allerdings waren auch Kollegen empört, die vorher nicht beim Streik mitgemacht haben. Bis auf einen „Kollegen" forderten alle die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung. Da die Chefs sich verleugnen ließen, fand diese erstmal ohne sie statt. Hierbei wurde klar, daß die Kapitalisten sich schon ihre Gesetze machen, um uns Arbeiter rauszuschmeißen.

Am Montag früh waren die zwei Kollegen wieder im Betrieb. Es zeigte sich aber dort, daß die Kollegen sehr eingeschüchtert waren und ein Streik nicht zustande kam. Aber trotzdem geht der Kampf weiter. Mehrere Kollegen erklärten sich bereit, den Kampf vor dem Arbeitsgericht als Zeugen zu unterstützen.

Auf einer zweiten außerordentlichen Betriebsversammlung am Montag (diesmal mit Chefs) mußten die Kapitalisten dann auch inhaltlich zugeben, daß hier Unruhestifter rausgeschmissen werden sollten. Interessant und für die Kollegen sehr aufschlußreich war noch, daß die Firma 6000 DM (sechstausend) Abfindung zahlen wollte. So viel ist ihnen die Ruhe im Betrieb wert. Damit gingen sie nur allzu bereitwillig auf den Vorschlag eines Betriebsratsmitgliedes gegen „soziale Härte" ein. Der Betriebsrat stimmte übrigens den Entlassungen nicht zu.

Zwei Genossen aus Westberlin

Unerträgliche Ausbeutungsmethode abgewehrt!

Die Krise fordert von den Kollegen unserer Hütte so viel, daß es auf keiner Kuhhaut mehr Platz hat. Zuletzt war die Situation bei uns im Stranggußbereich besonders von Arbeitshetze und unerträglichem Streß gekennzeichnet. Die Stranggußanlage ist die modernste Arbeitsanlage, um gegenwärtig aus Flüssigstahl walzfertige Brammen zu produzieren. Die Anlagen sind daher sehr kompliziert und schwer zu kontrollieren.

Einmal war es so, daß die Brennschneidemaschinen, mit denen vom Strang die Brammen abgetrennt werden, ausfielen. Der Strang konnte also nicht in Brammen geschnitten werden. In diesem Fall muß eigentlich der Gießvorgang abgebrochen werden. Die Steuerleute sprachen mit dem Schichtmeister über Funk, dieser meinte, die Leute sollten sich klarmachen mit Asbestschürze und Asbesthelm zum Brennen. Alle Kollegen waren empört: „eine unerhörte Provokation", meinten alle. Der Meister wollte die Kollegen einschüchtern und somit erzwingen, daß der Produktionsablauf nicht abgebrochen werden müßte, denn wenn die Kollegen die Anordnung des Meisters befolgt hätten, wäre die Produktion unter unmenschlichen Bedingungen weitergelaufen. Mit Lanzenhandnotbrennern hätten die Kollegen einen Stahlstrang mit den Maßen 1970 x 215 mm trennen müssen, und das unzählige Male, weil der Strang ja mit 0,8 bis 1,2 Meter pro Minute weiterläuft. Der Strang ist zu diesem Zeitpunkt hellrotglühend und besitzt eine Temperatur von 900 bis 1000 Grad Celsius. Da wir an einer Zwillingsanlage arbeiten, muß man das mal zwei nehmen. Jedermann kann sich vorstellen, wie unerträglich diese Arbeit gewesen wäre.

Die Kapitalisten meinten, die Männer seien ja stark genug! – Allerdings, die Männer zeigten ihre Stärke: Sie sagten dem Meister offen ins Gesicht, daß er sich man selber an die Arbeit machen solle und das ohne sie. Damit hatte er nicht gerechnet. Wutentbrannt brach er den Produktionsablauf ab. Das war ein Erfolg, ein Sieg der Kollegen.

Ein Genosse aus Bremen.

"Ich appelliere an Ihr Wohlwollen!"

Das Wohlwollen der 200 Streikenden einer Metallfabrik sollte nach dem Willen der Geschäftsführung darin bestehen, freiwillig auf die „Treueprämie", die je nach Betriebszugehörigkeit 100 DM bis 700DM jährlich ausmacht, zu verzichten.

Als bekannt wurde, daß die Prämie dieses Jahr nicht mehr gezahlt werden soll, blieb die Frühschicht um 9 Uhr am Tisch sitzen und ging nicht mehr an die Maschinen.

Wie ein Mann standen alle hinter der Forderung: Streik, bis die Prämie gezahlt wird! Nach eineinhalb Stunden trat der Geschäftsführer vor die versammelten Kollegen. Das übliche „Unternehmertheater": Erst bitten, gemeinsam das Schiff – er meint den Profit – wieder klarzumachen, dann Drohung: „Dies ist ein wilder Streik!" Dann Verhandlungsangebot an den Betriebsrat.

Einhellig war die Empörung der Kollegen und klar die Antwort: Es wird nicht verhandelt, wir streiken, bis die Forderung erfüllt ist.

Diese Einheit und Kompromißlosigkeit führte zum Erfolg. Nach. 2 Stunden wurde die Zahlung der Prämie zugesagt. Damit wurde die Kette des sozialen Abbaus durch das energische NEIN der Kollegen unterbrochen. Denn nach vielen Streichungen von „sozialen Leistungen", der Einführung von Akkord und nur 4% Anrechnung des Tarifabschlusses von 6,8% auf den Effektivlohn, war das Maß voll. Bei der jetzt anlaufenden Tarifrunde muß wieder mit uns gerechnet werden.

Ein Kollege aus Velbert.

Stillhalten oder kämpfen?

Fortsetzung von Seite 1

haushaltes, den Marx schon „Klassenbudget der Bourgeoisie" nannte, zur Ausplünderung der Bevölkerung mit Hilfe der Steuern und zur Erlangung von Staatsaufträgen, die ihnen ungeheure Profite sichern, dabei spielt die Rüstungsindustrie eine entscheidende Rolle. Die Militarisierung der Wirtschaft, hat auch bei uns ungeheuer zugenommen, es gibt kaum einen Betrieb, der nicht auch für die Rüstung produziert.

Droht einem Monopol die Gefahr eines Bankrotts, so gibt ihm der Staat die Mittel, damit die Verluste abgedeckt werden und Steuerschulden werden abgeschrieben. Dazu hat der Staat ja extra die 7er Paragraphen schon im Jahre 1948 geschaffen, die jetzt durch die sogenannten Sparprogramme wieder in Kraft gesetzt worden sind und den Konzernen Milliarden Stuervergünstigungen sichern. Investitionshilfen, Konjunkturprogramme haben den Monopolen z. B. seit dem letzten Herbst ca. 30 Milliarden gebracht.

Und was ist mit dem Investitionshilfegesetz von 1951, das z. B. den Monopolen der Schwerindustrie 1 Mrd. sicherte oder die Einführung der degressiven Abschreibung 1952, wodurch die Monopole noch mehr Gelder für Investitionen erhielten? Waren das Gesetze, die für Euch gemacht wurden, damit Ihr besser leben könntet? Oder 1966 als nach der ersten größeren Krise der Nachkriegszeit das Gesetz „zur Förderung der Stabilität des Wachstums der Wirtschaft" eingeführt wurde, war das in Eurem Interesse? Erhard drückte es so aus: „Wenn das deutsche Volk nicht hören will, dann muß es eben fühlen!" Mit der mittelfristigen Finanzplanung hat der Staat dann, natürlich auch im „Interesse der Stabilität", Kürzungen im sozialen Bereich durchgeführt und Euch riesige Summen Geld geraubt.

Auch hier zeigt sich wie überall, der Staat ist keine Einrichtung, die zwischen den Klassen steht, wie es auch die D„K"P ständig behauptet, sondern ein Werkzeug der Monopolbourgeoisie.

DIE URSACHE DER WIRTSCHAFTSKRISEN

Es ist heute genauso, wie es Karl Marx schon im Kapital geschrieben hat: „***Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich die Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf der Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.***"

Die Behauptungen, die Lehren von Marx und Engels seien veraltet, sie hätten vielleicht vor hundert Jahren gegolten, aber heute sei doch alles anders, erweisen sich als eindeutige Lügen! Was hat Euch denn der Kapitalismus, den die Bourgeoisie als das beste Gesellschaftssystem des Jahrhunderts anpreist, gebracht? Den 1. Weltkrieg, Not und Elend in den 20er Jahren, die Weltwirtschaftskrise 1929, den 2. Weltkrieg, dem ca. 50 Millionen zum Opfer fielen, den blutrünstigen Hitlerfaschismus usw.

Selbst in der Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders ist die relative Verelendung weiter vorangeschritten. Von 1950 bis 1968 haben sich die Löhne zwar nominal verdreifacht, aber das gesamte gesellschaftliche Einkommen ist in dieser Zeit fünffach gestiegen. Mit Preistreiberei, Lohnraub, Arbeitslosigkeit, steigender Frühinvalidität, den Sparprogrammen senkt die Bourgeoisie jetzt Euren Lebensstandard rapide. **Die Verelendung im Kapitalismus ist eine unumstößliche Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktion. Angeschafft werden kann diese Verelendung erst durch den gewaltsamen Sturz des Kapitalismus.**

Aber sehen wir uns einmal die Demagogie genauer an, mit der Ihr zum Stillhalten gezwungen werden sollt und mit der Euch der Kapitalismus als das beste System, zwar mit ein paar Mängeln behaftet, die man ausbessern könne, dargestellt wird.

IST DIE KRISE IMPORTIERT?

Die Regierung stellt es so dar: „Diese Rezession ist eine Weltrezession, die von den Weltmärkten kommt. Die binnenwirtschaftliche Nachfrage haben wir ja stabilisiert. Es ist die Exportnachfrage, die uns fehlt!" Früher hieß es, die Währungskrise oder die Ölkrise würde die Krise in unserem Land verursachen. Mit solcher Demagogie wollen sie Euch über die wahren Ursachen der Krise hinwegtäuschen und Euch für die Verteidigung des westdeutschen Imperialismus einnehmen, nach der Devise: „Wenn es den Kapitalisten gut geht, dann gehts Euch auch gut." So behauptet die Bourgeoisie, uns ginge es ja im Gegensatz zu anderen Staaten, wie z. B. Italien oder England noch viel besser, wir hätten doch eine der geringsten Zahlen an Arbeitslosen usw., bei uns herrsche sozialer Friede, während die Arbeiter in diesen Ländern durch ihre Streiks die ganze Wirtschaft in die Krise treiben würden.

Dazu ist erst einmal festzustellen, daß die Krise sich in den einzelnen Ländern ungleichmäßig entwickelt. Gerade in Italien und England hat sie früher eingesetzt als bei uns und wenn die Arbeiter sich wehren und streiken, so bedeutet das, daß sie sich die Ausplünderung und Unterdrückung nicht mehr gefallen lassen. Obwohl bei uns relativ wenig Streiks waren, hat sich die Krise auch hier immer mehr verschärft.

DER KAPITALISMUS HAT EUCH NICHTS ZU BIETEN

Die Ursache der Krise ist die kapitalistische Produktionsweise selbst. Millionen Arbeiter produzieren in den verschiedenen Industriezweigen. Es wird gesellschaftlich produziert - aber gehörden Euch die Produkte Eurer Arbeit? Nein! Die eignet sich die Bourgeoisie an, die sich auch die Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen usw.) angeeignet hat und Euch einen Hungerlohn zahlt. Die Monopole sind besessen von einer unersättlichen Gier nach Maximalprofiten. Sie stehen in einer starken Konkurrenz zueinander, jeder will den anderen ausstechen. Während in den einzelnen Betrieben die Produktion bis ins Detail durchgeplant ist, herrscht in der gesamten Gesellschaft eine Anarchie der Produktion, eine Planung ist unmöglich. Und die Banken, die in der „Hochkonkunktur" Milliarden Kredite an die Monopole geben, treiben die Produktion über ihre eigenen Schranken hinaus. All das führt zwangsläufig zur Krise.

Die weltweite Krise, die alle kapitalistischen und revisionistischen Länder erfaßt hat, verstärkt die Krise im eigenen Land natürlich noch, denn die Anarchie, die in der Produktion unter den Kapitalisten eines Landes herrscht, die herrscht auch weltweit unter den verschiedenen kapitalistischen und revisionistischen Staaten. Jedes dieser Länder versucht für sich das Beste herauszuschlagen, z. B. die USA-Imperialisten, die Schutzzölle auf die Einfuhr bestimmter Waren eingeführt haben. Die Imperialisten schrecken dabei vor Kriegen nicht zurück, wie Ihr es selbst zweimal in diesem Jahrhundert erlebt habt.

DER KAPITALISMUS IST WELTWEIT ÜBERHOLT, ER MUSS ZERSCHLAGEN WERDEN!

Die weltweite Krise ist ein Beweis dafür, wie verrottet dieses kapitalistische System ist, ein Beweis dafür, daß es weltweit überholt ist. Die Bourgeoisie behauptet natürlich, die Krise sei ein vorübergehendes, konjunturelles Problem, aber die Krise hat eben nicht nur die Wirtschaft der kapitalistischen und revisionistischen Länder erfaßt, sondern alle Bereiche.

Enver Hoxha, der Führer der Partei der Arbeit Albaniens sagte im letzten Jahr: „*Die von der Bourgeoisie als ‚Gesellschaft der Zukunft' gepriesene und in den Himmel gehobene sogenannte Konsumgesellschaft ist nichts weiter als eine morsche, in Verfall befindliche Gesellschaft, die die alten chronischen Gebrechen des Kapitalismus, die sie zu verschleiern suchte, immer mehr bloßlegt.*"

Die Kapitalistenklasse und ihr Staat wollen natürlich daß eine „Friedhofsruhe" herrscht, deshalb versuchen sie Euch mit Demagogien zu beschwatzen. Ein anderes Rezept der Bourgeoisie sind Streikverbote, die Anwendung faschistischer Methoden gegen die Arbeiterklasse. Aber daß ihnen auch das nichts nützt, das sehen wir gerade in Spanien, wo sogar offener Faschismus herrscht. In der ganzen Welt kämpfen die Völker gegen den Imperialismus und versetzen ihm mächtige Schläge! Die Aufgabe der Arbeiterklasse in Deutschland ist es, unter Führung ihrer Kommunistischen Partei, der KPD/ML, diesem System endgültig ein Ende zu bereiten, es in der proletarischen Revolution zu zerschlagen. Das ist die einzige Möglichkeit Krisen, Ausplünderung und Unterdrückung abzuschaffen.

SICHERT LOHNVERZICHT EURE ARBEITSPLÄTZE?

Nach den Reden der Bourgeoisie, ja. Gerade jetzt, in der Zeit, in der die Tarifrunden wieder stattfinden, hört man das ständig von der Regierung und vom Gewerkschaftsapparat. „Übersteigerte Lohnforderungen vernichten Arbeitsplätze" (Stoltenberg). Ihr sollt denken, wenn wir „zu hohe" Löhne fordern, dann haben die Kapitalisten weniger Investitionsmittel und wenn sie nicht investieren können, dan können natürlich auch keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Es ist immer dasselbe, nur anders ausgedrückt. „Wenn es den Kapitalisten gut geht, dann gehts Euch auch gut", das wollen sie Euch eintrichtern, deshalb Lohnverzicht um Arbeitsplätze zu erhalten, Lohnverzicht um die Krise zu überwinden, Lohnverzicht um den Aufschwung nicht zu gefährden, Lohnverzicht um die Konjunktur nicht zu gefährden usw. Also immer Rücksichtnahme auf die Kapitalisten, das ist die Politik, die auch der Gewerkschaftsapparat Euch aufzwingen will.

Der Kampf um mehr Lohn hat mit der Sicherheit Eurer Arbeitsplätze überhaupt nichts zu tun. Im Kapitalismus ist Eure Arbeitskraft eine Ware, die von den Kapitalisten wie jede andere Ware gehandelt wird. Die Kapitalisten investieren doch gerade, um so wenig wie möglich Arbeitskräfte zu beschäftigen. Sie rationalisieren, führen neue Maschinen ein, treiben die

Fortsetzung auf Seite 5

Stillhalten oder kämpfen?

Fortsetzung von Seite 4

Akkorde in die Höhe und schmeißen Euch auf die Straße, damit sie billiger als ihre Konkurrenten produzieren, ihre Profite erhalten und steigern können. Z. B. bei VW, dort arbeiten jetzt Tausende Arbeiter weniger, die aber mindestens genausoviel produzieren müssen, wie vorher, als die entlassenen Kollegen mitgearbeitet haben. Oder denkt an die Zechenstillegungen. Trotz Lohnsenkungen für die Bergarbeiter verloren Zigtausende ihren Arbeitsplatz, die Zechenbarone kassierten riesige Stillegungsprämien. Ist die Nachfrage nach Arbeitskräften gering, wie in der Krise, fliegt Ihr rücksichtslos auf die Straße. Entscheidend für die Kapitalisten sind ihre Profitinteressen,ob da nun eine Million Kollegen arbeitslos sind ist ihnen egal. Die Demagogie „Lohnverzicht um Arbeitsplätze zu sichern", soll Euch nur davon abhalten für Lohnerhöhungen zu kämpfen.

INVESTITIONSLENKUNG, DEMOKRATISCHE KONTROLLE MITBESTIMMUNG – SIND DAS AUSWEGE?

Gerade in letzter Zeit haben Teile der SPD und der Gewerkschaftsapparat die Investitionslenkung als das Wundermittel gegen Krisen im Kapitalismus propagiert. Andere Teile der Bourgeoisie schrieen gleich, die soziale Marktwirtschaft, das freie Unternehmertum, werde kaputtgemacht, man wolle an seiner Stelle eine Planwirtschaft errichten.

Mit diesem demagogischen Geschrei und Gerangel um Investitionslenkung, das immer dann lauter wird, wenn die Krisenerscheinungen des Kapitalismus offensichtlich werden, soll Euch vorgegaukelt werden, man könne den Kapitalismus von Krisen heilen, der Staat könne die Wirtschaft lenken und planen und so im Interesse aller die Anarchie, die zügellose Produktion der Kapitalisten abschaffen oder zumindest eindämmen. Aber diese Rezepte, die auch schon in den dreißiger Jahren als Heilmittel gegen Krisen propagiert wurden, sind heute genauso wirkungslos wie damals. Das sehen wir ja heute deutlich, wo sich die Wirtschaftskrise in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern ob mit oder ohne „Investitionskontrolle" weiter verschärft.

Investitionslenkung, das reiche nicht aus um die Krise zu bekämpfen, sagt die D„K"P. Die Investitionen müßten auch kontrolliert werden und zwar von den Arbeitern mit Hilfe der paritätischen Mitbestimmung, behaupten sie.

Sie stellen die Widersprüche zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse so dar, als käme es darauf an, durch Kontrolle die Kapitalisten dazu zu bringen, daß der „Wildwuchs" bei den Gewinnen der Banken und der Konzerne beseitigt wird, und die Krise im beiderseitigen Interesse gelöst wird.

Investieren die Kapitalisten um Euch Arbeitsplätze zu verschaffen? Warum will VW denn jetzt in den USA produzieren, was zur Folge hat, daß hier mindestens weitere Massenentlassungen vorgenommen werden. Was hat denn da die Mitbestimmung genutzt? Es sitzt doch selbst Loderer von der IGM mit im Aufsichtsrat. Oder bei den Zechenstillegungen, da hat die Mitbestimmung die Massenentlassungen beschleunigt. Die ganze Demagogie von demokratischer Kontrolle und Mitbestimmung hat doch nur den Zweck, Euch weiszumachen, man könnte sich mit den Kapitalisten einigen, sie zur Vernunft bringen. Ihr sollt nicht die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, die auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse beruht, erkennen und Euch wehren.

Den Staatsapparat stellt die D„K"P als Vermittler zwischen den Klassen dar und will die Illusion schaffen, der Staatsapparat könnte auch im Interesse der Arbeiter handeln. Sie sagen „sparen ja, aber da, wo was zu holen ist!". Der Staat soll also mal die „Großen" zur Kasse bitten und nicht immer die „Kleinen". So verleugnet sie, daß der Staat ein Instrument der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse ist.

Auch an diesen Beispielen zeigt sich: Die D„K"P-Revisionisten sind Agenten im Dienste der Bourgeoisie, die sich als Kommunisten ausgeben. Diese Beispiele entsprechen ihrer Generallinie, den Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu spielen.

DIE D„K"P-REVISIONISTEN SIND EURE ÄRGSTEN FEINDE!

Die D„K"P will verhindern, daß Ihr Euch gegen die Ausplünderung durch die Monopolbourgeoisie und ihren Staat im unversöhnlichen Kampf zur Wehr setzt. Sie will Euren Kampf ablenken in Bahnen, für mehr „Mitbestimmung", in einen Bittgang zum Kapital. Deshalb beschwört sie auch immer die Einheit mit dem Gewerkschaftsapparat, deshalb fordert sie Euch auf, ihr sollt die Verhandlungspositionen des Betriebsrats stützen und Euch nicht selbst zusammenschließen und für Eure Interessen revolutionär kämpfen.

Die D„K"P verrät aber nicht nur Euren Tageskampf. Entscheidend ist, sie bietet Euch einen angeblichen Weg aus dem Kapitalismus an. Nämlich die „schrittweise Zurückdrängung der Monopole", Sie tut so, als gäbe es einen friedlichen Weg zum Sozialismus. **Aber die Kapitalisten, die noch nicht einmal einen Pfennig freiwillig herausrükken, die werden schon gar nicht freiwillig und erst recht nicht friedlich ihre Macht hergeben, die werden sie mit ihrer Bundeswehr, ihrer Polizei und ihrem Grenzschutz, mit allen verfügbaren Mitteln verteidigen.**

Die D„K"P will verhindern, daß Ihr erkennt, daß der einzige Weg zum Sozialismus über die proletarische Revolution, über die Zerschlagung des kapitalistischen Systems führt. Die Kapitalisten wissen, was auf sie zukommt. Wozu rüsten sie wohl ihre Bürgerkriegsarmee? Die D„K"P will nicht den Kapitalismus abschaffen,sondern ganz im Gegenteil. Sie hat die Aufgabe Euch zu täuschen, damit die Ausbeuterordnung aufrechterhalten wird.

Wenn die D„K"P von Sozialismus spricht, dann meint sie ein Regime, wie das sozialfaschistische Honecker/Breschnew-Regime in der DDR. Das wollen sie über Euch verhängen.

Die D„K"P-Revisionisten sind aber nicht nur die Funkenaustreter der Revolution im Dienste der westdeutschen Imperialisten. Wie sich auch in ihrer Parole „Ostverträge sichern Arbeitsplätze" zeigt, betreiben sie das Geschäft der russischen Sozialimperialisten und wollen Euch blind gegenüber diesen aggressiven Kriegstreibern machen. Sie versuchen, den Boden für die russischen Sozialimperialisten zu bereiten, damit sie ihren Einfluß noch mehr vergrößern können und wir in ihre Abhängigkeit geraten. Schon heute kommen ca. 13% der Energie aus der Sowjetunion, die für sie ein günstiges Erpressungsmittel sein können. Was ist denn, wenn sie die Gasleitung dicht machen?

KÄMPFT GEGEN DIE D„K"P UND DEN DGB-APPARAT

Die Kapitalisten, die Gewerkschaftsbonzen, fürchten sich davor, daß ihr Euch gegen den Kapitalismus erhebt. Vetter befürchtet, „daß es bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu einer politischen Radikalisierung kommen könne." Während der Gewerkschaftsapparat sich hier ganz offen zum Kapitalismus bekannt, ruft er natürlich demagogisch zum „Kampf" gegen Lohnabbau auf.

Aber gerade der Gewerkschaftsapparat ist es, der immer behauptet, in der Krise seien die Bedingungen für den Kampf schlecht, weil es ja so viele Arbeitslose gäbe und die Kapitalisten in der besseren Situation seien. Sie unterstützten die Spaltungsversuche der Bourgeoisie, die z. B. die arbeitslosen Kollegen als Streikbrecher und als Druckmittel einzusetzen versuchen.

Die D„K"P-Revisionisten gehen da anders vor. Sie sagen auch: „In der Krise kämpfen". Aber wie sieht ihr Kampf aus? Einerseits versuchen sie alle Bewegungen, die sich gegen den Gewerkschaftsapparat richten, als spalterisch zu bekämpfen und versuchen Euch ständig in den Schranken der Legalität zu halten, wie z. B. in den Schranken des Betriebsverfassungsgesetzes. Sie schüren Illusionen in die Arbeitsgerichte, die Teil des Staatsapparates sind. Natürlich versuchen sie sich als „Kämpfer" aufzuspielen, um an der Spitze zu stehen,um so besser ihren Einfluß auszudehnen. Deshalb hat die D„K"P bei der Stahltarifrunde auch erst lauthals 12 % als die Forderung der Arbeiter propagiert und ist dann schnell auf die 8 % des Gewerkschaftsapparates eingeschwenkt. **Das Vorgehen und die Demagogie der D„K"P haben immer den Zweck, Euch vom revolutionären Klassenkampf abzuhalten.**

GEHT DEN WEG DES REVOLUTIONÄREN KLASSSENKAMPFES BAUT DIE RGO AUF!

Mit den modernen Revisionisten der D„K"P und mit dem Gewerkschaftsapparat kann es keine Zusammenarbeit geben. Der Gewerkschaftsapparat, der engstens mit dem Staatsapparat und dem Finanzkapital verfilzt ist, läßt sich nicht zur Kampforganisation der Arbeiterklasse machen. Aber die Arbeiterklasse braucht eine gewerkschaftliche Organisierung und jeder Kollege will auch, daß sich die Arbeiter einig sind, denn jeder weiß, die Stärke der Arbeiterklasse liegt in ihrer Einheit und Organisation. Da die Einheit der Arbeiterklasse nicht im Gewerkschaftsapparat geschmiedet werden kann, muß die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) aufgebaut werden.

Die RGO, das ist die Kampforganisation, die Ihr braucht, die nicht mit den Verrätern der Arbeiterklasse zusammenarbeitet, die unversöhnlich für Eure Interessen kämpft, also ohne Schachereien, ohne Paktieren, ohne auch nur ein Interesse der Arbeiter zugunsten des Kapitals aufzugeben und die RGO wird sich nicht auf einen ständigen Abwehrkampf gegen Angriffe des Kapitals beschränken, denn dieser ständige Abwehrkampf führt natürlich nicht aus der Unterdrükkung, aus dem Kapitalismus heraus. Die RGO wird darüber hinaus den Kampf gegen das ganze kapitalistische System aufnehmen.

„Die Einheit in der RGO herstellen, das ist eine schwierige Aufgabe", werden viele von Euch sagen. Das stimmt, das haben wir ja gerade den D„K"P-Revisionisten und dem Gewerkschaftsapparat zu verdanken, die hauptsächlich Verwirrung in unsere Reihen tragen. Aber diese Schwierigkeiten sind von Euch zu überwinden.

Jeder fortschrittliche Kollege sollte damit beginnen, im Betrieb, in der Gewerkschaft, unter seinen arbeitslosen und ausländischen Kollegen, alles zu tun, um seine Kollegen auf dieser Grundlage zusammenzuschließen. Dort wo Ansätze einer RGO sind, mitarbeiten und die revolutionäre Perspektive hineintragen. Nehmt den Kampf gegen die Angriffe auf Eure Lebenslage auf, stellt Eure Forderungen zur Tarifrunde selbständig auf und kämpft kompromißlos für ihre Durchsetzung. Aber es reicht nicht aus, sich kurz zur Tarifrunde z. B. zusammenzusetzen, auch danach muß der Zusammenschluß vorangetrieben werden. Dann ist ein weiterer Schritt zum Aufbau der RGO geschafft. Das heißt, den Weg des revolutionären Klassenkampfes der Arbeiterklasse zu beschreiten.

(Dieser Artikel erscheint gleichezitig als Extrablatt des ROTEN MORGEN).

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

RINGEN IM ALL – ELEND AUF ERDEN

Die sozialimperialistische Sowjetunion, die seit einiger Zeit immer häufiger unser Land mit einem Propagandafeldzug überrollt, präsentiert uns seit einigen Tagen hier in München ihre Sputniks und Mondautos. Dar bayerische Staat, der reaktionäre DGB-Apparat mit seinem widerlichen Funktionär Erwin Essel und die revisionistische D„K"P, sind die wahren Mäzene und Steigbügelhalter für diese in der Olympiahalle ausgestellte Lügenpropaganda der Neuen Zaren im Kreml.

Diese verlogene Propagandaschau soll uns die sowjetische Raumfahrt – und Raumforschung als ein Bestandteil der „Friedenssicherung", als eine Forschung zur „friedlichen Nutzung", die sich in den „Dienst der gesamten Menschheit" stellen würde, vorgaukeln. **Blickt man jedoch hinter die Kulissen, streicht man die Propaganda und die abscheuliche Friedensdemagogie bei all dem Gesagten und Geschriebenen weg, dann eröffnen sich Einblicke in die tatsächliche Wirklichkeit dieser jetzt mit viel falschem Flitter umhängten sowjetischen Raumfahrt.**



Tatsachen und Zahlen lassen sich halt auch durch übelste und noch so dick aufgetragene Propaganda nicht wegretuschieren, denn Tatsache ist, daß von den seit 1957 gestarteten 890 sowjetischen Weltraumflugkörpern mehr als 70% (vorher über 50%) in den letzten Jahren rein militärische Aufgaben hatten. Berichte enthüllen, daß die Sowjetunion und die USA das ganze Jahr hindurch Spionagesatelliten einsetzen, daß diese Agentenaugen in der Lage sind, jedes Territorium auf der Welt Millimeter für Millimeter zu fotographieren, daß sie jede Truppenbewegung des Gegners Schritt für Schritt überwachen können. Da können mit Leichtigkeit Flottenverbände, U-Boote oder Düsenjägerverbände geortet und beobachtet werden. Exakte Wettervorhersagen, die so erstellt werden können, stellen eine früher nur geträumte Bereicherung für das schmutzige Geschäft des Kriegführens dar.

Dies sind natürlich nur wenige Beispiele, die darlegen, daß das Gerede von der „ausschließlich friedlichen Anwendung der Raumfahrt" eine pure Farce der beiden Supermächte, ein wichtiger Bestandteil ihres Ringens um die Vorherrschaft in der Welt ist, daß im All selbst dieses Ringen fortgesetzt wird!

Die beiden Supermächte tragen ihre Rivalität mit noch heftigerer Vehemenz auf dem Lande, in der Luft und zur See aus. Beide brüsten sich z. B. damit, daß sie Raketen mit atomaren Mehrfachsprengköpfen hätten, die jeweils präzise jeden Punkt, jede Militärbase und jedes Industriezentrum treffen und zerstören könnten. Um ihre Großmachtgelüste, wie Hitler, befriedigen zu können, um in dem weltweiten Ringen die andere Supermacht überflügeln zu können, benötigt die Sowjetunion bereits einen größeren Kriegsetat als die USA: sie benötigt dafür über 20% des gesamten Nationaleinkommens, sie läßt ca. 60% aller Betriebe für die Kriegsproduktion arbeiten und gibt ungeheure Summen für die „Raumforschung" aus.

Die revisionistische Breschnew-Clique treibt das sowjetische Volk in eine Verelendung immer größeren Ausmaßes. Rapide ansteigende Steuern werden dem Volk abverlangt, die direkt in die Kriegsrüstung, zu der auch die Raumfahrt gehört fließt. Verdeckte Arbeitslosigkeit, Mangel an notwendigen Konsumgütern, Untererfüllung der 5-Jahres-Pläne und eine enorme Preissteigerungsrate sind nur einige Gründe für die Verarmung der sowjetischen Volksmassen. So vegetieren in der Sowjetunion bereits mehrere Millionen Werktätige mit einem Einkommen dahin, das unter dem Existenzminimum liegt.

Doch die Sozialimperialisten können – trotz ihres gigantischen Militärapparates – nicht schalten und walten, wie es ihnen beliebt. Der Widerstand im Innern der UdSSR wächst von Tag zu Tag. Streiks, Protestkundgebungen, Demonstrationen erschüttern die Herrschaft der Neuen Zaren. Und in ihrem Streben nach Expansion treten ihnen die Völker der Welt, vor allem der Dritten Welt mit der VR China an der Spitze, entgegen. So wie die USA von dem heldenhaften kambodschanischen und vietnamesischen Volk besiegt wurden, so geht auch die UdSSR ihrem sicheren Untergang entgegen.

Nun, sind die Fahrten in den Weltraum etwas Gutes oder Schlechtes, dienen sie „dem Wohl der Menschheit" oder nicht? Enver Hoxha, der Vorsitzende der Partei der Arbeit Albaniens, sagte dazu: **„Es sind auch tatsächlich große Erfindungen, doch in wessen Händen befinden sie sich? Wer zieht aus ihnen Nutzen und zu welchem Zweck werden sie verwendet? Werden sie zum Wohl der Menschheit benutzt oder werden sie verwendet, um im Dienst der beiden Supermächte Völker und Staaten auszuspionieren? Könnte etwa die Gefahr aggressiver Kriege verhindert werden? Keineswegs! – Werden etwa Hunger und Elend auf der Welt abgeschafft? Im Gegenteil, sie nehmen ständig zu! – Wurde das Leben der Armen verbessert und die Gewalt der Reichen beseitigt? Das Gegenteil ist der Fall!"**

Nun hat aber auch die VR China Satelliten gestartet. Doch in einem Land, in dem die Diktatur des Proletariats verwirklicht ist, ist das eine Errungenschaft des sozialistischen Aufbaus, ein Vorbild für die Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf für Unabhängigkeit und Selbständigkeit entgegen dem Vormachtstreben der beiden Supermächte.

ROTER BETRIEBSRAT GEWINNT PROZESS

Der Rote Betriebsrat Bernd W. hat den Arbeitsgerichtsprozeß gegen die HDW-Kapitalisten gewonnen. Bereits vor der Betriebsratswahl wurde Genosse Bernd, der auf der Roten Liste kandidierte, entlassen. Trotz der Entlassung wählten seine Kollegen ihn zum Betriebsrat.

Als Anlaß für die Entlassung hatten die HDW-Kapitalisten und der IGM-Betriebsrat seine Rede auf einer Belegschaftsversammlung genommen, in der er eine Bestechungsaffäre des Betriebsrats aufgedeckt hatte. Die Kündigung wurde übrigens vom Betriebsrat selbst beantragt und beschlossen. Und die HDW-Kapitalisten schoben sicherheitshalber noch eine fristlose Kündigung nach.

Bewußt wurde der Arbeitsgerichtsprozeß ständig hinausgeschoben, abgebrochen und vertagt, damit die Solidarität im Sande verlaufen sollte. Aber das klappte nicht. Mehr als 30 Freunde, Kollegen und Genossen erschienen zum Prozeß. Mehrere Kollegen stellten sich Bernd als Zeugen zur Verfügung. HDW fuhr zwei Zeugen auf, Betriebsratsvorsitzenden Böhm, der sehr wortkarg und unsicher auftrat, so daß der Richter ihm die Aussagen praktisch mundgerecht vorformulieren mußte, und den Spitzel Wolfang Herrmann, der durch seine „Beredsamkeit" glänzte. Er verwickelte sich bei seinen Aussagen in verschiedene Widersprüche, gerade was die Bestechungsaffäre des Betriebsrats anging. Die vier Kollegen, die für Bernd aussagten, zerstörten das Lügengebäude gänzlich. Durch die Unterstützung seines Kampfes durch seine Kollegen und die Betriebszelle der Partei war das Gericht gezwungen, beide Kündigungen für unwirksam zu erklären.



Genosse Bernd ging nach diesem Erfolg wieder in den Betrieb. Seine Kollegen waren erfreut und sie diskutierten den ganzen Vormittag mit ihm. Die HDW-Kapitalisten hatten den Werkschutz auf Bernd angesetzt, der ihn zum Personalbüro bringen sollte. Nach der Mittagspause zwangen sie Bernd, in einen Werksbus zu steigen und fuhren ihn zum Personalbüro, das einige Kilometer entfernt liegt. Dort wurde er sofort von Bütteln der HDW-Kapitalisten empfangen. Sie drohten ihm an, sie würden die Polizei einsetzen, wenn er noch einmal das Werksgelände betreten würde und drohten mit Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Gleichzeitig gaben sie bekannt, daß HDW in Berufung gegen das Urteil gegangen sei.

Der Rote Betriebsrat wird weiter darum kämpfen, als Roter Betriebsrat für seine Kollegen auf der Werft arbeiten zu können und sich nicht einschüchtern lassen. Die Betriebszelle der Partei bei HDW wird ihn dabei unterstützen.

(Dieser Bericht ist nicht wörtlich aus der Betriebszeitung zitiert, sondern auf der Grundlage der Betriebszeitung geschrieben).

Revisionistisches

P„C“F UND MERCEDES BENZ

Korrespondenz. „Ich war in Paris auf der „Fete de l'Humanite“, dem Pressefest des offiziellen Organs der P,C'F. Was ich dort außer dem Jahrmarktsrummel noch sah, hat mir glatt die Sprache verschlagen. Das Ganze war ähnlich aufgezogen wie bei dem ,UZ-Rummel' der D,K'P in Düsseldorf, nur einige Nummern größer: eine Mischung zwischen ,Open-air-festival', Jahrmarkt und Oktoberfest, Politik am Rande, heimtückisch untergejubelt. So sagte auch ein französischer Freund zu mir: ,Das ist das größte Sauf- und Freßfest, das ich kenne.' Der Gipfel aber war – und das beleuchtet den ganzen Rummel – eine Entdeckung, die ich auf dem Festgelände machte: Es gab da einen Stand der Generalvertretung von Mercedes Benz in Paris, ganz offiziell. Außerdem noch Stände der größten Banken Frankreichs, es gab Pelzgeschäfte und anderes mehr, ich kam aus dem Staunen nicht mehr heraus. War mir früher die Einschätzung der revisionistischen Parteien als bürgerlich noch ziemlich theoretisch, hier wurde mir ganz klar und deutlich, daß sie Agenten und Handlanger der Bourgeoisie sind. Sie laden Kapitalisten und deren Vertreter zu ihrem Fest ein! Großbanken, Pelzgeschäfte, Mercedesstern und Stände der P„C“F in trauter Eintracht nebeneinander – hier zeigt sich die revisionistische Politik der Klassenversöhnung, wie sie leibt und lebt. Das sind keine Kommunisten! Auch meine französischen Bekannten bestätigten mir: „Das sind nicht unsere Interessenvertreter.“

„MORGENRÖTE“ – EIN KAPITALISTISCHES MODELL

Wie die Zeitschrift „Spiegel“ berichtet, gibt es in Kiew ein staatliches Dienstleitungsunternehmen namens „Morgenröte“. Dieses Unternehmen zeigt deutlich den verrotteten Charakter des revisionistischen sowjetischen Staates. Zu Preisen, die für die normale werktätige Bevölkerung unerschwinglich sind, vermittelt „Morgenröte“ der neuen Bourgeoisie Lohnsklaven: Putz- und Kochhilfen, Nachhilfelehrer oder einfach auch Unterhalter gegen Langeweile, organisiert es Hochzeitsfeste und vergißt auch nicht ein Lieblingshobby unserer eigenen Bourgeoisie anzubieten: „Psychologische Eheberatung“, bei „sexuellen und psychischen Problemen“. Profite scheffelt das Unternehmen vor allem dadurch, daß es in zunehmendem Maße Rentner anstellt.

Daß „Morgenröte“ nicht etwa ein einzelner Auswuchs ist, sondern überall im Land ähnliche Unternehmen für die neue Bourgeoisie tätig werden, stellt die Direktorin des Unternehmens Sinaida Kirkewitsch sogar noch mit Stolz fest: „Jetzt kopieren alle unser Modell.“ Nutzen die „Spiegel“-Schreiberlinge die Verkommenheit der neuen Bourgeoisie in der Sowjetunion aus, um gegen den Sozialismus zu hetzen, so wird den Völkern der Sowjetunion gerade dies offenkundige Parasitentum der Neuen Bourgeoisie erneut zeigen, daß es notwendig ist, in der proletarischen Revolution ihre Unterdrücker und Ausbeuter hinwegzufegen und unter der Diktatur des Proletariats erneut den Sozialismus aufzubauen.

„FRANZÖSISCHER SOZIALISMUS“

Als der Bürgermeister von Riesa aus der DDR das französische Städtchen Villerupt besuchte, stellte er begeistert fest: „Villerupt ist eine Oase des Sozialismus in einem Land.“ Offensichtlich fühlte sich dieser Herr angesichts der Kapitalisten, der Ausbeutung der Arbeiter, angesichts der Slums, in denen ausländische Arbeiter in Villerupt leben müssen, angesichts der volksfeindlichen Polizei wie zu Hause und glaubte den „Sozialismus“ der DDR wiederzuerkennen.

Neuerscheinung:

Arzt auf drei Kontinenten

Leben und Werk Dr. Norman Bethunes

Im Rotfront Verlag erschien jetzt eine deutsche Neuauflage des Buches „Arzt auf drei Kontinenten – Leben und Werk Dr. Norman Bethunes“ von Ted Allen und Sydney Gordon. Wir drucken im folgenden das Geleitwort ab, das Joshua S. Horn für die Neuauflage dieses Buches schrieb.

22 Jahre nach der ersten Veröffentlichung wird „The Scalpel, The Sword“ in deutscher Sprache neu aufgelegt, und wenn das Buch heute einen größeren Leserkreis findet als jemals zuvor, so liegt das zum einen an der ausgezeichneten Darstellung, zum anderen aber auch am wachsenden Interesse, das der Volksrepublik China überall auf der Welt entgegengebracht wird.

Das Buch erzählt die Lebensgeschichte des Arztes Dr. Norman Bethune. So wie diese Geschichte an keine Zeit gebunden scheint, ist auch die Figur Bethune zeitlos: Er ist der Prototyp des revolutionären Intellektuellen, des Theoretikers und Praktikers zugleich. Besser als wir alle hat er diesen hohen Anspruch durch die Tat erfüllt. Sein Ruhm wird Generationen beflügeln und in die entlegensten Winkel der Erde eindringen.



Fast zufällig geriet er in die Politik. Als lebenslustiger, ehrgeiziger junger Arzt erkrankte er an Lungentuberkolose – damals, in den dreißiger Jahren, den „Hungry Thirties“, eine Krankheit mit hoher Sterblichkeit. Bethune wurde dank einer neu entwickelten Operationsmethode geheilt. Das Gebiet fasziniert ihn – er wurde Lungenchirurg.

Seine Tätigkeit ließ ihn bald erkennen, welch entscheidende Rolle Armut und elende Wohnverhältnisse bei der Verbreitung von Lungentuberkolose spielten. Ihm wurde bewußt, daß Krankheiten, die ursächlich mit dem Gesellschaftssystem zusammenhängen, nur ausgerottet werden können, durch die Veränderung der Gesellschaft.

Anfänglich beschränkte er seine politische Aktivität auf das Gesundheitswesen; er kämpfte für eine bessere medizinische Versorgung der Armen und Entrechteten. Als der spanische Bürgerkrieg ausbrach, sah Bethune deutlich, daß der Faschismus alles bedrohte, wofür er jetzt kämpfte. Er machte den entscheidenden ersten Schritt und schloß sich den Internationalen Brigaden an. In Spanien kämpfte er als Militärchirurg an der Seite des spanischen Volkes. In Spanien war der Kampf noch nicht entschieden, als er mit großer politischer Weitsichtigkeit erkannte, daß sich der Brennpunkt der revolutionären Weltbewegung von Europa nach Asien verlagerte. In aller Eile sammelte er bei fortschrittlichen Menschen in Amerika Geld und Ausrüstungsmaterial. Am 2. Januar 1938 befand er sich auf dem Weg nach China. Er sollte nicht mehr zurückkehren. 21 Monate lagen zwischen seiner Ankunft in den befreiten Gebieten und dem 13. November 1939, an dem er an einer Blutvergiftung starb. Während dieser Zeit arbeitete Bethune mit unermüdlicher Begeisterung und einer selbstverzehrenden Energie, deren Erinnerung sich unauslöschlich in die Geschichte der chinesischen Revolution eingegraben hat. Bethune hatte viele Fähigkeiten. Er war gebildet, ein Kenner der Malerei, ein ungewöhnlich eindrucksvoller Schriftsteller. Er war ein begabter und erfahrener Chirurg und ständig bestrebt, wie Mao Tsetung sagte, „sein Können zu vervollkommnen“. Bethune war bekannt als Erfinder sehr nützlicher chirurgischer Instrumente. Später entwickelte er völlig neue revolutionäre Konzepte, z. B. die Bluttransfusion unmittelbar auf dem Schlachtfeld und die Organisierung beweglicher Chirurgenteams nahe der Front. Er war auch Lehrer, einmal durch seine eigene vorbildliche Tätigkeit, zum anderen verfaßte er einfache Lehrbücher für Krankenträger, Sanitäter und Operationshilfen. Bethune schuf das erste Modellkrankenhaus im Grenzgebiet, organisierte die erste Freiwilligentruppe von Blutspendern sowie ein Netz von medizinischen Hilfsorganisationen entlang der Front. In erster Linie jedoch war Bethune Revolutionär, unermüdlich beschäftigt, die Welt und sich selbst zu verändern. Ein Revolutionär, getrieben von der Liebe zum Volk und vom Hass auf die Feinde.

„Ich habe das unschätzbare Glück, mit Menschen zu leben und zu arbeiten, für die der Kommunismus zum täglichen Leben geworden ist, nicht nur etwas, woran sie denken, worüber sie sprechen. Ihr Kommunismus ist einfach und tief empfunden, er ist da wie ein Reflex, unbewußt wie das Atmen und automatisch wie der Herzschlag. Unversöhnlich ist ihr Haß, unendlich ihre Liebe ... Ich habe sie lieben gelernt und ich weiß, daß auch sie mich lieben.“ Als Revolutionär stand Bethune immer in engem Kontakt zu den Massen, war niemals überheblich und erkannte die Schöpferkraft, die in den einfachen Bauern schlummerte. *„Keine Arbeit ist für einen Arzt zu niedrig. Und es gibt nichts, was der geringste Sanitätsgehilfe nicht eines Tages zu schaffen imstande wäre, vorausgesetzt er ist fleißig, lernbegierig und pflichtbewußt.“*

Wo die Bedingungen am härtesten waren, dort fand man Bethune, der alles von sich abverlangte, bis zur Erschöpfung, der keinerlei Furcht kannte. Sein Bewußtsein vom proletarischen Internationalismus war so hoch, daß er die Sache der chinesischen Revolution zu seiner eigenen machte. Millionen chinesischer Internationalisten ehren heute das Andenken Bethunes, lieben ihn als einen ihrer Helden und versuchen seinem Beispiel zu folgen.

„The Scalpel, The Sword“ beschönigt nicht Bethunes Fehler, seine oft übereilten Urteile, seine Reizbarkeit. Doch sie erscheinen zu Recht als Unzulänglichkeiten eines wahrhaft außergewöhnlichen Mannes. Bethune selbst beschönigte keinesfalls seine Fehler. Er forderte und akzeptierte Kritik und war entschlossen, seine Fehler zu beseitigen. Nach einem Ausbruch von Jähzorn sagte er: *„Mit meiner zweiten ,Krankheit' war das nicht so einfach. Ich habe mich nirgendwo angesteckt und doch brach sie immer wieder aus. Ich hatte sie als Junge, als Mann, als Arzt. Es war schlimmer als Tuberkolose, es war – mein Jähzorn ... Jetzt, nach neun Monaten in China habe ich gelernt, was ich dagegen tun kann ... aber hin und wieder habe ich einen Rückfall und oft ist er schwer unter Kontrolle zu halten ...“*

Bethune wäre höchst begeistert vom heutigen Gesundheitswesen in China, besonders angesichts der Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Für ihn war die Verhütung von Krankheiten immer das Wichtigste. Vorsorgemaßnahmen sind heute der Kern des chinesischen Gesundheitswesens. Bethune hatte gesagt: *„Ärzte, geht hin zu den Verwundeten! Wartet nicht darauf, daß sie zu euch kommen!“* Heute ziehen bewegliche medizinische Teams durch die weiten Landgebiete Chinas, suchen die Kranken und Verletzten auf und behandeln sie oft sogar in ihren Häusern. Bethune bildete Bauern, die kaum lesen und schreiben konnten, zu Krankenträgern, Sanitätern, Operationshilfen und Chirurgen aus. Heute sorgt eine Millionenarmee von Bauernärzten dafür, daß es auch im entlegensten Winkel Chinas für die Bauern medizinische Hilfe gibt. Einer von Bethunes Schülern, der arme Bauer Fong, der in der Befreiungsarmee Lesen und Schreiben gelernt hatte, war voll Kummer über seine Unwissenheit. Er sagte: *„Vielleicht werden eines Tages, wenn mein Sohn erwachsen ist, die Söhne von Bauern zur Schule gehen. Ich werde alles tun, um ihm die Möglichkeiten zum Lernen zu geben, die ich nicht hatte. Vielleicht wird er einmal statt meiner ein guter Arzt.“* Seit der Kulturrevolution sind 80% der Universitätsstudenten Söhne und Töchter von Arbeitern, Soldaten, armen und mittleren Bauern.

Dieses ausgezeichnete Buch, das ich von ganzem Herzen zur Lektüre empfehle, schildert in hervorragender Weise die Entwicklung und den Bewußtseinsprozeß dieses großen Mannes. Es ist eine faszinierende Lebensgeschichte, fesselnd vom Anfang bis zum Ende. Ohne Zweifel werden viele Leser den Wunsch



Dr. Norman Bethune bei einer Operation

haben, mehr zu erfahren über die Schwierigkeiten und komplizierten Kämpfe der Gesellschaft die sich damals, zu Bethunes Zeit, in Entwicklung befand und die heute zu einem Land geworden ist, das sich rascher und entschlossener vorwärtsentwickelt als irgendein anderes Land der Welt. Dies können sie nirgendwo besser als beim Studium der Werke des Vorsitzenden Mao, des Führers der chinesischen Revolution. Die Werke entstanden während des Befreiungskrieges. Mao Tsetung unterzieht darin die aktuelle chinesische Situation einer marxistisch-leninistischen Analyse und entwickelt auf diese Weise die Politik, die schließlich zum Sieg führte. Es wäre allerdings eine gute Sache, wenn die Lektüre von „The Scalpel, The Sword“ zum Studium der vier Bände der Werke Mao Tsetungs führte, denn die Geschichte Bethunes ist die Geschichte eines Mannes, von dem wir lernen können. Und wir wollen lernen!

Joshua S. Horn FRCS.
London, 29. Okt. 1974

ARZT AUF DREI KONTINENTEN
ROTFRONT-VERLAG
23 Kiel 1, Postfach 3746
– Preis 13,50 DM –

Vom Aufbau des Sozialismus

SCHANGHAIER ARBEITER STUDIEREN DEN MARXISMUS-LENINISMUS

In der Kampagne zur Festigung der Diktatur des Proletariats in der VR China nimmt das Studium der Klassiker des Marxismus-Leninismus einen wichtigen Raum ein. In Schanghai haben rund 2 Millionen Arbeiter, eingeschlossen 16-jährige Jugendliche aus mehr als 10000 Fabriken das Studium zur Vertiefung der Theorie des Marxismus-Leninismus aufgenommen. Studiert werden unter anderem „Das Kommunistische Manifest“, „Kritik des Gothaer Programms“, „Staat und Revolution“, „Über die demokratische Diktatur des Volkes“ und „über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“. Mehr und mehr Menschen nehmen das Studium des Kapitals auf. Im letzten April begannen rund ein Dutzend Arbeiter einer Werft damit. Jetzt studieren es 1000.

Die Zahl der Leser in der städtischen Bücherei hat sich vervielfacht. Nach einer neueren Übersicht sind 70% der Leser, die in den Leseraum für marxistisch-leninistische Werke gehen, Arbeiter.

Obwohl alle Schanghaier Fabriken den Arbeitern kostenlos Bücher zur Verfügung stellen, kaufen sich doch viele Arbeiter Bücher. So kauften sich von 2600 Aktivisten in Studiengruppen aus der Maschinenbau- und Elektroindustrie 2000 alleine in diesem Jahr das „Kapital“. Ähnlich ist es mit anderen Werken der Klassiker. So wurden z. B. von „Staat und Revolution“ in diesem Jahr in jedem Monat durchschnittlich 60000 Exemplare verkauft.

Die Massenbewegung zum Studium der Werke der Klassiker ist die Antwort auf verschiedene Aufrufe des Vorsitzenden Mao, in denen die Bedeutung des Studiums der marxistisch-leninistischen Theorie für den Aufbau des Sozialismus betont wird.

Ein 63 Jahre alter Schiffbauer sagt: *„Vorsitzender Mao hat in seiner großen Lehre auf die grundlegende Frage beim Kampf und bei der Verhütung des modernen Revisionismus hingewiesen. Als Mitglied der Kommunistischen Partei habe ich mein Leben dem Kommunismus geweiht. Aber wenn ich die Theorie der Diktatur des Proletariats nicht verstehe, dann weiß ich auch nicht, wie ich für das große Ziel des Kommunismus kämpfen soll. Um die Revolution unter der Diktatur des Proletariats zu Ende zu führen, müssen wir die entscheidende Theorie gewissenhaft studieren und das als erstrangige Notwendigkeit im Leben begreifen.“*

Das Studium führt gleichzeitig dazu, daß der revolutionäre Enthusiasmus der Arbeiter wächst und ihr kommunistisches Bewußtsein stärkt. Allumfassende Anstrengungen bei der Kritik des Revisionismus und beim Aufbau des Sozialismus sind die Folge.

Das führt nicht nur dazu, daß die Arbeiter angespornt durch das Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung höhere Arbeitsleistungen vollbringen, das führt auch dazu, daß die Zusammenarbeit der Arbeiter verschiedener Betriebe zunimmt und die Arbeiter immer besser in der Lage sind, ihre Aufgabe bei der Leitung der Fabriken wahrzunehmen. Die Arbeiter wissen sehr gut, daß die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft sich stützt auf die führende Rolle des Proletariats. Unter der Führung der Kommunistischen Partei, müssen sie sich nicht nur mit der Produktion beschäftigen, sondern auch mit dem Ziel und der politischen Linie, der ihre Betriebe folgen. Das ist von lebenswichtiger Bedeutung für die Frage, ob das Eigentum des ganzen Volkes erhalten bleibt oder nicht, ob die Diktatur des Proletariats weiter gefestigt wird oder nicht.

Partei- und Regierungsdelegation Vietnams besucht VR China

Ausdruck der grossen Einheit der Völker Chinas und Vietnams

Vom 22. 9. bis 28. 9. 75 besuchte eine Partei- und Regierungsdelegation der Demokratischen Republik Vietnams die Volksrepublik China. Zwischen ihnen und Vertretern der Kommunistischen Partei Chinas und des chinesischen Staates fanden verschiedene Gespräche in einer herzlichen Atmosphäre statt. Am zweiten Tag ihres Besuchs hat die vietnamesische Delegation unter der Leitung des Genossen Le Duan, erster Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams und der stellvertretenden Leitung von Genossen Le Thanh Nghi, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams und stellvertretender Ministerpräsident der Regierung der DRV eine Zusammenkunft mit Genossen Mao Tsetung, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas.

Im Verlauf des Besuchs wurde außerdem ein Abkommen über einen zinslosen Kredit der VR China an Vietnam getroffen.

Am Tage der Ankunft der vietnamesischen Delegation in der VR China brachte die „Renmin Ribao" einen Leitartikel, in dem es unter anderem heißt:

„Der große Sieg des vietnamesischen Volkes und die großen Siege der Völker von Kambodscha und Laos geben den Völkern der Welt ein weiteres Beispiel dafür, daß ein schwaches Land ein starkes, ein kleines Land ein großes besiegen kann. Diese Siege sind eine kraftvolle Ermutigung für alle unterjochten Nationen und unterdrückten Völker, die für ihre Befreiung kämpfen, und große Beiträge zur revolutionären Sache der Völker der Welt in ihrem Kampf gegen den Imperialismus."

Im Leitartikel wird hervorgehoben: „Gegenwärtig entfaltet die Bevölkerung im Norden einen schwungvollen Arbeitswettbewerb, um die nationale Wirtschaft wiederherzustellen und zu entwickeln, sie geht tatkräftig an den sozialistischen Aufbau heran und erzielt einen Erfolg nach dem anderen. Die Bevölkerung im Süden überwindet Schwierigkeiten aller Arten, strengt sich an, die Wunden des Krieges zu heilen, führt die Aufgaben der national-demokratischen Revolution weiter durch, vernichtet die restlichen Kräfte des Imperialismus und seiner Lakaien, festigt die revolutionäre politische Macht, stabilisiert die Lebensunterhaltung der Bevölkerung und erzielt überall erfreuliche Resultate. Das chinesische Volk ist aus tiefstem Herzen froh über die Errungenschaften des vietnamesischen Volkes und wünscht dem vietnamesischen Volk mit seiner ruhmreichen revolutionären Tradition, auch weiter alle Hindernisse auf seinem Weg voran zu überwinden und Vietnam zu einem friedlichen, vereinten, unabhängigen, demokratischen, mächtigen und blühenden Land aufzubauen."

Im Leitartikel heißt es weiter: „Die internationale Situation entwickelt sich gegenwärtig weiter zugunsten der Völker aller Länder. Die Dritte Welt ist wacher geworden, gewann an Stärke und marschiert im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus siegreich vorwärts. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, die Völker wollen Revolution — das ist zu einer historischen Strömung in unserer Epoche geworden, zu einer Strömung, die keine Macht der Welt aufhalten kann. Ob der Krieg die Revolution hervorruft oder die Revolution den Krieg verhindert, die Welt gehört schließlich den Völkern, und ihre Zukunft ist licht."

„China und Vietnam sind Nachbarländer, die durch Berge und Flüsse miteinander verbunden sind. Das chinesische und das vietnamesische Volk sind enge Kampfgefährten und Brüder. In langwierigen revolutionären Kämpfen haben unsere beiden Völker stets miteinander sympathisiert, sich gegenseitig unterstützt und ermutigt und eine tiefe brüderliche Freundschaft geschlossen. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß sich diese Freundschaft weiter festigt und entwickelt. Das chinesische Volk wird wie bisher aktiv zur Stärkung der Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem vietnamesischen Volk beitragen. Wir sind fest davon überzeugt, daß der gegenwärtige Chinabesuch der von Genossen Le Duan geleiteten Partei- und Regierungsdelegation Vietnams neue Beiträge zur weiteren Festigung und Entwicklung der brüderlichen Freundschaft und der kämpferischen Einheit der beiden Parteien, der beiden Länder und der beiden Völker leisten wird."

(Aus Peking Rundschau 39/75)

Buchmesse in Frankfurt

Proteste gegen Stand des Franco-Regimes

Vom 9. bis 14. Oktober fand wie jedes Jahr in Frankfurt die Internationale Buchmesse statt. Unter den vielen Verlagen, die ihre Neuerscheinungen ausstellten, waren auch die Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (GewiSo), die Literatur und Zeitschriften aus der VR China und der Albanien sowie aus dem Verlag Roter Morgen vertreibt, der Rotfront-Verlag sowie der Verlag kommunistische Texte.

Gleich am Eingang der Buchmesse sammelten sich um einen Stand stets viele Besucher: um den Stand der Volksrepublik China, die auch im letzten Jahr bereits an der Messe teilgenommen hat. Die vielen Besucher zeigen das wachsende Interesse an der Literatur aus der Volksrepublik China. Noch am ersten Tag der Ausstellung statteten die chinesischen Genossen dem Stand der GewiSo einen freundschaftlichen Besuch ab.

Die GewiSo nimmt in diesem Jahr erstmals an der Buchmesse teil und ist gemeinsam mit dem Rotfront-Verlag und dem Verlag kommunistische Texte durch einen Stand vertreten. Es ist der einzige Stand auf der Messe, wo auch Bücher aus der Volksrepublik Albanien, Schriften von Enver Hoxha sowie andere albanische Literatur ausgestellt sind. Viele Buchhändler und Besucher kommen das erste Mal mit dieser Literatur, mit den Zeitschriften über das sozialistische Albanien in Berührung. Insgesamt wurden viele neue Aufträge entgegengenommen, wurden neue Verbindungen und Kontakte geknüpft.

Großen Widerhall und Unterstützung fand die Initiative der drei Verlage — ein offener Brief — für die Schließung des offiziellen Standes des faschistischen Spanien.



Der gemeinsame Stand der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, des Rotfront-Verlags und des Verlags Kommunistische Texte erweckte das Interesse von vielen Besuchern.

Über 100 Verlage und Aussteller haben eine Protestresolution unterschrieben. Die Antwort der Messeleitung: Wir betreiben „freie Messepolitik" — „liberal nach links und rechts". Da zeigt sich die offene Zusammenarbeit der „Liberalen" mit den Faschisten. Polizeitruppen und Spitzel nehmen ständig Ausweiskontrollen vor, vornehmlich am spanischen Stand, der wie eine Festung ausgebaut ist. Das ist das wirkliche Bild der „freien Buchmesse".

Am Samstagnachmittag versammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Stand der spanischen Faschisten. „Franco — Mörder!" „Tod dem Faschismus!" „Es lebe das freie Spanien!" und „FRAP, FRAP, FRAP — Guerra popular!" wurde in deutscher und spanischer Sprache gerufen. „Ehre den fünf Ermordeten der FRAP und der ETA" stand kurz darauf an den Wänden des Standes. Die Empörung der Menschen fand ihren Ausdruck darin, daß Teile des Standes trotz massiver Polizeiketten geräumt und eingedrückt wurden. Spanische Zivilspitzel, die entlarvt wurden, wurden verfolgt und mit Prügel verjagt.

Der Stand gleicht jetzt einer Wachstube der Polizei. Sie sind die einzigen Gäste des Standes und sitzen inmitten der faschistischen Literatur. Der Protest geht weiter. Nachdem sich eine Gruppe skandinavischer Verlage dem Protest angeschlossen hat, sind weitere ausländische Verlage initiativ geworden.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
46 Dortmund 30
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26

DORTMUND

Als wir vor kurzem auf dem Weg nach Hause waren, kamen wir zufällig in eine Verkehrskontrolle. Wir fuhren mit dem Wagen eines Bekannten. Die Polizei forderte Einsicht in unseren Führerschein und Kraftfahrzeugschein. Sie verlangten auch gleich unsere Personalausweise, obwohl das bei einer Verkehrskontrolle nicht üblich ist. Obwohl sie Einsicht in alle Papiere hatten, fragten sie uns nach dem jetzigen Aufenthaltsort des Bekannten. Weil wir den nicht nannten, nahmen sie uns unter dem Vorwand des schweren Diebstahls gleich mit auf die berüchtigte Steinwache. Hier sahen wir, daß die Polizei, unser „Freund und Helfer" keine andere Funktion hat als die breiten Volksmassen zu unterdrücken. Wir wurden wie Schwerverbrecher behandelt. Die Polizisten tasteten uns auf Waffen ab. Das reichte ihnen jedoch nicht, danach mußten wir uns ausziehen, von bewaffneten Polizisten — mit bereitgehaltenen Pistolen — bewacht. Wir durften uns nicht vom Stuhl erheben. Auch auf die Toilette konnten wir nur unter „Polizeischutz". Es ist zwar nach bürgerlichem Recht zulässig, einen Rechtsanwalt zu rufen, jedoch für uns galt dieses Gesetz schon nicht mehr. Der Rechtsanwalt wurde mit einem hämischen Grinsen verweigert. Bei der Durchsuchung unserer Taschen fanden die Polizisten eine Dokumentation zum Mord an Genossen Routhier. Danach schalteten sie gleich die politische Polizei ein. Nach 5 Stunden Aufenthalt auf der Wache schleppten sie uns in den Knast, in „Sicherheitsverwahrung". Sie steckten uns in Einzelzellen. Durch dauerndes Klingeln bestanden wir auf unserem Anwalt. Bald drehten sie Strom und Licht ab. Ohne eine Begründung wurden wir bis zum nächsten Mittag festgehalten. Bevor sie uns dann herausließen, sollten wir noch ein Verhör unterzeichnen. Sie versuchten uns auf die kumpelartige Tour zu packen. Selbstverständlich hatten wir die Aussage verweigert. Dieser Vorfall hat wieder einmal ganz deutlich gezeigt, wie weit die Faschisierung vorangeschritten ist. Unter dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung halten sie Jugendliche fest. Sie versuchen uns mit ihren brutalen Methoden einzuschüchtern und wollen ihre Macht demonstrieren. Sie, die Kettenhunde des Kapitals, haben keine andere Aufgabe, als die Macht des Kapitals gegen das Volk, das in der bewaffneten Revolution diesen Staat zerschlagen wird, zu schützen. Wenn es dann gegen Kommunisten geht, schlagen sie besonders zu. Ihre Schikanen, das Einsperren bis zum nächsten Tag, hätte für uns z. B. den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten können.

Rotgardisten aus Dortmund

HAMBURG

Genossen!

Bei der Spanien-Demonstration der Partei und der GRF am 4. 10. in Hamburg wurde ich von einem Jugendlichen, nach meiner Ansicht angetrunkener Provokateur, mit einem Totschläger bedroht. Als ich zusammen mit Passanten versuchte, dem Jungen seine Mordwaffe zu entwenden, schaltete sich die in Massen erschienene Zivilpolizei ein und hinderte uns daran. Als der Provokateur mit seinem Totschläger und einem feststehenden Messer eine Rote Fahne-Verkäuferin bedrohte, schützte sie den Jungen wieder vor den empörten Passanten. Weder hinderten sie diesen Provokateur, noch schützten sie die Genossin der GRF. Sie grinsten nur, meinten, dieser Junge hätte niemanden etwas getan und drohten den Passanten mit Schlägen. Daß die Polizisten niemals daran dachten, Genossen zu schützen ist klar, daß sie aber bei Waffenandrohung von Faschisten gegen Genossen vor den Massen nur grinsen, stellt eine neue Stufe des Verhaltens der Polizei dar. Über diesen Vorfall war ich derart empört, daß ihr es wissen sollt.

Rot Front! Ein Genosse aus Hamburg

BREMEN

Am 24. 9. wurden zwei Freunde der GRF (KPD) von D„K"P-Schlägern überfallen. Sie beklebten gerade eine Plakatfläche der KPD vor der AG-Weser-Werft. Die beiden Genossen wurden bis zur Bewußtlosigkeit zusammengeschlagen und getreten, beide mußten mit schweren Gehirnerschütterungen und schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Wir haben zweimal versucht, die Genossen im Namen der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS (Ortsaufbaugruppe Bremen) zu besuchen. Beide Male wollte die Frau bei der Pforte uns nicht mehr so gerne reinlassen, nachdem wir gesagt hatten, zu wem wir wollten. Das zweite Mal sind wir aber doch reingekommen und haben mit einem der beiden Genossen (der andere war schon weg) gesprochen. Er erzählte uns, daß es nicht das erste Mal war, wo er so von der D„K"P angegriffen worden war. Er hat sich über die Blumen und unseren Besuch als Ausdruck der Solidarität sehr gefreut.

Genossen aus Bremen

Wenn du keinen Profit mehr bringst, ist es ihnen egal, was aus dir wird

Sehr geehrter Herr . . .!

Ihr Antrag auf Durchführung einer medizinischen Maßnahme zur Rehabilitation aus der Rentenversicherung der Arbeiter muß leider (!) abgelehnt werden. Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung oder Wiederherstellung der Erwerbsunfähigkeit eines Versicherten können nur nach Maßgabe des § 1236 usw. gewährt werden, wenn die Erwerbsfähigkeit infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen oder Schwäche der körperlichen oder geistigen Kräfte gefährdet oder gemindert ist und voraussichtlich erhalten, wesentlich gebessert oder wiederhergestellt werden kann.

Sie erhalten eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit. Eine Heilmaßnahme kommt nur in Frage, wenn Sie dadurch auch wieder arbeiten könnten. Doch aufgrund vorliegender Unterlagen hat unser Verwaltungsarzt festgestellt, daß durch ein Heilverfahren eine weitgehende (!) Besserung Ihres Gesundheitszustandes nicht zu erwarten ist.

Dann folgt die übliche Rechtsmittelbelehrung und eine unleserliche Unterschrift läßt freundlich grüßen.

Das ist der sinngemäße Wortlaut eines Schreibens der Rentenversicherungsanstalt für Seeleute!

Solchen Frechheiten ist man als Arbeiter in unserem sogenannten „Wohlfahrtsstaat" ausgesetzt. (. . .) Vor zwei Jahren mußte mein Vater aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden (wie es ja immer so schön gesagt wird). Nach einem Herzinfakt war es ihm nicht mehr möglich, auf See zu fahren und nun kann er keinerlei Arbeit mehr ausführen und erhält Rente. Da er nun nicht mehr arbeitet, damit die Reichen noch Reicher werden, ist er wie viele andere, für diese Gesellschaft ein soziales Nichts. Da wird eben kein Finger mehr krumm gemacht für eine Erholungskur oder ein paar Wochen Sanatorium.

Dieses kleine Beispiel zeigt, daß diese Gesellschaftsunordnung keine ausreichende medizinische Versorgung bereitstellen kann, weil eben nicht der Mensch an erster Stelle steht, sondern der Profit — das Geld. So stellte Erich Weinert schon 1930 in der letzten Strophe seines Gedichtes über die Krankenbehandlung im Kapitalismus fest: **Du kranker Prolet hast kein Recht zum Leben; Du kannst den Schmarotzern doch nichts mehr geben. Daß dieses Pack vor Gesundheit strahlt, Du hast es mit Deinem Elend bezahlt!**

Ganz anders dagegen ist es im Sozialismus, z. B. in China die medizinische Versorgung. Der englische Arzt Horn, der 15 Jahre als Arzt in China tätig war, berichtet:

„Man hatte mich eines Tages gefragt, ob ich Peking sofort verlassen könnte, um einen Patienten aufzusuchen. Ich fühlte mich geschmeichelt und geehrt. Eine halbe Stunde später wurde ich zu einem Militärflugzeugplatz gefahren. Die Maschine war bereits startklar. Noch zwei andere Chirurgen warteten auf dem Flugplatz. Wir sollten zusammen fliegen, doch auch sie wußten nicht, wohin es ging und wer der Patient war. Vermutlich eine wichtige Persönlichkeit. Die Maschine flog nach Westen. In Taiyuan war die Reise zu Ende, und wir wurden in ein Militärkrankenhaus gefahren. Offensichtlich hatten wir Recht mit unserer Vermutung. Doch es war kein hoher Offizier, kein Staatsmann, den wir behandeln sollten, sondern eine vierzehn Jahre alte Bauerntochter."

Also erst im Sozialismus, wo nicht mehr alle zwei Stunden jemand durch Arbeitshetze am Arbeitsplatz tödlich verunglückt, besser gesagt ermordet wird, wo Arme nicht früher sterben müssen, weil sie kein Geld für eine ausreichende Behandlung haben, steht der Mensch im Mittelpunkt der Gesellschaft. Erst hier haben die Arbeiter und alle Werktätigen das Wort und die Mittel ihre Interessen durchzusetzen.

Ein Genosse aus Lübeck



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

KASSEL

Am 30. 9. war ein Prozeß gegen drei Genossen der KPD/ML und der GRF (KPD) angesetzt wegen „Widerstand" und „Beleidigung". Die Genossen hatten am 31. 8. 74 einen Propagandastand der NPD angegriffen, um deren faschistische Propaganda zu verhindern, dabei kam es zu einem brutalen Polizeiüberfall.

Zu diesem Prozeß hatten die KPD/ML, die RHD und die GRF eine breite Kampagne zur Solidarität durchgeführt. Eine Veranstaltung am Abend vor dem Prozeß wurde von rund 50 Freunden und Genossen besucht. Hier wurde unter anderem eine Resolution von 20 Hanomag-Henschel-Kollegen für ihre angeklagten Kollegen verlesen.

Im Prozeß wurde als erstes Vertagung beantragt, da der Anwalt eines der Genossen keine Akteneinsicht erhalten hatte. Dem Antrag wurde vom Richter stattgegeben, mit der Begründung, der Angeklagte solle nicht den Eindruck bekommen, daß seine Verteidigung behindert werden solle, da er, der Richter, ja gerecht urteilen wolle!

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Der Grund, warum dem Antrag stattgegeben wurde, war aber ein anderer: Zum Prozeß waren über 60 Zuschauer gekommen, darunter 20-30 Jugendliche, die aufgrund der Agitation und Propaganda zum Prozeß gekommen waren. Die große Solidarität mit den angeklagten Genossen zeigte sich auch daran, daß unter den Zuschauern über 130 DM für die Prozeßkosten gesammelt werden konnte. Insgesamt sind bereits über 700 DM und 100 Unterschriften zur Unterstützung der angeklagten Genossen gesammelt worden.

Der neue Prozeßtermin: 18. 11. 75

BREMEN

Helmut L. in Bremen erhielt jetzt einen Strafbefehl über 200 DM und gleichzeitig die Androhung eines Disziplinarverfahrens durch die Stadt Bremen, bei der er beamtet ist, weil bei einer Kundgebung der KPD/ML in Bremen, die unter seinem Namen angemeldet wurde, zwei lebensgroße Stoffpuppen Breschnew und Ford – verbrannt wurden.

Zeitung der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS
Nr. 7 soeben erschienen

Rote Hilfe

Bestellungen an:
Büro der RHD, 46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22

HAMBURG

Das Hamburger Landgericht hat dem Verlag Gernot Schubert erneut über 20 Exemplare des ROTEN MORGEN zurückgeschickt, da ihre Auslieferung an die Gefangenen, die den ROTEN MORGEN bestellt haben, „zur Störung der Anstaltsordnung aufreizen" würde. Die Verweigerung der Auslieferung des ROTEN MORGEN mit immer gleichen Begründungen läuft faktisch darauf hinaus, daß die Gefangenen Debus, Becker, Schiller wie auch andere politische Gefangene den ROTEN MORGEN überhaupt nicht bekommen. (S. auch nebenstehenden Artikel über die Haftbedingungen des Genossen Schorsch).

PROZESSANKÜNDIGUNG

Am 16. 10. findet im Amtsgericht Bochum, 8.30 Uhr, Zimmer 29 ein Prozeß gegen Genossen Thomas S. statt. Der Genosse ist angeklagt wegen Beleidigung, weil in einer Betriebszeitung, für die er verantwortlich zeichnete, das bürgerliche Parlament als Schwatzbude bezeichnet war.

Am 17. 10. finden vor dem Amtsgericht Dortmund zwei Prozesse gegen Genossen Wolf-Jürgen Herzog statt wegen „Leitung einer verbotenen Kundgebung" und „Widerstand".

SPENDEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DES KAMPFES DER VÖLKER SPANIENS

Für Spanien gingen seit dem 18. 9. folgende Spenden auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML ein:

18. 9., Stammtisch Kitzingen, PCE (m-l) und FRAP, 155,50 DM – 29. 9., Spanien, 158 DM – 29. 9., KSB/ML, RG Kiel West, für FRAP-Angehörige, 382,67 DM –
Summe in diesem Zeitraum DM 696,17

SPENDEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DES ROTEN MORGEN

Für den ROTEN MORGEN gingen seit dem 26. 6. folgende Spenden auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML ein:

26. 6., H. M., Würzburg, 25 DM – 7. 7., E. K., Bremen, 217,21 DM – 9. 7., M. und A., Westberlin, 100 DM – 21. 7., Kunden des Buchladen „Roter Morgen", Lübeck, 65,78 31. 7., Arbeitertreff Kiel Friedrichsort, 95, 65 – 15. 8., Arbeitertreff, Hamburg-Altona, 192 DM – 18. 9., Arbeitertreff, Hamburg Barmbeck, (vom 18. 7.), 100 DM – 18. 9., Arbeitertreff, Hamburg-Barmbeck, (vom 25. 7.), 20 DM – 18. 9., Arbeitertreff, Hamburg-Barmbeck, (vom 1. 8.), 170 DM – 18. 9., Arbeitertreff, Hamburg-Barmbeck, (vom 15. 8.), 50 DM – 29. 9., Buchladen „Roter Morgen", Westberlin, 74,90 DM – 2. 10., Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Westberlin, 70 DM –
Summe in diesem Zeitraum DM 1 180,54

SPENDEN ZUR UNTERSTÜTZUNG POLITISCH VERFOLGTER

Für die politisch Verfolgten gingen seit dem 19. 6. folgende Solidaritätsspenden auf das Konto des Vorstands der KPD/ML ein:

19. 6., H. M., Dortmund, 20 DM – 19. 6., Veranstaltung in Kempten, 76 DM – 25. 6., RG-Stammtisch in Göttingen, 52 DM – 1. 7., OG Kassel, für die RAKT-Kämpfer im Knast, 157,50 DM – 3. 7., RG Cassela, 90 DM – 7. 7., Veranstaltung zur China-Ausstellung, für die türkischen Kollegen von Dynamit Nobel, 166,50 DM – 9. 7., M. u. A. Westberlin, 100 DM – 14. 7., M. M., Nürnberg G. Routhier-Prozesse, 20 DM – 15. 7., W. R., Karlsruhe anläßlich des Todestags von G. Routhier an die Familie Fouthier, 20 DM – 15. 7., KSB/ML, TU-Westberlin, Veranstaltung zu G. Routhier-Prozessen, 55 DM – 21. 7., Arbeitertreffs Kiel-Friedrichsort, 56,70 DM – 22. 7., Leserkreis Flensburg, Solidarität mit M. P., 35,84 DM – 1. 8., Arbeitertreff Bochum für RM-Prozesse, 19 DM – 7. 8., RG-Buxtehude für RM-Prozesse, 50 DM – 8. 8., KSB/ML-Fest, Münster, 153,35 DM – 11. 8., Arbeitertreff Hamburg, 181,35 DM – 12. 8., Veranstaltung Frankfurt, 296,25 DM – 12. 8., Frankfurt, Abschiedsveranstaltung für G. Schmidt, 970,60 DM – 13. 8., Bochum, Veranstaltung KPD/ML u. RHD für Heinz Baron und RM-Prozesse, 460 DM – 18. 8., OG-Reutlingen, Spende für Sascha, 58 DM – 18. 8., M. H., Bochum, 20 DM – 25. 8., Veranstaltung München vom 2. 7., 330 DM – 26. 8., OG Freiburg für die Frau von G. Schmidt, 15 DM – 2. 9., Arbeitertreff Kiel, Friedrichsort, für RM-Prozesse, 41,60 DM – 5. 9., Parteibüro der KPD/ML in Dortmund, für Prozeß gegen Ernst Aust, 150 DM – 16. 9., RM-Lesekreis, Berlin-Kreuzberg, 20 DM 29. 9., KSB/ML-Reutlingen, 350 DM – 29. 9., NRW, Solidarität, 150 DM – 29. 9., NRW, RAKT-Prozesse, 150 DM – 29. 9., für Sascha, 61 DM – 29. 9, für Prozesse, 160 DM – 29. 9., für Prozeß Ernst Aust, 10 DM
Summe in diesem Zeitraum DM 4495,69

SPENDEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DES KAMPFES DER VÖLKER IN OMAN UND DHOFAR

Für Oman und Dhofar gingen seit dem 12. 6. folgende Spenden auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML ein:

12. 6., D. H., Wuppertal, 30 DM – 23. 6., RG-Stammtisch, Ludwigshafen, 34,06 DM – 24. 6., H. M., Dortmund, 25 DM – 25. 6., Daimler-Benz-Zelle und Sympathisanten, 210 DM – 30. 6., OG Hamburg, 127,30 DM – 2. 7., KSB/ML, Bochum, 27,25 DM – 7. 7., Veranstaltung Münster, 115 DM – 14. 7., T. S., Westberlin, 100 DM – 15. 7., AP in Bochum, 52,40 DM – 25. 7., OG Kiel, 163,80 DM – 26. 8., Hamburg, 20 DM –
Summe in diesem Zeitraum DM 939,67

Im Prozeß gegen Genossen Hanfried

Mörder im Zeugenstand

Am 7. Verhandlungstag im Prozeß gegen den Genossen Hanfried Brenner kam es zur Vernehmung der beiden Polizeibeamten Werner und Kluten. Diese beiden Polizisten waren maßgeblich beteiligt an der Ermordung unseres Genossen Günter Routhier.

Genossin Rotraud Routhier hat berichtet, was ihr Mann am Abend des 5. 6. erzählte: „Zuerst wird er in die Stuhlreihen geworfen, als er sich den Angriffen auf Genossen entgegenstellen will. Als die Übermacht der Popos nicht zu überwinden ist, sagt er zu ihnen: ‚Es hat keinen Zweck mehr, ich lasse mich abführen.' An der Treppe, bisher sind zwei Bullen hinter ihm hergegangen, reißen sie ihm wie auf ein geheimes Zeichen hin die Arme auf den Rücken und schreien: ‚Mach keine Fissematenten, mit dir werden wir auch noch fertig!' Günter bittet, daß sie seinen linken Arm loslassen, weil er dort so große Schmerzen hat. Sie lachen und stoßen ihn die Treppe hinunter . . ."

Und Pit Routhier, sein Sohn, hat bezeugt: „Dann haben die uniformierten Bullen meinen Vater die Treppe hinuntergestoßen. Ich hörte, wie er fiel und mehrmals gegen das Treppengeländer schlug. Ich habe während dieser ganzen Zeit immer wieder geschrien, daß mein Vater Bluter ist."

Jetzt, im Gerichtssaal, können sich beide Polizeibeamte, die sofort nach dem Einsatz bei der Arbeitsgerichtsverhandlung in Urlaub geschickt wurden, an nichts mehr „erinnern". Werner weiß nur noch, daß Günter ihnen auf der Treppe entgegenkam. Kluten kann sich nur noch daran erinnern, „daß Günter die Treppe hinunterstürzte".

Erst auf eindringliche Fragen des Rechtsanwaltes und Hanfried Brenners „erinnern" sich beide an weitere Einzelheiten – und verwickeln sich prompt in Widersprüche. Während Werner sich „erinnert", daß Günter auf der Treppe auf sie zugekommen sei, „erinnert" Kluten sich, daß Günter zwischen Flur und Treppenhaus in ein Handgemenge verwickelt und dort festgenommen worden sei. Widersprüche auch darüber, weshalb Günter plötzlich die Treppe „hinunterstürzte": Werner „erinnert" sich, daß Kluten mit Günter plötzlich drei Stufen auf einmal genommen habe und er Günters Arm loslassen mußte. Kluten „erinnert" sich, daß Günter sich gewehrt, von Werner losgerissen habe und deshalb gestürzt sei.

Aber noch viel deutlicher als diese und andere Widersprüche, in die sich die Polizisten verwickeln, sobald sie Einzelheiten über den Ablauf aussagen sollen, zeigt etwas anderes, daß hier Zeugen aussagen, die lügen müssen, um ein Verbrechen zu vertuschen. Oder ist es nicht merkwürdig, wenn Zeugen, die sich daran „erinnern", daß ihr Kollege vor über einem Jahr drei Stufen einer Treppe auf einmal genommen hat und nicht zwei, die sich daran „erinnern", daß sie Günter im Armhebelgriff und nicht im Armdrehgriff gestgenommen haben, plötzlich an bestimmten Punkten gemeinsame vollständige Erinnerungslücken haben?

So konnten sich beide absolut nicht daran erinnern, die Schrei Pit Routhiers gehört zu haben, daß sein Vater Bluter sei. So konnten sich beide absolut nicht daran erinnern, wie Günter Routhier die Treppe hinuntergestürzt sei. Dafür waren sie sich in einem Punkt trotz ihrer sonstigen unterschiedlichen Versionen absolut sicher: Günter Routhier habe seinen Sturz selbst verursacht.

Deckte sich in diesen Punkten die „Erinnerung" der beiden vollständig mit den Begründungen, wie sie in den Einstellungsverfügungen über die Ermittlungen gegen Günters Mörder zu finden sein, so straften in einem anderen Punkt selbst die Aussagen dieser beiden Polizisten die Einstellungsbegründungen Lügen. So heißt es in der Verfügung vom 17. 7. 75, unterschrieben von Staatsanwalt Jäger: „Äußere Verletzungen waren nicht erkennbar und Routhier hatte, wie die Aussagen der Beamten und das Lichtbild in der von der KPD/ML herausgegebenen Dokumentation ergeben, den Weg zum Polizeifahrzeug gehend zurückgelegt." Die Einstellungsverfügung des Oberlandesgerichts Düsseldorf schließlich läßt die Krankengeschichte von Günter erst 5-6 Tage nach der Arbeitsgerichtsverhandlung anfangen. **Dagegen mußte der Polizist Kluten zugeben, daß sie Günter, der am Fuß der Treppe auf dem Boden lag, hochziehen mußten, weil er selbst nicht mehr aufstehen konnte, daß sie ihn stützend tragen mußten, weil er immer mehr zusammensackte, daß sie nicht versuchten, ihn im Polizeiauto hinzusetzen, weil die Gefahr bestand, daß er umkippte!**

Die Vernehmung dieser beiden Polizisten, die schuld sind am Tod unseres Genossen Günter, ist eine ungeheure Provokation. Nicht nur, daß sie weiter frei herumlaufen, während in Bremen zum Beispiel eine junge Genossin für 4 Wochen ins Gefängnis mußte, weil sie den Mord an Genossen Günter anprangerte! Sie, die den Kommunisten Günter Routhier ermordeten, sind jetzt für die bürgerliche Klassenjustiz die geeigneten Werkzeuge, um andere Kommunisten wie Hanfried Brenner anzuschuldigen und zu Gefängnisstrafen zu verurteilen, wie es bereits beim Sohn des Genossen Günter, bei Klaus-Peter Routhier, geschehen ist.

Genosse Hanfried entlarvte diesen bodenlosen Zynismus nach der Vernehmung der beiden Zeugen. Eines ist sicher: so wie die Partei und mit ihr die deutsche Arbeiterklasse die Ermordung des Genossen Günter und die Schuldigen an seinem Tod nicht vergessen werden, werden auch diejenigen ihrer Strafe nicht entgehen, die hinter Richtertischen und auf den Bänken der Staatsanwaltschaft die Mörder des Genossen Günter schützen und sie zu weiteren Verbrechen gegen die Arbeiterklasse und ihre Partei einsetzen.

Die Genossen Schorsch und Hubert schreiben

"Der Kampf geht weiter..."

Vor wenigen Tagen schickten die Genossen Hubert Lehmann und Schorsch Schmidt aus dem Gefängnis Briefe an den ROTEN MORGEN, in denen sie über ihre Haft berichteten. Beide wurden kürzlich in andere Anstalten verlegt.

Genosse Hubert Lehmann, der von der Strafanstalt Niederschönfeld in die Jugendvollzugsanstalt Aichach verlegt worden ist, schreibt in seinem Brief: „Am 19.9. wurde ich verlegt und kam am 25.9. hier in Aichach an. Hier wurden mir Bücher, Zeitschriften und sogar selbstgemachte Bilder nicht überlassen. Am nächsten Tag wurden mir ca. 15 bis 20 Briefe nicht ausgehändigt. . . . Den ROTEN MORGEN erhalte ich hier, wie mir gesagt wurde. So habe ich auch den Artikel gelesen, wo über die Maßnahmen gegen mich berichtet wird. Das hat mich sehr gefreut, so etwas gibt einem neue Kraft."

Im weiteren berichtet Genosse Hubert über eine faschistische Morddrohung, die ihm ins Gefängnis geschickt wurde: „Du rote alte Sau! Schade, daß Du von der Polizei nicht totgeschlagen wurdest. Aber wir werden das nachholen. Ein Kommando wurde bereits bestimmt. Es lebe das nationalsozialistische Großdeutschland! Ein Deutscher." Das ist der Text eines Briefes, den ich heute erhalten habe, Überschrieben war er mit „Rötfront, verrekke!" und einem großen Hakenkreuz"'

Daß die Gefängnisleitung auf der einen Seite die Briefe, in denen die Solidarität mit dem Genossen zum Ausdruck gebracht wird, zurückhält, während faschistische Morddrohungen ihm natürlich überreicht werden, gehört auch zu den Versuchen, den Genossen einzuschüchtern, einen Keil zwischen ihn und die Partei zu treiben. Doch vergeblich. Genosse Hubert schreibt abschließend in seinem Brief: „Ihr könnt Euch wahrscheinlich nicht vorstellen, was ich für eine Wut habe. Aber ich weiß genau: Wenn man den Faschismus bekämpft, muß man auch noch einige andere Sachen bekämpfen, bevor man ans Ziel gelangt. Und dafür werde ich auch mein Leben einsetzen."

In dem Brief des Genossen Schorsch heißt es: „Die meiste Post habe ich kurz nach dem Roten Antikriegstag bekommen und aus jeder Zeile sprach die große Begeisterung, über diese kraftvolle Veranstaltung unserer Partei. Durch diese lebendige Berichterstattung konnte ich mir auch aus der Zelle heraus ein Bild von der Demonstration und dem ROTE-GARDE-Kongreß machen. Ich möchte allen, die auf diese Weise geholfen haben, die Isolierungsversuche der Justiz zu durchbrechen, nochmals recht herzlich danken. Besonders gefreut habe ich mich über die Kundgebung der Ortsgruppe Marburg der RHD vor dem Schwalmstädter Gefängnis. Ich lag dort zwar zum Innenhof hin und konnte die Genossen selbst weder hören noch sehen, aber die Nachricht lief in Windeseile im ganzen Gefängnis um. Gefangene und Schließer waren gleichermaßen beeindruckt. Ich glaube, daß die kräftige Unterstützung von außen wesentlich dazu beigetragen hat, daß ich inzwischen nach Dieburg verlegt worden bin. Hier, in der Nähe meiner Familie, meiner Freunde und Genossen herrschen wesentlich günstigere Bedingungen."

Über die Verhältnisse in seiner Zelle berichtet Genosse Schorsch: „Ich liege hier auf einer ziemlich vergammelten Einzelzelle von etwa 7 qm . . . Das Bett ist so durchgelegen, daß ich es heute nach hochgeklappt und auf dem Boden geschlafen habe."

Abschließend heißt es in seinem Brief: „Ich sehe wirklich keinen Grund irgendwie geknickt zu sein. **Der Kampf geht weiter**, mögen sich die Bedingungen ändern wie sie wollen. Und Euer unablässiger Einsatz an den Hauptfronten des Klassenkampfes erinnert mich täglich daran, auch an der Nebenfront im Gefängnis nicht nachzulassen. In gleicher Weise bestätigt mich die Tatsache, daß die albanischen Genossen der Jugendverbandes an der Mittelschule von Elbasan eine Patenschaft für mich übernommen haben. Bei allem habe ich ein leuchtendes Vorbild vor Augen, dem ich mit allen Kräften nacheifern will: die heroische Haltung, mit der unsere spanischen Genossen dem faschistischen Mordkommando entgegengetreten sind und für die revolutionäre Sache ihr Leben gegeben haben!"

Schreibt an die politischen Gefangenen des Roten Antikriegstags 1972. (Bitte Rückporto beilegen). Die Adressen lauten:

Johannes Schmidt, 611 Dieburg, Altstadt 25, Hubert Lehmann, 889 Aichach, Jugendvollzugsanstalt. Bernd Reisser 8602 Ebrach, Justizvollzugsanstalt; Peter Bayer, Darmstadt, Justizvollzugsanstalt.

Interview mit einem Genossen der F.R.A.P.

El fascismo no pasará!

Der Faschismus wird nicht standhalten!

Die abscheulichen Morde des Franco-Regimes an den fünf Genossen der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten, der Revolutionären, Antifaschistischen und Patriotischen Front und der ETA haben in der ganzen Welt Empörung hervorgerufen. Aus Spanien selbst werden Streiks, Demonstrationen und bewaffnete Aktionen der FRAP, der ETA und anderer Patrioten gemeldet. Der ROTE MORGEN hatte Gelegenheit, einem Vertreter der FRAP einige Fragen über die gegenwärtige Situation in Spanien und den Kampf der spanischen Völker zu stellen.



„DAS ERSTRANGIGE IST, DIE STRASSE ZU BELEBEN, DAMIT DIE STRASSE IN SPANIEN ZUM SCHAUPLATZ DES WILLENS DES SPANISCHEN VOLKES WIRD“ Alvarez del Vayo

RM: Genosse, wie ist die Lage in Eurem Land? Vor allem, wie entwickelt sich der revolutionäre Kampf der Volksmassen?

FRAP: Die Lage ist Spanien ist gekennzeichnet durch eine tiefe ökonomische Krise (Arbeitslosigkeit, Teuerung, niedrige Löhne, Ruin der Kleinbauern, Emigration usw.). Dazu gesellt sich in einer Situation, in der die Frage der Nachfolge Francos gelöst werden muß, eine politische Krise des Faschismus. Das Entscheidende heute ist der Kampf der Massen, die insbesondere seit dem revolutionären Generalstreik im Herbst/Winter 1974/75 unter der Führung der FRAP in die Offensive gegangen sind. Dieser Kampf, der in die Phase bewaffneter Aktionen übergegangen ist, verschärft die Widersprüche und hat die faschistische Diktatur in die Defensive getrieben. Die faschistische Diktatur kann darauf nur mit ihrer letzten Waffe, der verschärften Unterdrückung, antworten, wodurch sie sich aber weiter isoliert, die Kämpfe weiter verschärft und beschleunigt.

Die Situation ist kurz gesagt folgende: Das Volk, das die revolutionäre Gewalt anwendet, ist in der Offensive, der Faschismus in der Defensive.

Der Aufruf unseres unvergeßlichen Präsidenten Julio Alvarez del Vayo kurz vor seinem Tod: „Das Erstrangige ist, die Straße zu beleben, damit die Straße in Spanien zum Schauplatz des Willens des spanischen Volkes wird“ — faßt die gegenwärtige Lage in Spanien und den Kernpunkt unseres zukünftigen Kampfes zusammen.

RM: In der westdeutschen bürgerlichen Presse wird immer wieder versucht, die FRAP als anarchistisch oder terroristisch zu verleumden. Was ist die FRAP wirklich, wie ist Euer Programm?

FRAP: Daß die Presse im Dienste des Kapitals uns des Terrorismus bezichtigt, ist ganz normal. Alle Revolutionäre der Welt, alle kämpfenden Völker sind immer des Terrorismus beschuldigt worden - von den Arbeitern, die ihr Recht auf Arbeit und Brot verteidigen bis zu den helfenhaften vietnamesischen Befreiungskämpfern. Es ist derselbe Kissinger, der ihnen und uns Terrorismus vorwirft.

Terrorismus bedeutet einmal die Herrschaft durch Terror, zum anderen eine Reihe von Aktionen, um der Bevölkerung Terror einzuflößen. Aber es ist ja wohl gerade nicht die FRAP, die Folter, Mord und Terror gegen das Volk anwendet, sondern der Faschismus und sein gesamter Staatsapparat, von Franco bis zum letzten Häscher der Diktatur. Es war ja wohl gerade nicht die FRAP, die sich gegen die II. Republik erhob, die Spanien in Blut ertränkte, die sich mit Hitler und Mussolini verbündete, um die Freiheit in Spanien zu erwürgen. Das sind Franco, die Oligarchie und der Yankee-Imperialismus. Sie sind die Terroristen. Und das sehen auch die Völker. Schließlich haben sie nicht gegen die Hinrichtung von Beamten der Guardia Civil gekämpft, sondern um diejenigen zu verteidigen, die der Faschismus, die Völkermörder der ganzen Welt, die Monopolbourgeoisien und die bürgerliche Presse als Terroristen bezeichnen.

Wer die FRAP wirklich ist? Sie ist die wahre Vertreterin der Völker Spaniens, die Hoffnung von Millionen Spaniern, die an Hunger, Elend und Unterdrückung leiden. Sie steht an der Spitze der Kämpfe des Volkes in den Fabriken, auf den Feldern, in den Universitäten und Schulen. Sie führt die spanischen Völker zum Sieg über die faschistische Diktatur, sie wird die Yankees aus Spanien verjagen, sie wird das Volk dabei anleiten, die föderative Volksrepublik zu errichten.

Das weiß der Faschismus und deshalb beschimpft er uns als Terroristen. Das wissen aber auch das spanische Volk und die Völker der Welt und deshalb verteidigen sie ihre „Terroristen“.

Unser 6-Punkte-Programm faßt die grundlegenden Interessen der Völker Spaniens zusammen:

1) Durch den revolutionären Kampf die faschistische Diktatur stürzen und den Yankee-Imperialismus verjagen.
2) Errichtung einer föderativen Volksrepublik, die die demokratischen Rechte für das Volk und die Rechte der nationalen Minderheiten garantiert.
3) Enteignung des Besitzes der Oligarchie und Nationalisierung des ausländischen Monopolbesitzes.
4) Tiefgreifende Agrarreform auf der Grundlage der Enteignung des Großgrundbesitzes.
5) Liquidierung der Reste des spanischen Kolonialismus.
6) Bildung einer Armee im Dienste des Volkes.

RM: Das Franco-Regime hat die Unterdrückung verschärft. In Spanien ist praktisch der Ausnahmezustand verhängt. Neue Prozesse gegen Genossen der FRAP und der ETA sind angekündigt.

FRAP: Das faschistische Regime befindet sich in diesen Augenblikken in einer Sackgasse, bedrängt von den Kämpfen der Völker in Spanien und in der Welt auf der einen Seite und den blutrünstigen Kräften der Reaktion auf der anderen Seite. Das Regime weiß, daß es durch die Ermordung von Revolutionären seinen eigenen Untergang nur näherrückt. Aber es hat keine andere Wahl. Es muß so untergehen, wie es an die Macht kam: in Blut und Terror.

Deshalb ist es nicht genau zu sagen, wann die erwarteten neuen Prozesse stattfinden werden. Das Regime befindet sich in der Defensive und wird in jedem Augenblick das machen, von dem es glaubt, daß es seine Herrschaft verlängert.

Es stehen gegenwärtig verschiedene Prozesse gegen Mitglieder der FRAP und der ETA an, in denen mit Todesstrafen gerechnet werden muß. Wir müssen unseren Kampf verstärken. Das ist die einzige Möglichkeit, die Diktatur weiter in die Enge zu treiben und weitere Ermordungen zu verhindern. Wir müssen uns darüber klar sein, daß nur der Kampf des Volkes, die Ausbreitung der revolutionären Gewalt, der Volkskrieg die faschistische Diktatur beenden und die Freiheit und Unabhängigkeit für Spanien erobern kann.

RM: Die westdeutsche Bourgeoisie hetzt gegen die FRAP und stellt Santiago Carillo ins Rampenlicht, läßt ihn zum Beispiel zur besten Sendezeit im Fernsehen auftreten. Was steckt in Wirklichkeit hinter der „Demokratischen Junta“ und der von den modernen Revisionisten propagierten „Demokratischen Alternative“ zum Franco-Regime?

FRAP: Wenn die Banditen ihre Beute in Gefahr sehen, streiten sie sich nicht um sie, sondern einigen sich, um sie zu verteidigen. Das geschieht im Augenblick in Bezug auf Spanien. Yankees, Russen und europäische Monopolisten, alle versuchen sie gemeinsam, den Kampf der spanischen Völker zu ersticken.

Nachdem sie jahrelang die faschistische Diktatur unterstützt und aufrechterhalten haben, gehen sie jetzt unter dem Druck der Völker demagogisch auf Distanz und versuchen Carillo hochzuspielen. Sie lehnen nach außen die Todesstrafen ab, weil es ein Skandal wäre, sie nicht abzulehnen, aber gleichzeitig entfachen sie eine zügellose Hetzkampagne gegen den Kampf des Volkes nach dem Motto: Wir sind gegen jede Gewalt. Und dabei spielt Carillo eine entscheidende Rolle.

Weshalb engagiert sich die westdeutsche Bourgeoisie für einen spanischen Revisionisten? Weil sie weiß, daß die Unterdrückung die Flammen der Revolution nicht löschen kann. Sie versucht mit dem Fassadenwechsel der „Demokratischen Junta“ oder der „Demokratischen Konvergenz“ die Völker zu täuschen. Aber diese „Lösungen“ sind keine Lösungen für die dringenden Probleme der spanischen Völker. Dafür sollen sie der Bourgeoisie aber weiterhin ihr Plätzchen an der Sonne im Windschatten der Supermächte sichern und es ausweiten.

Die Tatsache, daß bei beiden „demokratischen Lösungen“ bekannte Faschisten wie Calvo Serer, Ruiz Gimenez, die karlistischen Banditen, Strohmänner des CIA wie Tierno Calvan usw. zusammen mit Revisionisten eine führende Rolle spielen, die Tatsache, daß beide den Schutz der Interessen der Yankees wollen, daß sich hinter ihnen die Monarchie versteckt — Juan de Bourbon hinter der „Junta“ und Juan Carlos, der Hampelmann, hinter der „Konvergenz“ — dies zeigt den Charakter dieser „Lösungen“ sehr klar: Es sind Komplotte gegen das Volk und deshalb nennt uns Carillo, der nichts dagegen hat, seine Hand faschistischen Mördern zu reichen und vor dem US-Imperialismus auf die Knie zu fallen, Terroristen.

RM: Die Revisionisten sind nicht die einzigen falschen Freunde. Hier bei uns spielen sich jetzt neben der Regierung vor allem führende Vertreter der SPD als treue Verbündete des spanischen Volkes auf.

FRAP: Die SPD tritt gegenwärtig überall massiv auf, nicht nur in Spanien, sondern auch in Portugal. In neueren Untersuchungen einer Gruppe von amerikanischen Senatoren über den CIA ist herausgekommen, daß Soares in Portugal über die SPD Millionen Dollar vom CIA bekommen hat. Daran waren auch spanische Sozialdemokraten der Richtung von Felipe Conzales beteiligt. Es ist anzunehmen, daß ein Teil des Geldes in die Kassen seines Flügels innerhalb der spanischen Sozialdemokraten fließt. Sicher ist auf jeden Fall, daß dieser Flügel von der SPD unterstützt wird.

Die Rolle dieses Rechtsanwalts aus Sevilla, der im Einverständnis mit der Franco-Regierung ein Star in Presse und Fernsehen geworden ist, ähnelt der Carillos. Er bekam nach dem Scheitern der „Junta“ im Anschluß an eine Reise Genschers nach Madrid die Aufgabe, den Boden für weitere Manöver zur Fortsetzung der Diktatur zu bereiten.

Hier muß eines erklärt werden. Ein großer Teil der Basis und einige Führer in Minderheit der PSOE halten an der Kampftradition der spanschen Sozialisten fest, unter denen unser Präsident Alvarez del Vayo sich rechnete, und kämpfen innerhalb der PSOE gegen die sozialdemokratischen und proyankeeistischen Stellungen von Felipe Gonzalez.

Es ist sonnenklar, daß die deutsche Bourgeoisie, die große Interessen in Spanien hat, aktiv gegen die spanische Revolution arbeitet. Die SPD spielt dabei die Rolle eines Vermittlers zwischen dem Yankee-Imperialismus und den spanischen sozialdemokratischen Abteilungen. Dieselbe Rolle spielen auch andere europäische Sozialdemokraten.

RM: Welche Aufgaben hat sich die FRAP jetzt gestellt?

FRAP: Die FRAP hat eine neue Phase im Kampf des spanischen Volkes aufgenommen: die Vorbereitung des bewaffneten Kampfes mit der Schaffung der ersten Keime einer zukünftigen Volksarmee. Unsere gegenwärtige Aufgabe ist, den revolutionären Kampf auszuweiten. Die Kämpfe der Massen, die Streiks, die Demonstrationen usw. auf eine neue Stufe zu heben, indem die nötigen Instrumente geschaffen werden, um alle Klassen und Schichten des Volkes gegen die wilde Unterdrückung durch die Diktatur zu verteidigen und das Volk im Kampf gegen die reaktionäre Gewalt zu organisieren.

Die Aktionen der FRAP geniessen das Vertrauen und die Sympathie unseres Volkes, das bereits seit 36 Jahren darauf wartet, den Kampf aufzunehmen und jetzt auf eine feste und sichere Führung vertrauen kann. Für Anfang November bereitet die Arbeitergewerkschaftsopposition (OSO) und die gesamte FRAP einen Generalstreik im Baubereich vor. Dieser Streik wird ohne Zweifel eine gebührende Antwort der Arbeiterklasse auf den Faschismus sein und eine ebenso deutliche Antwort für alle, die uns des von den Massen isolierten Terrorismus bezichtigen.

Wir möchten die deutsche Arbeiterklasse, das deutsche Volk aufrufen, sich mit dem Kampf unserer Arbeiterklasse und unseres Volkes zu solidarisieren, diesen Streik mit allen Kräften zu unterstützten. Gleichzeitig möchten wir dem deutschen Volk und der deutschen Arbeiterklasse danken für die großartige internationale Solidarität mit unseren vom Faschismus ermordeten Genossen und hier bekräftigen, daß unser Volk und die FRAP konsequent weiterkämpfen werden im Vertrauen auf diese Solidarität. Wir werden nicht ruhen, bis der Sieg errungen ist.

RM: In welcher Tradition steht die FRAP mit ihrem Kampf?

FRAP: Die FRAP, eine neue Volksfront des spanischen Volkes, hat die große Tradition des antifaschistischen, republikanischen, nationalen Befreiungskampfes des spanischen Volkes aufgenommen und vorangetrieben, dessen höchster Ausdruck der national-revolutionäre Krieg gegen den Faschismus 1936-1939 war.

Der Kampfgeist, mit dem das spanische Volk dem Faschismus und dem Eingreifen Hitlers und Mussolinies widerstand, ist heute noch im spanischen Volk lebendig. Diejenigen, die sich 1936-1939 gegen die Republik erhoben, die hunderttausende Arbeiter, Bauern, Antifaschisten ermordeten, sind dieselben, die heute mit Blut und Feuer unser Volk ausbeuten. Heute wie 1936 befindet sich der Reichtum Spaniens in imperialistischen Händen. Die Nazi-Truppen sind durch die Yankee-Soldateska ersetzt.

Es sind heute aber auch die gleichen Arbeiter wie damals, die mit ihrem Schweiß die Ländereien der Großgrundbesitzer tränken, die für kurze Zeit ihnen gehörten und ihnen vom Faschismus entrissen wurden. Dieselben Antifaschisten wie damals und ihre Söhne hissen heute die Fahne der Freiheit und der Unabhängigkeit, die dreifarbige republikanische Fahne, die Fahne der FRAP.

Die FRAP setzt also die Volksfront fort und die gegenwärtigen Schlachten sind die Fortsetzung eines Volkskrieges, der nicht 1939 endete und auch nicht enden wird, bis in Spanien die Föderative Volksrepublik ausgerufen wird.

El fascismo no pasara! Der Faschismus wird nicht standhalten!

RM: Genosse, wir danken Dir herzlich für dieses Gespräch.

Energiepolitik der russischen Sozialimperialisten gegenüber den RGW-Staaten

Ausplünderung und Versklavung

Der Energiesektor spielt eine Schlüsselrolle für die Volkswirtschaft eines Landes. Deshalb legen die sozialistischen Staaten China und Albanien großen Wert auf die Entwicklung des Energiesektors. Genosse Enver Hoxha betonte auf dem VI. Parteitag der Partei der Arbeit in Bezug auf die elektrische Energie: ‚Die Elektroenergieerzeugung muß der Industrie und allen anderen Wirtschaftszweigen vorangehen. Ihr Entwicklungstempo muß daher größer sein als das Zuwachstempo der Gesamtindustrieproduktion.“ Ohne Entwicklung des Energiesektors kann der Aufbau der Wirtschaft im „Vertrauen auf die eigene Kraft“, nicht verwirklicht werden, kann es keine wirkliche Unabhängigkeit im Bereich der Wirtschaft geben. Albanien ist diesem Prinzip auch in der Praxis gefolgt. Vor 30 Jahren das ärmste Land in Europa, produziert es heute die für die Volkswirtschaft notwendige Energie selber und führt sogar noch elektrischen Energie in die Nachbarländer aus.

Ganz anders in den revisionisten Staaten Osteuropas. Mit dem Machtantritt des Revisionismus und das heißt mit dem Machtantritt der Bourgeoisie, wurde das Prinzip vom Aufbau unabhängiger, auf eigenen Füßen stehender Wirtschaften von den Revisionisten mit den sowjetischen Revisionisten an der Spitze bekämpft. So auch auf dem Gebiet der Energieerzeugung.

Die Neuen Zaren im Kreml erklärten, es widerspreche der „Idee der großen sozialistischen Gemeinschaft“ und dem raschen Tempo der Entwicklung der Produktivkräfte, wenn jedes Land die für seine Volkswirtschaft nötige Energie selber sichern wolle. Nur mit Hilfe der „sozialistischen“ Staatengemeinschaft, des RGW und insbesondere der „uneigennützigen Hilfe“ des „großen Bruders“, der Sowjetunion, sei es möglich, die gewaltigen Aufgaben auf dem Energiesektor zu lösen.

Um diese ihre imperialistischen Ziele durchzusetzen, griffen die russischen Sozialimperialisten zu der alten Lüge vom „natürlichen“ Reichtum des einen und den „natürlichen“ Armut des anderen Landes. Natürlich war es nach dieser Definition niemand anderes als die Sowjetunion, die mit großen Energiereichtümern gesegnet war und niemand anderes als die kleinen RGW-Staaten, die „arme Länder“ waren, was die Energierohstoffe angeht.

Als Folge dieser imperialistischen Logik und Politik wurden in der DDR, Ungarn, Polen usw. die geologischen Erkundungen nach Erdöl, Erdgas und Kohle, die in den fünfziger Jahren mit großen Anstrengungen geführt worden waren, beinahe völlig eingestellt. Wie die sowjetischen Revisionisten vorgingen, zeigte sich zum Beispiel in Albanien, wo russische Geologen nach geologischen Untersuchungen Anfang der sechziger Jahre behauptet hatten, Albanien besitze keine abbauwürdigen Erdölvorkommen. Es ist bekannt, daß Albanien nach dem Willen der sowjetischen Revisionisten überhaupt keine Industrie entwickeln, sondern als Zitronengarten für die Sowjetunion dahinvegetieren sollte. Heute allerdings gibt es in Albanien nicht nur Industrie, sondern auch Erdölabbau – an den Stellen, wo die sowjetischen Geologen jegliche abbauwürdigen Vorkommen geleugnet hatten.

Aber in den kleinen RGW-Staaten wurden nicht nur die geologischen Untersuchungen eingestellt. Sogar bestehende Zechen wurden wie zum Beispiel in Ungarn, geschlossen mit der Begründung, der Abbau der Kohle sei nicht mehr wirtschaftlich, es sei viel billiger, Kohle aus Rußland zu importieren. Mit der gleichen Begründung wurden auch keine neuen Wasserkraftwerke mehr in den kleineren RGW-Ländern gebaut. Im übrigen erzählten die Moskauer Zaren immer neue Märchen von den besonders vorteilhaften Eigenschaften des russischen Erdgases und Erdöls: es sei billig, habe feste Preise und stünde bis ins Jahr 2000 für die RGW-Länder zur Verfügung. Es blieb natürlich nicht bei den Plänen. Seit den sechziger Jahren wurden mehrere Erdöl- und Erdgasleitungen von Rußland in die anderen RGW-Staaten gebaut. Zuerst die Erdölleitung „Freundschaft“. Dann die Erdgasleitung „Nordlicht“ und „Brüderlichkeit“. Zur Zeit wird eine neue Erdgasleitung zwischen Orenburg am Ural und Uschgorod an der tschechischen Grenze gebaut. Mit ihrer Hilfe kann der Export von russischem Erdgas in die RGW-Staaten auf 2-3 Mrd. cbm pro Jahr und Land erhöht werden, was die Abhängigkeit dieser Staaten von der Sowjetunion noch weiter erhöht (s. auch die abgebildete Skizze).

Schon jetzt ist die Abhängigkeit der anderen RGW-Staaten von der Sowjetunion auf dem Energiesektor fast vollständig. So importierte die DDR 1973 16045 t Erdöl, davon 13025 t aus der Sowjetunion. Polen ist beinahe 100%ig von russischen Erdölimporten abhängig. Ungarn bezieht 90% seiner Erdölimporte aus der Sowjetunion. Bei der CSSR und Bulgarien ist es ähnlich.

BRÜDERLICHE HILFE? UNGLEICHER HANDEL

Die Moskauer Neuen Zaren nutzen ihre Monopolstellung auf dem Energiesektor durch eine brutale imperialistische Handelspolitik immer offener aus. Sie erhöhen die Preise für Erdöl und Erdgas ständig. Letztes Jahr verdoppelte Moskau die Preise (s. RM Nr. 37/74), in diesem Jahr stiegen sie wieder um 50%. Radio Tirana meldete am 22. 7. 75: „Nach ungefähren Berechnungen müssen die DDR und Polen für die gleiche Menge Erdöl, die sie in der Sowjetunion kaufen im laufenden Jahr über 400 Mio. Dollar mehr zahlen, die CSSR 425 Mio., Bulgarien über 260 Mio. Dollar mehr.“

Verheerend wirken sich die russischen Rohstoffpreissteigerungen zum Beispiel auf die ungarische Handelsbilanz aus: 1972 hatte die ungarische Außenhandelsbilanz ein Aktiv von 1,5 Mrd. Desaforint, 1973 von 4,7 Mio. Desaforint. 1974 dagegen ein Passiv von 4 Mrd. Desaforint. Selbst nach ungarischen Darstellungen wird klar, worin der Grund für diese Veränderung in der Außenhandelsbilanz liegt: „Der Preis eines Großteils der Importwaren – so vor allem des Öls und der Rohstoffe – schnellte wesentlich höher als das Preisniveau ungarischer Exportgüter.“ (RGW – Juni 75). Und für das erste Halbjahr dieses Jahres erklärte Udvardi, stellvertretender Außenhandelsminister in der Parteizeitung „Nepszabadsag“ vom 27. 7. 75: „Die Erhöhung des Handelsumsatzes von Rohstoffen und Energieträgern ergab sich in erster Linie durch die Erhöhung der Vertragspreise“ **Auf gut deutsch: Die russischen Sozialimperialisten brechen schon bestehende Handelsverträge und erhöhen die Preise für Erdgas und Erdöl je nach ihrem Gutdünken.** Jeder kann selbst beurteilen, was angesichts solcher Tatsachen davon zu halten ist, wenn im Kommunique der 28. Ordentlichen Tagung des RGW in Sofia 1974, als der Bau der Orenburger Erdgasleitung beschlossen wurde, zu lesen steht: „Es (das russische Erdöl – RM) ist frei von Währungs- und Finanzkrisen, spekulativem Preisanstieg und anderen negativen Erscheinungen ...“

Die kolonialistische Politik der Neuen Zaren gegenüber den kleinen RGW-Staaten drückt sich auch im ungleichen Handel aus. Denn so wie die russischen Sozialimperialisten auf der einen Seite die Preise für ihre Exporte immer mehr in die Höhe schrauben, so drücken sie gleichzeitig die Preise für Waren, die sie von anderen RGW-Staaten beziehen. Ein Beispiel: Weiss, Vertreter der DDR in dem RGW sagte in einem Interview mit dem „Neuen Deutschland“ vom 18. 2. 75: „Der Preisanstieg für Rohstoffe und Materialien ist dabei höher als der für Fertigerzeugnisse.“ Westliche Experten schätzen den Preisanstieg für Exportwaren der DDR auf 15%, den der russischen Rohstoffe dagegen auf 50%.

Dieser ungleiche Handel bedeutet nichts anderes als die brutale imperialistische Ausbeutung dieser kleinen Staaten durch die Sowjetunion.

Durch die negativen Außenhandelsbilanzen verschulden die kleinen RGW-Staaten immer mehr. Das zwingt sie, russische Kredite aufzunehmen, was ihre Abhängigkeit noch verstärkt.

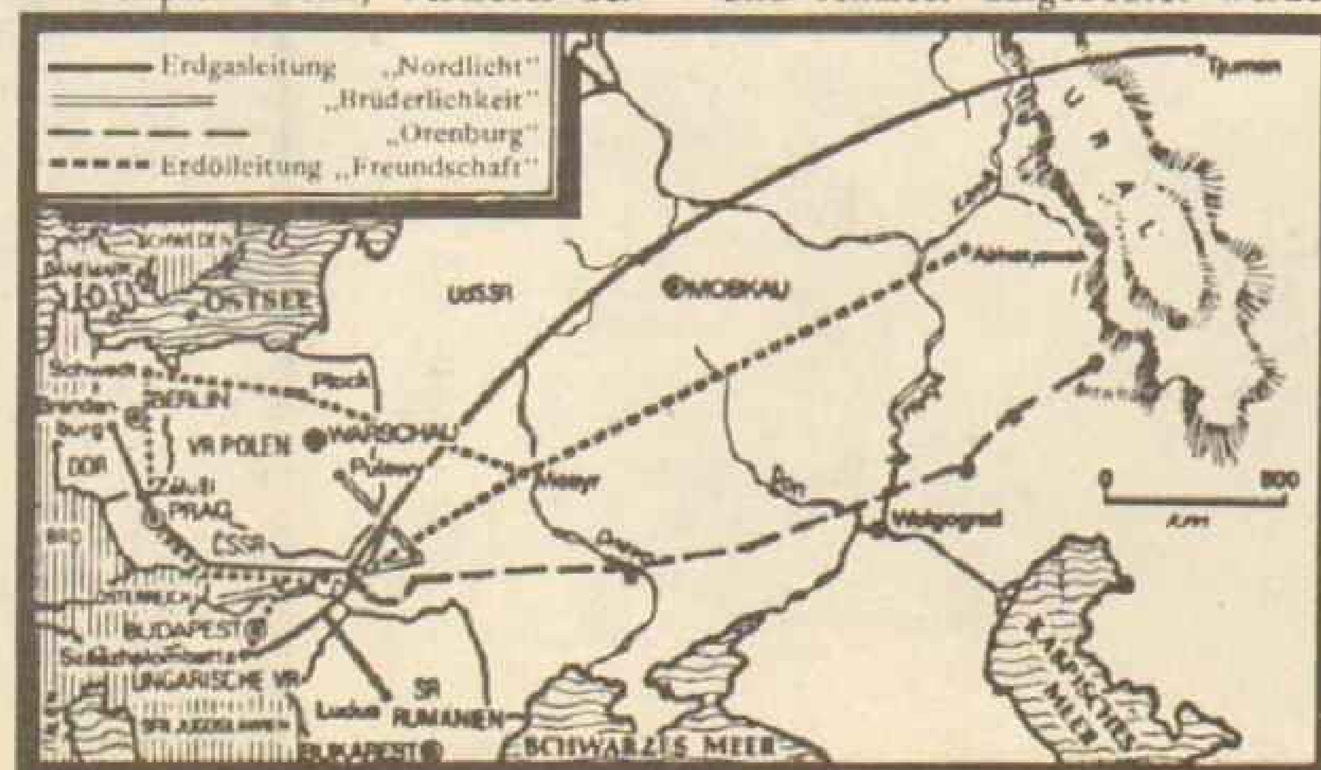
VERSCHÄRFTE AUSPLÜNDERUNG DER VÖLKER

In erster Linie bekommen die Völker der RGW-Staaten die Folgen der kolonialistischen Politik der Neuen Zaren im Kreml zu spüren. Zwar beteuern die Vasallen Moskaus in Ostberlin, Prag, Budapest usw., daß die gestiegenen Rohstoffpreise keine Auswirkungen auf die Verbraucherpreise, sondern nur auf die Industriepreise haben. Das ist aber in mehrfacher Hinsicht eine Lüge.

Erstens ist ein Ansteigen der Verbraucherpreise nicht zu leugnen. So kann man in der ungarischen Parteizeitung „Nepszabadsag“ vom 3. 8. 75 nachlesen, daß nach der russischen Energierohstoffpreissteigerung die Preise für Motorbenzin, Dieselöl und verschiedene Bauelemente um 20-40% stiegen. In der DDR werden Preissteigerungen vor allem mit dem Mittel der „schleichenden Inflation“ vorkommen. Das heißt, es kommen Waren mit alter Qualität und neuen Namen und erhöhten Preisen auf den Markt.

Zweitens wirken sich die Folgen der russischen Ausplünderungspolitik so aus, daß die Arbeiter für den gleichen Lohn mehr leisten müssen. Das wird – wenn auch in demagogischer Form – von den Revisionisten selbst zugegeben. So heißt es in dem Artikel „Wie steht es mit den Preisen?“ aus dem „Neuen Deutschland“ vom 29. 1. 75 zunächst, daß die erhöhten Rohstoffpreise sich auf die Industriepreise in der DDR auswirken werden und dann: „Aber diese Preiserhöhungen sollen und werden sich – wie bereits gesagt – nicht auf die Einzelhandelspreise, Mieten und Verkehrstarife für die Bevölkerung auswirken. Das wird durch stetig wachsende Effektivität der Produktion und durch den Einsatz gesellschaftlicher Fonds aufgefangen. Daraus ergibt sich, welche überragende Bedeutung die großen Initiativen im sozialistischen Wettbewerb für das Voranschreiten der sozialistischen Gesellschaft und auch für jeden einzelnen haben. Alles hängt letzten Endes davon ab, mit welcher Konsequenz alle Bereiche unserer Wirtschaft und Technik den Kurs auf die konsequente Intensivierung der Produktion einschlagen.“

Alles hängt also von den „konsequenten Intensivierung der Produktion“, von der „stetig wachsenden Effektivität der Produktion“ oder von der „Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit“ ab. Das bedeutet aber nichts anderes für unsere ostdeutschen Klassenbrüder, als daß sie für die Profite der Neuen Zaren im Kreml und ihre Ostberliner Vasallen noch mehr arbeiten müssen, daß sie noch härter und schärfer ausgebeutet werden.



Drittens schreitet die Verelendung der Werktätigen dadurch voran, daß der Staat für die Betriebe, die russisches Erdöl und Erdgas verwenden, riesige Zuschüsse zahlt. Das ist der im „Neuen Deutschland“ erwähnte „Einsatz gesellschaftlicher Fonds“. Letzten Endes hat dieser Einsatz „gesellschaftlicher Fonds“ natürlich zur Folge, daß die sozialen Leistungen für die Werktätigen, die vom Staat finanziert werden, eingeschränkt werden.

Diese Subventionierung der russischen Profite verschlang zum Beispiel in Ungarn in der letzten Zeit solche Summen, daß der Staat in großen Mengen Kredite aufnehmen mußte. Die Parteizeitung „Nepazabadsag“ vom 24. 8. 75: „Die Kompensierung der Auswirkungen der Erhöhung der Außenhandelspreise erhöhte die Subventionsierungsausgaben des Staatshaushalts ... So konnte der Staatshaushalt nur durch Aufnahme von hohen Krediten seine Aufgaben erfüllen.“ Daß der ungarische Staat „hohe Kredite“ für die Subventionierung der Firmen, die russische Energierohstoffe verbrauchen, aufnehmen mußte, zeigt deutlich, wie stark die Lasten des ungleichen Handels auf die Wirtschaft der anderen RGW-Staaten drücken.

IMPERIALISTISCHE RAUBPOLITIK

Wir sehen, die Energierohstofexporte Moskaus in die anderen RGW-Staaten stellen keinen Handel auf der Basis der gegenseitigen Vorteils und erst recht keine „uneigennützige brüderliche Hilfe der Sowjetunion“ dar, sondern sind Teil der imperialistischen Raubpolitik der Sowjetunion. Es ist sicherlich kein Zufall, daß die russischen Neuen Zaren gerade auf dem Energiesektor schwerpunktmäßig ihre revisionistischen Kampagnen entfalten. Denn wenn sie die Energieversorgung der anderen RGW-Staaten in der Hand haben, können sie einen starken Druck auf die ganze Wirtschaft dieser Länder ausüben. Wenn die russischen Sozialimperialisten den Hahn für Erdöl und Erdgas zudrehen, betrifft das mehrere Industriezweige von der Schwerindustrie und Chemieindustrie bis zur Versorgung der Haushalte mit Energie.

So vergeht denn auch keine RGW-Tagung, wo nicht immer wieder auf die Notwendigkeit der verstärkten Zusammenarbeit auf dem Energiesektor hingewiesen wird. So wurde auf der 66. Sitzung des RGW-Exekutivkomitees vom Februar 1974 in Moskau der Bau einer 750 Kv-Transmissionsleitung zwischen der russischen Stadt Winnitsa und der ungarischen Stadt Albertirsa beschlossen. In Ungarn schließ sich die neue Transmissionsleitung in die schon bestehende 400 Kv-Transmissionsleitung der kleinen RGW-Länder an. Gleichzeitig vereinbarten die beteiligten RGW-Staaten, daß sie „im Sinne des Komplexprogramms die sozialistische ökonomische Integration im Bereich der Energiewirtschaft vorantreiben“ werden.

In diesem Jahr beschlossen sie, daß die Kraftwerke der RGW-Staaten, durch die Polung der Kraftwerke, koordiniert gefahren werden sollen. Im Juni 74 in Sofia auf der 28. ordentlichen Tagung des RGW wurde der Bau der Orenburger Erdgasleitung beschlossen. Auf der 29. Tagung des RGW in Budapest beschloß die Tagung auf Antrag der Sowjetunion die Ausarbeitung eines allgemeinen Plans für den Bau eines Elektrizitätsleitungsnetzes für ein einheitliches Elektroenergiesystem der europäischen Länder des RGW. („Nepszabadsag vom 29. 6. 75). Die Schaffung dieses „einheitlichen Elektroenergiesystems würde den russischen Sozialimperialisten die vollständige Kontrolle über die Energieversorgung der anderen RGW-Staaten erlauben und somit weitere wirtschaftliche Ausplünderung und verstärkte politische Unterdrückung.

So zeigen die Tatsachen, daß die imperialistische Lüge der russischen Sozialimperialisten von den „armen“ und „reichen“ Ländern auf dem Energiesektor und die Theorie, daß der enorme Energiebedarf der modernen Wirtschaft nur durch die „sozialistische Integration“ zu lösen sei, nichts anderes sind, als die Begleitmusik für die Ausplünderung und Versklavung der anderen RWG-Staaten durch die russischen Sozialimperialisten.

Die sozialistischen Länder China und Albanien sind der schlagende Beweis dafür, daß diese Theorien der sowjetischen Sozialimperialisten nicht mit den Tatsachen übereinstimmen, sondern lediglich mit ihren imperialistischen Zielen. Bei den Ländern wurde von allen Imperialisten – und Albanien auch von den Chruschtschowrevisionisten – bescheinigt, daß sie keinerlei nennenswerte Energierohstoffe besitzen würden. Aber als die Völker dieser Länder unter der Führung ihrer kommunistischen Parteien die Diktatur des Proletariats weiter festigten und den Aufbau des Sozialismus nach dem Prinzip „Unabhängigkeit und Vertrauen auf die eigene Kraft“ weiter vorantrieben, da zeigte sich, daß Energie genug vorhanden ist, um den Bedarf der Wirtschaft und der Bevölkerung zu decken. Nicht aufgrund irgendwelcher „natürlicher Gegebenheiten“, sondern weil sie sich auf den Marxismus-Leninismus und die Volksmassen stützte, ist die Volksrepublik Albanien heute kein „Garten“ für die Sowjetunion, sondern ein Industrie-Agrarland, das nicht nur die Wirtschaft mit ausreichend Energie versorgt, sondern auch dem letzten Bauernhaus in den Bergen elektrisches Licht verschafft hat. **So brennt dieses Licht in den abgelegenen Berghöfen heute für das albanische Volk und alle Völker der Welt auch als Symbol für die Unbesiegbarkeit und die Kraft der Ideen des Marxismus-Leninismus, von deren Prinzipien die Partei der Arbeit Albaniens ihre Politik immer leiten ließ, die das albanische Volk beim Aufbau des Sozialismus von einem Sieg zum anderen führten und ihm zu Recht den Namen „Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa“ eintrugen.**

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Chinesische Journalisten berichten aus Mosambik

Der Kampf geht weiter - das Volk stürmt vorwärts!

Über zehn Jahre lang hat das Volk von Mosambik unter der Führung seiner Befreiungsorganisation, der FRELIMO, einen harten und schweren revolutionären Befreiungskrieg gegen die portugiesischen Kolonialherren geführt und sich schließlich am 25. Juni, nach einer Periode des Übergangs, die Freiheit und Unabhängigkeit erkämpft. Revolutionäre Wachsamkeit, harte Arbeit und das Stützen auf die eigenen Kräfte, das sind auch heute die Leitlinien, denen das Volk von Mosambik beim Aufbau des Landes folgt. Der Bericht einer Reisegruppe von Journalisten aus der VR China, den wir im folgenden abdrucken, zeigt die revolutionäre Entschlossenheit, mit der das Volk diese große Aufgabe anpackt. Die Völker Afrikas stürmen vorwärts im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und das Hegemoniestreben – das Volk von Mosambik steht dabei in den ersten Reihen.

Der Schlachtruf „Der Kampf geht weiter" hallt über Mosambik. Wie ein Horn, das zur Tat ruft, hat er einst, unter der Herrschaft des Kolonialismus, das Volk von Mosambik zu den Waffen gerufen und im langandauernden Volkskrieg auszuharren bis die nationale Befreiung errungen war. Heute, in den Tagen nach der Befreiung, hat dieser Schlachtruf das Volk mobilisiert, neue Siege bei der Entwicklung der nationalen Wirtschaft und der Festigung der nationalen Unabhängigkeit zu erringen, indem es seine Reihen festigt, seine Wachsamkeit erhöht und die ruhmreiche Tradition harter Arbeit fortsetzt.

Im 800 km langen Tal des Sambesi gibt es reiche Erzvorkommen. Das fruchtbare Schwemmland bietet günstige Bedingungen für die Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft. Aber diese Reichtümer wurden in der Vergangenheit von den Kolonialisten ausgeplündert. Mehr als 4600 große Plantagen waren in ausländischem Besitz. Sie hatten 130000 bis 140000 afrikanische Arbeitskräfte auf ihren 1500000 Hektar unter Vertrag, zur Kultivierung von Zuckerrohr, Kashewnüssen, Kokosnüssen, Tee und Sisal für den Export, während die 1640000 afrikanischen Haushalte, die nur einen geringen Anteil des Ackerlandes von Mosambik mit veralteten Mehtoden bearbeiteten, unbarmherzig ausgebeutet wurden. Sie waren gezwungen, ihre landwirtschaftlichen Produkte, zu einem sehr niedrigen Preis, den die portugiesischen Kolonialisten festlegten, an die portugiesischen Monopolgesellschaften zu verkaufen.

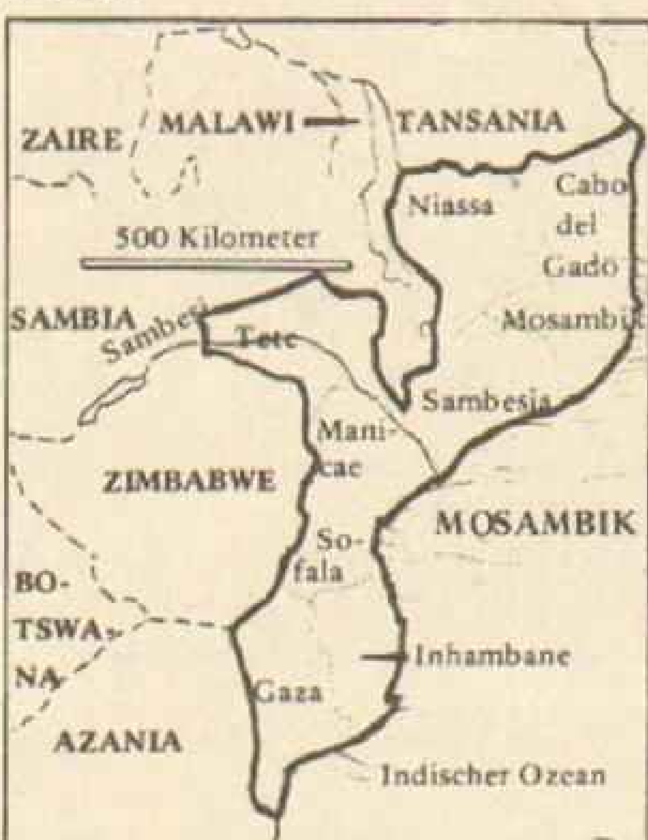
Als im September 1974 das Abkommen über die Unabhängigkeit von Mosambik unterzeichnet wurde, versuchten eine Handvoll kolonialistischer Kräfte mit allen Mitteln, die landwirtschaftliche und industrielle Produktion des Landes und seine Finanzen zu zerrütten, in der vergeblichen Absicht, Unruhe zu stiften.

Viele der geflohenen 102000 Portugiesen waren Plantagenbesitzer. Mehr als 100 Plantagenbesitzer flohen aus dem Limpopotal, einem der wichtigsten landwirtschaftlichen Anbaugebiete. Sie nahmen ihre Traktoren und ihre ganze Ausrüstung mit nach Südafrika. Und diejenigen weißen Plantagenbesitzer, die im Süden zurückblieben, weigerten sich, Getreide anzubauen.

Voller Lebenskraft wird das Land aufgebaut

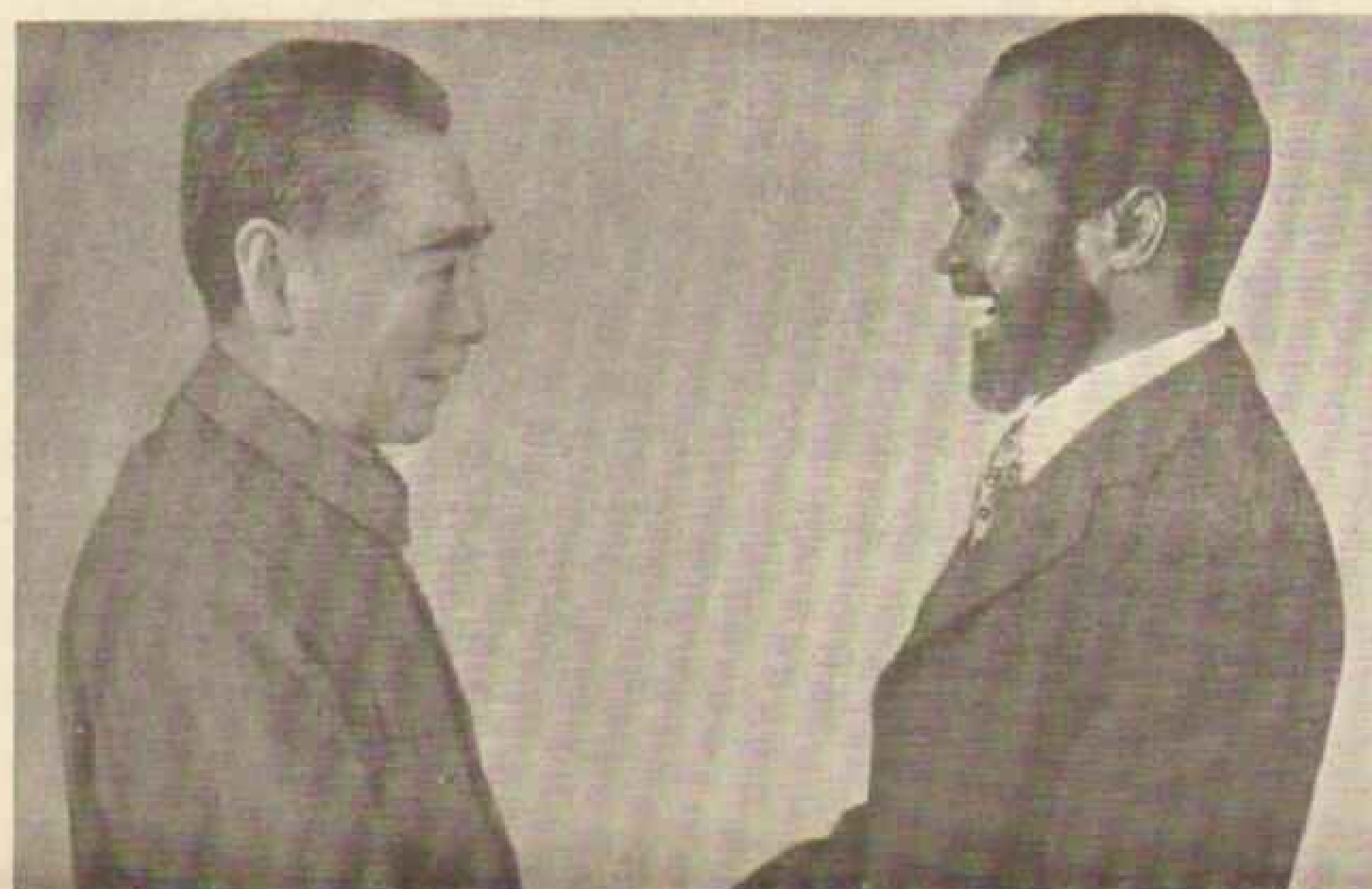
Unter diesen Bedingungen ergriff die Übergangsregierung unter der Führung der Befreiungsfront von Mosambik (FRELIMO) entschlossene Maßnahmen, um einen kompromißlosen Kampf gegen die Provokationen und den Widerstand der Kolonialisten zu führen. Die politische Erziehungsarbeit der FRELIMO in den weiten ländlichen Gebieten hat die Bauern dazu gebracht, aufzustehen und die Verbrechen der weißen Kolonialisten anzuprangern und zu entlarven. Dann wurde eine landesweite landwirtschaftliche Produktionskampagne, bei der besonderer Nachdruck auf den Getreideanbau gelegt wurde, eingeleitet. Bauern wurden mobilisiert, rechtzeitig auf den Farmen zu säen, die von den weißen Emigranten verlassen wurden. Kader, Soldaten, Studenten und Frauen wurden ebenfalls organisiert, um auf dem Land zu arbeiten, um Brachland zu kultivieren, was einen großartigen Aufschwung in der landwirtschaftlichen Produktion bringt.

Als die Journalistengruppe in Laurenco Marques war, zeigte man ihr das neugewonnene Land von Machava und Boane. Die neugewonnenen vier oder fünf Hektar von Boane boten einen guten Anblick. Die Erde hier ist locker und schwarz und reich an Wasservorkommen. Eine Führerin der Frauenorganisation der Provinz Maputo, die die chinesischen Journalisten begleitete, sagte stolz zu ihnen: *„Wenn ihr nächstes Jahr Gelegenheit habt, wieder herzukommen, dann werdet ihr hier überreichlich Fisch und Reis finden. Wir werden den Reis, der hier gewachsen ist, für euch, unsere chinesischen Brüder, kochen, so daß ihr an unserem Glück über unseren Sieg teilhaben könnt."*



Joao, 170 km nordöstlich von Litchinga, der Hauptstadt von Niassa, ist der zentrale Militärstützpunkt im östlichen Teil der Provinz. Joao Bosco, Kommandant des östlichen Distriktes der Provinz und ehemaliger Kommandant des Guerillastützpunktes, brachte uns zu der 10 Quadratkilometer großen Anlage im dichten Wald. Hier hatten Kommandanten und Soldaten in einfachen Strohhütten, beim Schein trüber Öllampen, Schlachtpläne entwickelt, deren Durchführung die fiendlichen Truppen, die in den Städten isoliert und zusammengedrängt waren, in Panik gestürzt hatte. Heute ist aus diesem Stützpunkt eine Produktionsbasis zum Wiederaufbau des Landes geworden. Während sie ihr Land verteidigen, widmen sich die alten und neuen Kämpfer gleichzeitig der landwirtschaftlichen Produktion in den Wäldern und halten am Geist hart zu arbeiten fest, der während der Kriegsjahre entwickelt worden ist. Sie haben viele Gräben ausgehoben, um die Felder zu bewässern. Kohl, Tomaten, Karotten und Schnittlauch wachsen in den Gemüsegärten und Vieh, Schweine, Hühner und Kaninchen werdèn auf der Farm gezüchtet. Kämpfer haben einen Fischteich angelegt mit Fischbrut aus dem Niassa-See.

An einem Sonntagmorgen, dem 24. August, fuhren wir in den Kreis Magude, 200 km von der Hauptstadt entfernt. Auf dem Wege sahen wir Büroangestellte, die landwirtschaftliches Gerät trugen und auf



Samora Machel und Ministerpräsident Tschou En-lai bei einem Besuch in der VR China im Frühjahr 1975.

die Äcker vor der Stadt strömten, um an der freiwilligen Arbeit teilzunehmen. Bei unserer Ankunft führte uns der Leiter des Kreises zu einem Stück Land, 15 km von der Kreisstadt entfernt. Sofort zog die lebenssprühende Atmosphäre auf der Arbeitsstätte unsere Aufmerksamkeit auf sich. Im warmen Sonnenschein hoben Dutzende von Frauen Kanäle aus und einige junge Frauen sangen Volkslieder, die ihr Glück ausdrückten, am Wiederaufbau des Landes teilzunehmen. Der Klang einer Motorpumpe führte uns zum Ufer, wo eine barfüßige Frau mittleren Alters eine Pumpe bediente. Aus einer Röhre ergoß sich Wasser in die neugegrabenen Kanäle, ehe es über das Land floß, um die frischgepflanzten Kartoffeln zu bewässern.

Das zwei Hektar große Ackerland war unter Führung der Frauenorganisation von Mapute neu erschlossen. Frauen aus der Hauptstadt kamen abwechselnd jeden Sonntag hierher, um an der körperlichen Arbeit teilzunehmen.

Der konterrevolutionäre Aufstand, den Reaktionäre aus der kolonialistischen Armee nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Unabhängigkeit von Mosambik angezettelt hatten, ist noch frisch in der Erinnerung des Volkes von Mosambik. Ob in den Straßen, auf dem Flugplatz, im Hafen oder auf Bahnhöfen, ob in Läden oder Krankenhäusern, überalle sehen wir die große rote Losung: „Wachsamkeit!" In diesem Land ist es nicht nur die Pflicht der Soldaten, die die Gewehre in der Hand halten, wachsam zu sein, sondern auch die heilige Aufgabe aller Schichten des Volkes.

Der Leiter der Provinz Sambesia, Bonifacio Gruveta Masamba, hob hervor: „Unser Land hat die Unabhängigkeit errungen. **Oberflächlich betrachtet, scheint der Feind verschwunden zu sein. Aber in Wirklichkeit steht er in allen Bereichen im Kampf gegen uns.** Wenn unser Volk in dieser Lage nicht wachsam ist, werden wir alles verlieren." Ein Kader der FRELIMO, der führendes Mitglied einer Textilfabrik in der Hauptstadt ist, sagte: „Da der militärische Kampf offen, der wirtschaftliche Kampf dagegen verdeckt ist, ist der wirtschaftliche Kampf in gewisser Hinsicht schwieriger als der militärische Kampf. Am Vorabend der Unabhängigkeit verließen einige weiße Techniker unserer Fabrik das Land, in der Hoffnung, uns mit technischen Schwierigkeiten niederzuringen. Nach der Unabhängigkeit kam es vor, daß vorsätzlich Zwischenfälle inszeniert wurden, daß Arbeiter angestiftet wurden zu streiken oder langsam zu arbeiten oder daß Kader mit Geschenken bestochen wurden. Beide, Kader und Arbeiter, müssen äußerst wachsam sein, sie müssen lernen, wie man ökonomische Probleme in Angriff nimmt und Überreste der kolonialistischen Kräfte bekämpft."

Ein afrikanischer Arzt im Sao Jose-Krankenhaus in der Hauptstadt erzählte: „Dieses Krankenhaus war ursprünglich ein katholisches Krankenhaus und sein Leiter ein Priester. Er haßte die Revolution und schickte heimlich Geld und Eigentum des Krankenhauses ins Ausland. Nachdem dies entdeckt worden ist, hat ihn die Regierung verjagt. Das war ein Kampf im medizinischen Bereich. **Denjenigen gegenüber, die die Revolution in Mosambik unter dem Deckmantel der Religion bekämpfen, müssen wir sehr wachsam sein und wir dürfen ihnen niemals gestatten, gegen die Gesetze zu verstoßen."**

Während unseres Besuches hörten wir Dutzende von Dorfkindern das Lied singen: *„Nieder mit dem Imperialismus, nieder mit dem Kolonialismus, nieder mit dem Kapitulantentum, nieder mit dem Spaltertum."* Wir sahen Studenten der Mittelschule, die das moderne Drama „Die Wachsamkeit erhöhen, sich hüten vor feindlichen Agenten" aufführten und wir sahen viele Beispiele vom Kampf gegen die Korruption. All das zeigt, daß das Volk von Mosambik, nachdem es seine Unabhängigkeit errungen hat, seine hohe Wachsamkeit bewahrt und einen unerbittlichen Kampf gegen die kolonialistischen Kräfte führt.

Der Staat Mosambik hat eine lange Geschichte. Der Name des Landes kommt aus der Suaheli-Sprache und heißt „Die Helligkeit ist gekommen". Die lange Nacht ist vorüber, heute lebt das Volk von Mosambik im Licht. Es hält das Banner hoch, auf dem geschrieben steht: „Der Kampf geht weiter" und schreitet vorwärts auf dem Weg des Kampfes gegen Imperialismus und Kolonialismus.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA UND VIETNAM!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547

Stichwort: KAMBODSCHA/VIETNAM

Zur Information

Fünfhundert Jahre war Mosambik eine portugiesische Kolonie, ehe das Volk von Mosambik am 25. Juni seine Unabhängigkeit feiern konnte. Es war ein bewegender Augenblick, als Samora Machel feierlich die Gründung des neuen Staates, der Volksrepublik Mosambik, verkündete. Die Volksrepublik Mosambik wurde in den Flammen des revolutionären Volkskrieges geboren. Am 25. September 1964 hatte sich das Volk zum bewaffneten Aufstand erhoben und seit dieser Zeit ununterbrochen unter der revolutionären Führung der Befreiungsfront von Mosambik (FRELIMO) im bewaffnezen Kampf ausgeharrt. Nach und nach zerschlugen die Befreiungskämpfer die „Einkreisungs- und Unterdrückungsoperationen" der portugiesischen Kolonialtruppen, die ihren Krieg vor allem mit der Hilfe der amerikanischen Imperialisten führten. 1970 versuchten 35000 Soldaten der Kolonialarmee in einem großen Einkreisungsfeldzug die Befreiungsarmee zu vernichten, wurden aber zurückgeschlagen. Die Befreiungskämpfer gewannen schließlich die entscheidende Schlacht, als sie über den Sambesi setzten, tief in den Süden des Landes vordrangen und 50 000 feindliche Soldaten vernichteten. Unter den Schlägen des bewaffneten Kampfes der Völker von Guinea-Bissao, Angola und Mosambik verschärfte sich auch die politische und wirtschaftliche Krise in Portugal und das Caetano-Regime wurde gestürzt. Die neue portugiesische Regierung sah sich gezwungen, der FRELIMO Verhandlungen anzubieten, versuchte aber gleichzeitig allerlei Tricks, um die Kolonialherrschaft in anderer Form aufrechtzuerhalten. Die FRELIMO jedoch führte auch während der Verhandlungen den bewaffneten Kampf weiter und zwang die portugiesische Regierung so, dem Abkommen über die Unabhängigkeit zuzustimmen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.



32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Prozeßkommentar im Revier

F.C.Meineid Schalke 04

Am 5. Juni 1971, am Montag nach dem letzten Spieltag der laufenden Saison der Bundesliga, enthüllte der Offenbacher Vereinspräsident Canellas den größten bis dahin bekanntgewordenen Bestechungsskandal in der Bundesliga. Heute, vier Jahre danach, stehen deswegen Siebert, Vereinspräsident von Schalke 04, der Schatzmeister des Vereins und acht Spieler der damaligen Mannschaft, darunter solche bekannten Spieler wie Libuda, Fischer und andere vor Gericht. Die Anklage lautet auf Meineid – Bestechung im Sport ist nicht strafbar – aber der Prozeß ist eine einzige Farce.

Worum geht es? Am 17.April kauft Arminia Bielefeld mit 40 000 DM das Spiel gegen Schalke. Schalke verliert als haushoher Favorit und auf eigenem Platz 1:0. Als dies durch Canellas ans Tageslicht kommt, meldet sich auch ein ehemaliger Spieler von Bielefeld zu



In den Volksrepubliken China und Albanien heißt die Leitlinie im Sport: Erst Freundschaft, dann Wettbewerb. Im Fußball ist eines der obersten Gebote, Verletzungen des Gegenspielers zu vermeiden.

Wort und behauptet, der Spieler Slomiany habe die 40 000 DM den Schalkern überbracht. Vor Gericht schwören acht Schalker Spieler, daß das gelogen ist. Schalke verklagt den ehemaligen Spieler von Bielefeld. Kurz darauf meldet sich Slomiany zu Wort und nimmt alle Schuld auf sich. Die 40 000 DM habe er zwar erhalten – aber nicht weitergegeben. Für diese Aussage soll Schalke 150 000 DM auf den Tisch gelegt haben, wie selbst die bürgerliche Presse damals schrieb. Jedenfalls, nach dieser Aussage zieht Schalke seine Klage gegen den Bielefelder Spieler zurück, was einer eindeutigen Schulderklärung gleichkommt. Der DFB sperrt Libuda und andere auf Lebenszeit. Das Ermittlungsverfahren gegen Schalke wird eröffnet. **Selbst die „Süddeutsche Zeitung" muß zugeben, daß diese Tatsachen so recht von niemandem bestritten werden.**

Inzwischen ist der Bestechungsskandal „vergeben und vergessen", die gesperrten Spieler spielen alle wieder. Für den Prozeß engagierte sich Schalke eine Riege von prominenten Verteidigern, angeführt von dem berüchtigten Schmidt-Leichner, der seine Berühmtheit dadurch erlangte, daß er im Ausschwitz-Prozeß und ähnlichen Prozessen die faschistischen Mörder verteidigte. Schmidt-Leichner hat, auf die Popularität der Spieler bauend, bisher durch eine Reihe von offensichtlichen Tricks, Befangenheitsanträgen usw., die eigentliche Eröffnung des Prozesses verhindert. Und der Richter erklärte gleich zu Anfang, er sei auch mal Schalke-Anhänger gewesen und natürlich gehe es hier nicht um einen Prozeß gegen Schalke. Ohne Einspruch des Richters kann Schmidt-Leichner es sich sogar erlauben, sich zu weigern, als Anwalt am Prozeß teilzunehmen, aber als Zuschauer dabei zu sein. Die bürgerliche Presse spricht von „absurdem Theater" und schämt sich nicht, diese Posse zynisch mit dem Kampf der Rechtsanwälte und der Angeklagten im Stuttgarter Prozeß gegen die RAF zu vergleichen.

Schalke 04, der Drahtzieher Siebert und die Spieler werden entweder ganz oder billig davonkommen. Natürlich ist Schalke kein Einzelfall, das ist allgemein bekannt. Aber in der Fußball-Bundesliga geht es in erster Linie auch nicht um den Sport, sondern um das Geschäft. Schon längst gilt hier, wie im gesamten Sportbetrieb der kapitalistischen und revisionistischen Länder, das Wolfsgesetz des Kapitalismus. Dazu gehört nicht nur Korruption und Bestechung, sondern auch die ungeheure Brutalität, mit der z.B. auf den Fußballfeldern jedes Wochenende rücksichtslos Dutzende von jungen Spielern ernsthaft verletzt werden. **Erst Freundschaft, dann Wettbewerb, das zählt längst nicht mehr im Profisport. Was hier zählt, ist der Profit.**

Ein Stich ins Wespennest

„Es gibt jedes Jahr mehr als 2000 Tote bei Arbeitsunfällen. Man sieht hier deutlich, daß die Bosse, um Ausgaben zu vermeiden, bewußt das Leben von Arbeitern aufs Spiel setzen. Da ist kein großer Unterschied zu vorsätzlichem Mord." Mit dieser Begründung verhaftete der französische Richter De Charette den Direktor einer französischen Fabrik, nachdem ein Arbeiter dort aufgrund der schlechten Arbeitsbedingungen einen tödlichen Arbeitsunfall erlitten hatte.

Der Richter berief sich bei der Verhaftung des Kapitalisten, die auch in Westdeutschland einiges Aufsehen erregte, auf die Artikel 144 und 145 des französischen Strafgesetzes, die besagen, daß ein Beschuldigter in Haft genommen werden muß, „um die öffentliche Ordnung vor der Unruhe zu schützen, die durch die Gesetzesübertretung hervorgerufen wird." Der Richter war der Meinung, daß es eine erhebliche Unruhe hervorruft, wenn ein Mensch an seinem Arbeitsplatz getötet wird und setzte den Kapitalisten fest.

Alles, was in Frankreich Rang und Namen hat, war entsetzt. Ein „Kollege" des Direktor Chapron schrieb in einer Zeitung: „Man hat einen ehrenwerten Mann wie einen gemeinen Verbrecher arretiert." Und auch die Führer der französischen revisionistischen Gewerkschaft CGT legten sich ins Zeug: „Die juristische Verantwortlichkeit für Unzulänglichkeiten in den Bereichen der Hygiene, der Sicherheit und der Unfälle, die manchmal stattfinden, können unter keinen Umständen den leitenden Personen zur Last gelegt werden."

Ein Staatsanwalt brachte die allgemeine Aufregung auf den Nenner, als er erklärte, man müssen den Direktor Chapron wieder freilassen. Es sei der Richter De Charette, der die „öffentliche Ordnung" durcheinanderbringe.

Das ist zweifellos wahr. Wo käme die „öffentliche Ordnung" des französischen Kapitalismus hin, wenn es erlaubt wäre, jeden „ehrenwerten Mann" einen Dieb zu nennen, bloß weil er den Arbeitern, die ihm ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, ihren Lohn raubt? Wo käme die „öffentliche Ordnung" des französischen Kapitalismus hin, wenn es erlaubt wäre, jeden „ehrenwerten Mann" als Mörder zu beschimpfen, bloß weil es ein paar tausend Arbeiter mit dem Leben bezahlen müssen, daß die Kapitalisten bei ihrer Jagd nach dem Höchstprofit keine falsche Rücksichtnahme kennen? Es wäre nicht auszudenken!

Und so hat denn Justizminister Lecanuet die „öffentliche Ordnung" persönlich „wieder in Ordnung" gebracht. Direktor Chaprnat ist wieder frei. Dem Richter droht eine Anzeige. Die Gewerkschaftsführer können wieder in Ruhe die Interessen der Arbeiter „vertreten", ohne sich um ihre Kapitalistenfreunde sorgen zu müssen.

Die Aufregung, die der Richter De Chirac in der französischen Oberschicht hervorgerufen hat, war kurz. Aber diese kurze Zeit der „verkehrten Welt" hat ausgereicht, um zu sehen, was es mit der „Gerechtigkeit" in der kapitalistischen Gesellschaft auf sich hat. Die Justizmaschinerie ist nicht deshalb geschaffen worden, um alle Menschen gleichermaßen vor dem Verbrechen zu schützen. Sie besteht, um die Verbrechen der Kapitalisten zu dekken und zu vertuschen, sie besteht, um jedes Aufbegehren gegen die Herrschaft dieses Gangstersyndikats zu bestrafen und zu unterbinden. Kurz, für die Vorgänge, die sich in Frankreich abgespielt haben, gibt es ein treffendes Wort: Klassenjustiz.

Erfunden in Washington

Völkermord als Gesellschaftsspiel

Man ist ja schon viel an Verkommenheit aus den USA gewöhnt, doch läßt sich die amerikanische Unterhaltungsindustrie immer wieder neues an Zynismus und Menschenverachtung einfallen. Sie bietet auf der Franfurter Buchmesse ein neues „Gesellschaftsspiel" an mit dem Namen „Würzburg – Sovjet-american-Combat in the 70's" – was soviel heißt wie: „Der sowjetisch-amerikanische Kampf um Würzburg in den siebziger Jahren."

Bei diesem Würfelspiel operieren sowjetische und amerikanische Truppen in und um Würzburg. Die Stadt kann bei dem Spiel mit einer 50 Kilotonnen-Atombombe zerstört werden, samt den von den Amerikanern eingekesselten sowjetischen Truppen. Der Umfang der atomaren Zerstörung hängt von den Würfelaugen ab. Damit das Ganze auch noch möglichst realistisch scheint, ist dem Spiel eine Generalstabskarte für das Gebiet Unterfranken beigelegt. Die Namen der amerikanischen Truppeneinheiten entsprechen den in und um Würzburg stationierten US-Streitkräften.

Unser Volk darf also seine eigene Vernichtung spielen, wobei die Frage, ob man überlebt oder nicht von den Würfeln abhängt, ein Glückspiel ist. Welch ein Großmachtchauvinismus gehört dazu, solch ein Spiel zu erfinden, welche Volksverachtung, um Atombomben-Kilotonnen zu würfeln.

Aber es ist die gleiche Haltung des Großmachtchauvinismus und der Volksverachtung, wie sie unser Volk von den amerikanischen Besatzungstruppen kennt – und haßt. Die meisten Menschen, die dieses Spiel gesehen haben, sind hell empört. Vor allem aber die Würzburger, die von diesem Spiel erfahren haben. Denn viele der älteren Einwohner haben im März 1945, als die Stadt durch einen Bombenangriff fast völlig zerstört wurde, ihre Familie, ihren Besitz verloren. Und heute sind wiederum Truppen da, die dies in viel größerem Maße heraufbeschwören – und das nicht im Spiel. Mit der Verschärfung der Rivalität zwischen den beiden Supermächten in Europa um die Vorherrschaft wächst auch die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges auf dem Territorium unseres Landes. Und es ist bekannt, daß die US-Imperialisten heute schon Pläne in ihren Schubladen horten, die vorsehen, ein riesiges Gebiet, das auch Würzburg mit einschließt, zu entlauben, dem Erdboden gleich zu machen, falls es zum Krieg mit den russischen Sozialimperialisten kommt, um dann wirkungsvoller Waffen einsetzen zu können. Ebenso wie bekannt ist, daß die russischen Sozialimperialisten fortwährend aufrüsten und Aggressionen in Europa vorbereiten. All das auf dem Rücken der Völker.

Doch eines haben gerade die werktätigen Menschen in Würzburg, wie in vielen anderen Orten unseres Landes, wo sich US-Besatzertruppen aufhalten, in der ständigen Konfrontation mit diesen Gangstern gelernt: Ob und wieweit man den Supermächten und ihren Aggressionstruppen ausgeliefert ist, ist keine Frage des Würfelns, sondern eine Frage des Kampfes unseres Volkes gegen die eine wie die andere Supermacht.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26



hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname..

Beruf..

Postleitzahl/Ort..

Straße..
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift..

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 42/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel. 040/ 43 99 137, Öffnungszeiten Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, [illegible]str. 20, Tel.: 0511/ 44 51 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel. 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30 Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr

Parteiveranstaltungen

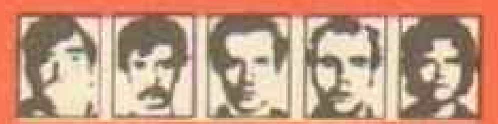
KIEL
Großveranstaltung zum Prozeß gegen Genossen Martin Peleikis, 18. 10., 19 Uhr, Kiel-Gaarden, Werftpark, Haus der Jugend.
Prozeßtermin:
21. 10., Amtsgericht Flensburg, Zi. 62, 9 Uhr

HAMBURG
Reisebericht aus der VR China mit Lichtbildern, 18. 10, 19.30 Uhr, Hamburg-Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich, „Stübens Gesellschaftsräume"

– Anzeige –

BROSCHÜRE DER FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT DES DEUTSCHEN UND SPANISCHEN VOLKES

OTAEGUI, BAENA, SANZ, SANCHES, PAREDES -



DAS VOLK WIRD EUCH RÄCHEN!



Bestellungen an:
O. Hübner, 41 Duisburg
Postfach 100 384
PSchKto Essen 204827 – 439
Preis: 2 DM